Nr. 2.00 . VIII 2000 . 49. Jhg.

ASTA

Frankfurter Studentinnen Zeitschrift - Bis OF gratis, auswärts 5 Mark

migrationswege
+ grenzregime

wohnprojekte
+ häuserkampf

Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03

home

sweet

home

editorial 3

home sweet ...

Pech, wer eine »Heimat« hat 4
Die neue EU-Flüchtlingspolitik

»Der Kranich hat erste Federn gelassen. Wir werden ihn weiterrupfen ...« 9
Zwischenbilanz der Lufthansakampagne von *kmii*

Hauptversammlung in Turbulenzen 12

Antirassistisches Grenzcamp zum Dritten 16

Au Pairs – die postmodernen Dienstmädchen 18

»... Und Alle Bunten Steine Fügen Sich Zu Einem Mosaik Zusammen.« 24

Wie wohnen? 30

Wohnweise mit oder ohne Miete 31
Interview mit Leuten aus + von Frankfurter Wohnprojekten

Reproduziert werden 40

Across Bockenheimer Landstraße 41

... home

garip dünya 48

impressum 55

editorial

Seit vor ein paar Wochen 58 chinesische Flüchtlinge bei dem Versuch, in Großbritannien einzureisen, in einem Container erstickten, kann man fast jeden Tag neue Schauergeschichten über skrupellose Fluchthelfer und die geldgierige Schleusermafia lesen. Daß denjenigen, die aus welchen Gründen auch immer, nach Europa einreisen wollen, ob der verschärften Einreisebestimmungen oft keine andere Wahl bleibt, wird dabei gerne verschwiegen. Vor allem die dafür verantwortlichen Politiker prangern gerne die »verbrecherische Brutalität der Schleuserbanden« (Schily in *BZ*, 26.6.00) an, leugnen aber jeden Zusammenhang mit den hiesigen Asylregelungen.

Noch vor zehn Jahren waren Fluchthelfer Helden, die von Medien und Politik bejubelt wurden. Allerdings waren das Leute, deren Verdienst darin bestand, nicht nur Menschen bei der Flucht, sondern auch bundesrepublikanischen Politikern bei der Geißelung eines »verbrecherischen Regimes im Osten« zu helfen. Dies und die geringe Zahl der Flüchtlinge aus den Staaten des Warschauer Pakts führte zu einer beispiellos hohen Anerkennungsquote, die kein anderes Herkunftsland jemals erreichte, egal welche politischen Verhältnisse dort herrschten. Der Imagewandel des Fluchthelferberufs – und auch die Veränderungen der Techniken zur Fluchthilfe – hängen so mit einem Wandel der europäischen Flüchtlingspolitik nach 1989 zusammen. Die beabsichtigte Kontingentierung von Flüchtlingen ermöglicht dann nicht nur deren leichtere Abschiebung, sondern soll vor allem »das Problem« gleich vor Ort lösen. Das »Recht auf Heimat« ersetzt das Recht auf Asyl und legitimiert zugleich die militärische und politische Intervention in Krisengebiete wie dem Kosovo. Projekte zur Verbesserung der Lebensbedingungen in »unterentwickelten« Ländern, die einst im Kontext der Diskussionen um eine gerechte Weltwirtschaftordnung standen, dienen hier als Abstandhalter für potentielle Flüchtlinge auf internationalem Niveau. (vgl. *Pech, wer eine »Heimat« hat*, S. 4)

Verfolgt man die aktuelle Debatte um Einwanderung im Anschluß an die Greencard, geht es offenbar nicht darum, jede Form der Einwanderung abzuwenden. Vielmehr herrscht Unzufriedenheit mit den bestehenden Selektionsmechanismen, denn die Asylregelungen führten, so heißt es, zu einer Einwanderung, die nicht den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands nützt. In der großen Koalition der neuen Einwanderungsfreunde gibt es dennoch Differenzen, darüber nämlich, wie rigide die Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen zu regeln seien. Während die Schrödersche Greencard IT-SpezialistInnen 5 Jahre Aufenthalt garantiert, wollen die Innenminister Beckstein und Bouffier mit ihrer Bluecard die Aufenthaltsdauer unmittelbar ans Arbeitsverhältnis koppeln: Wer seinen Job verliert, kann abgeschoben werden.

Die Mobilität der Arbeitskraft ist seit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise für die Unternehmen ein Problem. Schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurden Regelungen zur Begrenzung der Vertrags- und Bewegungsfreiheit der Arbeiter erlassen – es ging um die grundsätzliche Verfügbarhaltung der Bevölkerung als Arbeitskraft. Diese territoriale Regulierung der Arbeitskraft verändert sich historisch, liegt aber der kapitalistischen Ordnung stets zugrunde, vor allen Dingen in Gestalt der Nationalstaaten. Mobilität des Kapitals und begrenzte Mobilität der Menschen gehören zusammen. Könnte jeder Mensch dort hinziehen, wo er wollte, könnten der global strukturierten Fragmentierung und Hierarchisierung der Arbeitskraft sowie den darauf basierenden Kapitalstrategien etwas entgegengesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund ist es vielleicht vielversprechender, sich in der Debatte um Einwanderung nicht auf den humanistischen Konsens einzulassen und um die Definition von anerkannten Fluchtursachen, Fluchtwegen und -ländern zu streiten, sondern eher von einem Recht auf Mobilität auszugehen. Anstatt von MigrantInnen als Opfern zu sprechen – und damit die offizielle Unterscheidung zwischen nützlichen Arbeitskäften und Verfolgten zu verfestigen – könnte so eine »ökonomische« Debatte um Einwanderung geführt werden, mit der man auch die arbeitsmarktprotektionistische Haltung der Gewerkschaften unterlaufen kann. Dies impliziert zugleich die Notwendigkeit neue, nationalstaatsunabhängige Formen sozialer Sicherung zu erfinden.

Freilich ist die Forderung nach der Abschaffung von Grenzen (und der damit verbundenen höchstwahrscheinlichen Abschaffung des Staates) zur Zeit so en vogue wie Stone-Washed Jeans mit weißen Applikationsstreifen. Politik ist natürlich trotzdem möglich. Anti-Image-Kampagnen wie diejenige gegen die Lufthansa und deren Abschiebungsdienstleistung entsprechen eher den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen. Kämpfe gegen Unternehmen, die einen nicht unwesentlichen Teil ihrer Arbeit über das Internet abwickeln, können auch ohne die klassische Massenmobilisierung erfolgreich geführt werden. (vgl. *Der Kranich …*, S. 9; *Hauptversammlung …*, S. 12) In der anstehenden Debatte um ein Einwanderungsgesetz kann wohl z. Z. nicht mehr erreicht werden, als dessen selektive Momente abzuschwächen – was durchaus ein Erfolg wäre.

Redaktion diskus

Pech, wer eine »Heimat« hat

Die neue EU-Flüchtlingspolitik

»Migrationsdruck« auf die Festung Europa

Selten herrscht derart Einigkeit unter den Regierenden der EU Mitgliedsstaaten wie bei der Frage der Migrations- und Flüchtlingsbekämpfung. Denn mit der schrittweisen Durchsetzung eines »gemeinschaftlichen Raumes von Freiheit, Sicherheit und Recht« stellt sich zugleich die Frage, wem der Eintritt gewährt wird. Mit der segmentären Öffnung nach innen geht daher spätestens seit Mitte der 90er Jahre auch die Tendenz einer zunehmenden Abschottung der EU nach außen einher. Draußen bleibt, wer nicht per Abstammung dazu gehört. Die technologische Aufrüstung der Außengrenzen und eine zunehmend repressivere Ausländerpolitik als sichtbarer Ausdruck dieser Tendenz werden seitdem mit einem steigenden »Migrationsdruck« begründet. Angesichts der voranschreitenden Verelendung des Trikonts bei gleichzeitig anhaltendem Bevölkerungswachstum sehen europäische Migrationsstrategen einen Ansturm der Armen voraus. Das Bild, daß sie von der Welt außerhalb der europäischen Grenzen zeichnen, ist das von abgeschriebenen und übervölkerten Kontinenten, deren zahlenmäßige Überlegenheit die Metropolen Europas bedroht. In diesem Sinne ist Fluchtabwehr zu allererst die Bekämpfung der Armen. Sie zielt darauf ab, Flüchtlinge möglichst schon vor den europäischen Außengrenzen, spätestens in der subeuropäischen Peripherie auf- und festzuhalten und Fluchtwege zu verstopfen. Daß die »illegale Migration« nach Europa zu stoppen sei, ist derweil in allen politischen Fraktionen des Europarates Konsens.[1]

Bei diesem Bemühen macht die EU längst nicht mehr an ihren Außengrenzen halt, sondern bindet zunehmend auch Anrainerstaaten in die Fluchtabwehr ein, die einen schützenden Gürtel um Europa bilden sollen. So fand bereits im Juni 1998 auf Initiative der deutschen Bundesregierung eine »Sonderkonferenz zur illegalen Migration durch Südosteuropa« statt, die den durch den Kosovo-Krieg ausgelösten Fluchtbewegungen quasi präventiv vorauseilte. Auf der damaligen Konferenz in Budapest wurden »die Balkanstaaten auf Maßnahmen zur Zerschlagung der »türkisch-albanischen« Route verpflichtet, über die die »illegalen Bewegungen« (...) vordringen würden. Insgesamt 31 Staaten nahmen an dieser Konferenz teil, unter ihnen Albanien, Bosnien Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Tschechische Republik, Mazedonien, Griechenland, Ungarn, Italien, Polen, Slowakei, Slowenien und die Türkei.«[2] Die Peripheriestaaten werden praktisch zur

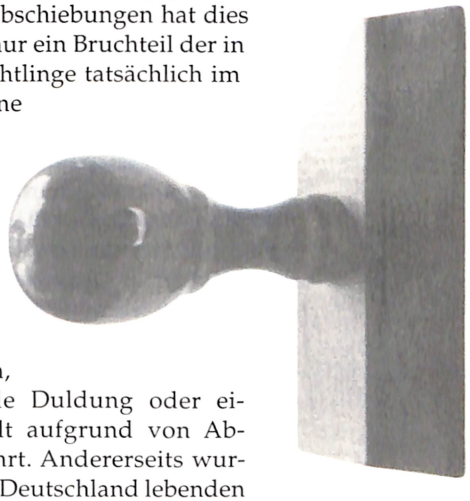
Übernahme des Konzeptes der demographischen Abriegelung des europäischen Raumes gezwungen, indem die Gewährung von Wirtschafts- und Entwicklungshilfe an die Aufnahme von Flüchtlingen oder die Durchsetzung fluchtverhindernder Maßnahmen geknüpft sind. Eine Folge ist, daß die Flucht nach Europa wesentlich schwieriger und vor allem auch gefährlicher geworden ist. Nicht selten endet der Fluchtweg tödlich oder in einem der Flüchtlingslager der osteuropäischen Peripherie.[3]

Den eigentlichen Schritt in die Offensive aber hat die Festung Europa mit der Umsetzung dessen unternommen, was einst als Kritik an der Flüchtlingsbekämpfung mit »Bekämpfung der Fluchtursachen« bezeichnet wurde. Mit präventiven Maßnahmen sollen Flüchtlingsbewegungen bereits dort, wo sie entstehen, verhindert und schon Geflohene in der Region gehalten werden. Dabei sollen humanitäre Sofortmaßnahmen, langfristige Entwicklungshilfe, diplomatischer Druck und zur Not die militärische Einrichtung von Schutzzonen als »Querschnittsaufgabe von Außen-, Wirtschafts-, Asyl- und vor allem Entwicklungspolitik«[4] ineinander greifen und die repressive Fluchtabwehr ergänzen. Damit hat die europäische Flüchtlingspolitik ihr traditionelles innenpolitisches Terrain verlassen und ist zum festen Bestandteil, wenn nicht sogar Motor einer kohärenten europäischen Außenpolitik geworden.

Von der Innen- zur Außenpolitik – das Beispiel Deutschland

Über 40 Jahre oder genauer seit der Verabschiedung der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) wurde die Asylpolitik weitestgehend als ein nationales, innenpolitisches und rechtliches Problem gehandhabt. Dies resultiert nicht zuletzt aus dem von der GFK geregelten grundsätzlichen Verhältnis, in dem der Flüchtling dem Aufnahmestaat gegenüber tritt: Als individuelles Rechtssubjekt, dem Schutz garantiert werden muß, sofern er aus Furcht vor Verfolgung sein Heimatland verließ. Die Unterzeichnerstaaten der GFK sichern laut Vertrag allen Menschen, die den Status eines Flüchtlings besitzen, den Zugang zum allgemeinen Rechtssystem, zu Grundrechten und den Zugang zu staatlichen Hilfeleistungen, Bildung und medizinischer Versorgung zu. Innerhalb dieses Rahmens beschränkte sich die traditionelle Fluchtabwehr der einzelnen Staaten vorwiegend darauf, durch defensive, innenpolitische Maßnahmen und die Abriegelung der Außengrenzen die Zahl der (im Sinne der GFK) anerkannten Flüchtlinge zu senken.

Dieses Modell wurde erst grundsätzlich in Frage gestellt, als mit dem Ende des Blockkonfliktes auch die ideologische Bedeutung des »politischen Flüchtlings« abhanden kam. Vor allem in Deutschland war zu beobachten, wie in direktem Anschluß an die Auflösung der sozialistischen Systemalternative eine vollständige Umdefinition der Asylpolitik von statten ging. Gleichzeitig mit einer schon in den 80er Jahren beginnenden rapiden öffentlichen Entwertung des Begriffs Flüchtling zum »Scheinasylanten« und »Wirtschaftsflüchtling« wurden alle konventionellen Möglichkeiten ergriffen, die Zahl der Flüchtlinge zu senken.[5] Eine ganze Serie von Gesetzesverschärfungen führte zu einer immer restriktiveren Anerkennungspraxis.[6] Neben der Zunahme von Abschiebungen hat dies faktisch dazu geführt, daß nur ein Bruchteil der in Deutschland lebenden Flüchtlinge tatsächlich im vollen asylrechtlichen Sinne anerkannt sind, während beispielsweise Afghanen, irakische und türkische Kurden, Somalis und Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien zumeist nur über einen wesentlich prekäreren Status verfügen, der ihnen vorübergehende Duldung oder einen begrenzten Aufenthalt aufgrund von Abschiebehindernissen gewährt. Andererseits wurde das Lebensniveau der in Deutschland lebenden Flüchtlinge durch Kürzungen sozialer Leistungen und Zugangsbeschränkungen auf dem Arbeitsmarkt rapide gesenkt. Beides führte dazu, daß der gesamte Asylprozeß tendenziell von der Gerichtsbarkeit an die Ausländer- und Sozialverwaltung übertragen und strukturell entrechtlicht wurde, während der behördliche Kontrollapparat enorm anwuchs. Mit absinkendem Status nämlich liegen die Kompetenzen in der Flüchtlingspolitik immer stärker in den Händen der Exekutive, bis letztlich im schlimmsten Falle die Ausländerbehörde oder die zuständige Ausländerpolizei über einen weiteren Aufenthalt entscheiden. Dem entspricht auf der anderen Seite eine fast irrationale Überverwaltung von Flüchtlingen durch Meldeauflagen, Residenzpflicht, Sozial- und Ausländerämter.



Diese Möglichkeiten der Fluchtabwehr sind insofern konventionell, als sie den grundsätzlichen Rahmen nicht verlassen, innerhalb dessen Asylpolitik sich traditionell bewegt: Flüchtlinge werden dann zum Gegenstand politischer Regulation, wenn sie im Aufnahmeland erscheinen und als Rechtssubjekte gemäß der GFK Schutz einfordern. Flüchtlingspolitik bestand daher darin, ihnen nachzuweisen, daß sie diesen Rechtsanspruch nicht haben und zugleich durch innenpolitische Repressionen und Kontrollmaßnahmen das Aufnahmeland für Flüchtlinge möglichst unattraktiv zu machen. In Deutschland sind diese Möglichkeiten längst bis an den Rand des Machbaren ausgeschöpft worden. Auf der Suche nach effizienteren Wegen der Flüchtlingsbekämpfung scheint es naheliegend zu sein, daß sich die Fluchtabwehr spätestens seit Mitte der neunziger Jahre tendenziell nach außen orientierte. So machte sich während der Tagung der europäischen Staats- und Regierungschefs 1992 in Edinburgh vor allem die deutsche Regierung stark für das Prinzip der »Regionalisierung der Flüchtlingsaufnahme«, das besagt, daß Flüchtlinge vorrangig in den Ländern derjenigen Weltregion Aufnahme finden sollen, aus der sie stammen. So ist es nicht zuletzt dem Engagement Deutschlands zu verdanken, daß die Auslagerung der Maßnahmen und die Zusammenarbeit verschiedener politischer Ressorts unter den

Maßgaben der Fluchtabwehr zu zentralen Elementen einer gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik wurden.

»Task Force Asylum / Migration« – Auslagerung und Entdemokratisierung

Praktisch zeitgleich mit der Einrichtung des KFOR Protektorates im Kosovo trat 1999 der Amsterdamer Vertrag in Kraft, der den Weg einer künftigen »gemeinsamen Linie« europäischer Asylpolitik weist. Schrittweise soll die Flüchtlingsbekämpfung der Einzelstaaten zusammengefaßt und zur vordringlichen europäischen Aufgabe werden. Aus bislang nicht bindenden Texten der EU wird in zentralen Bereichen der Asyl- und Migrationspolitik Gemeinschaftsrecht werden. Damit soll den nationalen Alleingängen einiger europäischer Mitgliedsstaaten, wie der lange Zeit relativ liberalen Aufnahmepolitik Italiens, vorgebeugt werden. Die gemeinsame Regulierung der Außengrenzen, wie sie der Schengener Vertrag vorsah, wird durch eine Konzentration politischer Entscheidungskompetenz in zentralen EU-Gremien ergänzt werden. Im Zentrum dieser Konzentrationsbemühungen steht ein als High Level Working Group on Asylum and Migration (HLWG) oder »task force asylum/migration« bezeichnetes Expertengremium, das dem Rat angehört und weitestgehend der Kontrolle durch das Europäische Parlament entbunden ist. Diese *task force*, die sich aus hochrangigen Beamten der Innen- und Außenministerien der Mitgliedsstaaten zusammensetzt, soll künftig alle asylpolitischen Planungen zentral und ressortübergreifend erarbeiten, die dann vom Rat beschlossen werden. Auf europäischer Ebene wird die Flüchtlingspolitik damit einerseits den Einspruchs- und Entscheidungskompetenzen der einzelnen Innenministerien, wie der Rechtsprechung der nationalen Gerichtsbarkeit tendenziell enthoben, andererseits gegenüber jeder effektiven parlamentarischen Kontrolle abgeschirmt (die dort erarbeiteten Konzepte werden wiederum in den Mitgliedsstaaten ohne Beteiligung nationaler parlamentarischer Gremien umgesetzt). So entsteht die Situation, daß Regierungen im Rat als Legislative Regelungen beschließen und diese national als Exekutive umsetzen.

Diese organisatorische Verlagerung spiegelt die veränderte Ausrichtung der praktischen Flüchtlingspolitik wider. Asyl und Migration werden nicht mehr als rechtliche und innenpolitische Probleme gesehen, die entstehen, wenn Flüchtlinge in den Einzelstaaten auftauchen, sondern als steuerbare Größen innerhalb eines kompakten Systems europäischer Politik gegenüber dem nichteuropäischen Ausland. Während das auf Nationalstaaten zugeschnittene Konzept der GFK eine für das Individuum eingetretene Tatsache gegenüber Staaten regulieren wollte, nämlich jene, daß Menschen als Flüchtlinge in einem Staat Schutz und Rechtssicherheit suchen, dessen Staatsbürgerschaft sie nicht besitzen, orientiert sich die in der *task force* konzentrierte europäische Flüchtlingspolitik an der politischen Regulierung von kompakten Fluchtbewegungen. Flüchtlingspolitik orientiert sich nicht mehr an der Kontrolle und Verwaltung von einzelnen Rechtssubjekten, sondern an kompakten Flüchtlingsgruppen und ethnischen Abstammungsgemeinschaften, deren Schicksal zum Gegenstand politischer Planungen wird. In diesem Sinne avisiert der Amsterdamer Vertrag den »Übergang von ausschließlich rechtsstaatsorientierten zu auch politisch orientierten Schutzkonzepten«[7], bzw. zur vorübergehenden kontingentierten Aufnahme von Flüchtlingsgruppen aus Krisenregionen, die – wie im Falle der Kosovo-Albaner – keine gesicherten Aufenthaltsrechte besitzen. Damit versucht die EU, sich von der Bindung an den von der GFK vorgegebenen rechtsstaatlichen Rahmen in der Behandlung von Flüchtlingen zu lösen und Perspektiven für eine offensive politische Regulierung zu öffnen. »Letztendlich ist in einem künftigen umfassenden Rechtsakt auch die Frage zu klären, ob sich das in Europa in ganz anderen verwaltungsrechtlichen Zusammenhängen entwickelte Rechtsstaatskonzept und das Modell rechtsförmig durchsetzbarer subjektiver Rechte tatsächlich noch für den Flüchtlingsbereich als einziges Instrument eignet. An die Stelle von individuellen Bescheidverfahren könnte ein ausgeweitetes Kontingentaufnahmeverfahren treten, das sich im übrigen auch noch relativ leicht mit neu zu entwickelnden Lastenteilungsmechanismen kombinieren ließe.«[8]

Diese Neudefinition des Flüchtlings ist möglich geworden durch die von der deutschen Regierung vorangetriebene »Regionalisierung der Flüchtlingsaufnahme« und der Wiederentdeckung des »Rechts auf Heimat«. Beide fügen sich perfekt ein in die aggressive

außenpolitische und militärische Rolle, die die EU seit dem Wegfall des Blockkonfliktes anstrebt.

Heimatrecht und Flüchtlingsschutz

Seit langem schon hat sich die Vorstellung durchgesetzt, daß eine effektive Fluchtabwehr nicht erst an den Außengrenzen der EU, sondern bereits im Vorfeld, am besten gleich dort, wo Flüchtlinge entstehen, einzusetzen habe. Diese »Regionalisierung«, die oft als Politik im Sinne der Flüchtlinge dargestellt wird, funktioniert als Zusammenspiel von Repression und Hilfe. Mittels humanitärer Nothilfe und entwicklungspolitischen Projekten soll die Lebenssituation der Menschen in den typischen Herkunftsländern so weit verbessert werden, daß sich das immer größer werdende Risiko einer Flucht nicht mehr lohnt. Gleichzeitig werden die benachbarten Länder in die Fluchtabwehr einbezogen. Gegenüber kurdischen Flüchtlingen aus dem Irak beispielsweise übernimmt seit längerem schon die Türkei diese Rolle. Ausgerüstet mit Grenzsicherungsanlagen, die ein Hermeskredit der Bundesregierung bescherte, und mit regelmäßigen Razzien in den Elendsquartieren der westtürkischen Großstädte sollen Flüchtlinge aufgespürt und in den Nordirak zurückgeschoben werden.[9] Dieses Konzept der Regionalisierung fußt zentral auf dem »Recht auf Heimat« (»right to remain«), das Mitte der 90er Jahre erstmals in die Satzung des UNHCR aufgenommen wurde und besagt, daß Menschen ein Anrecht darauf besitzen, in ihrer angestammten »Heimat« leben zu dürfen. Damit fand auf UN Ebene jene paradigmatische Umdefinition des Flüchtlings statt, die sich in der Fluchtabwehr der EU heute praktisch äußert. Bis dahin nämlich war das Flüchtlingsrecht, wie es in der GFK festgeschrieben ist, insofern universal, als es Menschen unabhängig von Aufenthaltsort oder Herkunft Rechte verlieh: Wer »zuhause« nicht bleiben kann oder will, dem werden Zuflucht und Rechte an anderen Orten garantiert. Das Recht auf Heimat nun bindet den Flüchtling an seinen Herkunftsort zurück. Die darin zum Ausdruck gebrachte Vorstellung, Menschen wurzelten in einem Territorium und könnten daher nicht einfach weggehen, wenn es ihnen dort nicht gefällt, ist zu einem Argumentationsmuster der gesamten europäischen Außenpolitik geworden. Ziel der flüchtlingspolitischen Maßnahmen ist es folgerichtig nicht, Menschen Schutz zu gewähren, sondern ihnen zur Rückkehr in ihre Heimat zu verhelfen. Die veränderte Terminologie, die den Flüchtling durch den »Vertriebenen« ersetzt hat, weist den Weg: Das Recht auf Heimat geht in der Praxis einher mit der ethnischen Inrechtsetzung von »Volksgruppen«, die ein »angestammtes« Territorium beanspruchen. Auf diesem Prinzip fußen die humanitären Interventionen und Einrichtungen ethnischer »Schutzzonen« und Enklaven im kurdischen Nordirak, Ruanda, Bosnien oder dem Kosovo. So war es durchaus nicht nur Propaganda, wenn Bundesverteidigungsminister Rudolph Scharping und seine europäischen Kollegen davon sprachen, die Rückkehr der Kosovo-Albaner in ihre »Heimat« zu betreiben. Alleine die Weigerung sie auch nur wenige Kilometer von der Grenze zum Kosovo Schutz suchen zu lassen, geschweige denn ihnen Asyl in Europa anzubieten, zeigt, wie ernst es ihnen damit war.

Auf der technischen Ebene ist die Fluchtabwehr damit praktisch von der Außenpolitik der europäischen Staaten nicht mehr zu trennen. Man könnte zugespitzt formulieren, daß der Unterschied darin besteht, daß traditionelle Flüchtlingspolitik sich darum bemüht hat Verfolgerstaaten möglichst schön zu malen, um die Anerkennungsquote zu senken, während die neue Flüchtlingspolitik aktiv daran geht, die Verfolgerstaaten selbst entsprechend umzugestalten. Entsprechend anders sehen auch die Akteure aus: Erstmals 1991 bei der Einrichtung eines »safe haven« im kurdischen Nordirak und erneut im Kosovo wurden die Maßnahmen der Fluchtabwehr gemeinschaftlich von den Außenministerien, dem Militär und humanitären Organisationen erfüllt. An der Grenze zu Albanien haben die Soldaten der Bundeswehr nicht nur Zelte für Flüchtlinge aufgebaut, sie haben auch dafür gesorgt, daß ein massenhafter Ausbruch unterbleibt. Fast gewöhnt hat man sich derweil an die enge Kooperation zwischen Militär und Hilfsorganisationen, ohne die keine der genannten Enklaven aufrecht zu erhalten ist und die während des Kosovo-Krieges bisweilen bizarre Blüten trieb, wie beispielsweise Rupert Neudecks[10] Aufruf an die NATO, einen »humanitären Korridor« freizubomben.

Geändert hat sich folglich auch die Situation der Flüchtlinge, wie jener Kosovo-Albaner in den Camps bei Kukes, die nicht einmal mehr dem traditionellen Grundsatz zufolge, daß Flüchtlinge möglichst fern vom Kampfgebiet untergebracht werden müssen, sicher sein konnten vor den Rekrutierungen durch Kampfverbände; oder die paar Tausend, die in einem

Akt politischer Gnade vorübergehend Duldung erhielten und von Kirchengemeinden mit Decken und gebrauchten Gartenmöbeln versorgt wurden, aber keinerlei dauerhaftes Aufenthaltsrecht besaßen.

Krieg für Flüchtlinge?

Was sich von Außen betrachtet als konsistentes Konzept zur Fluchtabwehr darstellt, ist – wie die Erfahrungen mit der Umsetzung »heimatnaher« Flüchtlingsbekämpfung zeigen – alles andere als ein funktionsfähiges und dauerhaft aufrecht zu erhaltendes Programm. Keine der heimatnahen Schutzzonen ist wirtschaftlich oder politisch überlebensfähig. Die lokalen Verwaltungen der substaatliche Entitäten besitzen keinerlei Souveränitätsrechte und leiden zudem unter den vielfältigen Problemen, die es bereitet, die militärischen oder paramilitärischen Verbände jener Organisationen und Parteien, die zuvor illegal in der Region tätig waren, in ein ziviles Leben zu überführen. Die für Flüchtlinge eingerichteten Schutzzonen sind, wie Bill Frelick, Senior Analyst des US-Council for Refugees 1998 ernüchtert feststellte, heute die »wohl gefährlichsten Orte der Welt«.

Nicht nur der faktische Mißerfolg der Projekte stellt die in sich geschlossene Logik eines kohärenten Programms der Fluchtabwehr als Leitmotiv europäischer Außenpolitik in Frage. Denn ohne Zweifel wurde der NATO-Krieg im Kosovo nicht alleine der Flüchtlinge wegen geführt. Die Konzepte der Fluchtabwehr passen sich vielmehr perfekt in eine ethnisierte Außenpolitik ein, die am Rande Europas beständig Nationalisierungsprozesse lostritt. Dabei funktionieren Flüchtlingscamps wie jene in Mazedonien wie eine Art »nation generating communities«. Die schwierige Aufgabe über eine Abstammungsgemeinschaft Gemeinsamkeit unter Leuten zu erzeugen, die aufgrund sozialer Klasse, Bildung oder regionaler Herkunft mehr trennt, als sie eint, wird den nationalistischen Bewegungen in den Flüchtlingscamps praktisch abgenommen. Zurückgeworfen auf die nackte Existenz, abhängig von den Hilfsgüterverteilungen der UN und zugleich ohne eine reelle Chance, ihr Glück an einem anderen Ort der Welt zu suchen, verblieb den Flüchtlingen als letzte Perspektive tatsächlich nur die Rückkehr in ihre »Heimat«, die sie mangels Alternative auch erkämpfen würden.[11] Der damit losgetretene Nationalisierungsprozeß, der eine ethnische Abstammungsgemeinschaft als Einheit von »Volk«, Geschichte, Kultur und Territorium im Gegensatz zu anderen definiert, zieht ganz folgerichtig jene »ethnischen« Auseinandersetzungen nach sich, die man heute im KFOR-Protektorat beobachten kann. Als Zuschreibung von Außen pflanzt sich dieser Prozeß über die Grenzen der Region fort. Im Sinne einer »ethnischen« Hilfsaktion sollen nicht nur jene paar Tausend als Kontingent aufgenommenen, sondern prospektive alle geschätzt rund 180 000 Kosovo-Albaner in ihre Heimat »zurückgeführt« werden. Die ethnisierende Rückbindung von Menschen an ihre Herkunftsländer ist somit zu einem realen Alptraum für alle geworden, die das Pech haben, eine »Heimat« zu besitzen. So funktioniert die Fluchtabwehr zur Abschottung der Festung Europa nicht nur als Kampf gegen die Armen, sondern zugleich als Motor des »europäischen Integrationsprozesses« nach innen. Dort formiert sich eine Art Abschottungsgemeinschaft, die sich über den Ausschluß all jener konstituiert, die aufgrund ihrer Abstammung nicht dabei sein sollen.

Tommy Ufer

< 1 > Die Argumentationsstrukturen freilich unterscheiden sich eklatant. Während einerseits aufgrund skandalisierender Bevölkerungsstatistiken klare Bedrohungsszenarien den »Schutz« Europas vor den »Flüchtlingsströmen« nahe legen, argumentiert die Sozialistische Fraktion im Europaparlament, daß die schutzbedürftigen Flüchtlinge von den Migranten aus wirtschaftlichen Gründen zu trennen seien. Der darin enthaltene Rassismus, der sich mehr schlecht als recht hinter der vermeintlichen Sorge um die politisch Verfolgten verbirgt, zeigt sich beispielsweise aktuell in der Debatte, die durch die Entdeckung von 59 toten Flüchtlingen in England hervorgerufen wurde. Der Fund führte nicht zu einer Debatte über die Abschottungsmaßnahmen, sondern zu einem Frontalangriff der Labour Party auf die Genfer Flüchtlingskonvention. Während des EU-Rats-Gipfels von Tampere noch mußte Haider herhalten, um das Votum der Soz. Fraktionen für eine restriktivere Migrationspolitik zu legitimieren: »In these times of Haider and other demagogues it is probably a wise policy to underline that we demand respect for the asylum-seeker but that the asylum seeker must also respect our laws. But our laws need to be constantly reviewed and revised when necessary, no legislator, no politician, not even a bleeding heart can foresee the nightmare that is forced migration and exile.« Pierre Schori, Vice-President for Foreign and Security Policy of the Socialist Group in the European Parliament, auf dem EU Tampere Summit Parallel Meeting 1999, zit. nach »The ECRE Tampere Dossier«, Brüssel, Juni 2000, S. 36.

< 2 > Helmut Dietrich: Europäische Flüchtlingspolitik und der NATO-Krieg, in: *Widerspruch* – Beiträge zur sozialistischen Politik, 19. Jg./ Heft 37 – Juli 1999.

< 3 > Hierbei kommt es oft zu Kettenabschiebungen der Flüchtlinge von einem Land zum nächsten. Endstation ist für die Flüchtlinge mitunter Weißrussland oder Russland, wo sie als Illegale auf eine erneute Chance warten.

< 4 > Martin Schieffer: Die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten in den Bereichen Asyl und Einwanderung, Baden-Baden 1998, S. 32.

< 5 > Die weitgehende Abschaffung des grundgesetzlich garantierten Asyls war sicherlich nur der spektakulärste und öffentlich meist beachtete Schritt in diese Richtung. Dem folgten in schneller Reihenfolge Verschärfungen im Asyl- und Ausländerrecht, ein neues Asylverfahrensrecht und die Novelle des Asylbewerberleistungsgesetzes.

< 6 > Den Kern dieser Maßnahmen bildete die definitorische Trennung von Flucht aufgrund politischer Verfolgung und wirtschaftlich bedingter Migration. Ein heuristisches Unterfangen angesichts der strukturellen Verwobenheit wirtschaftlicher Ausbeutung und politischer Unterdrückungsverhältnisse. Diese Trennung in »Asyl« und »Migration« allerdings ist in der GFK schon angelegt, die eine »begründete Furcht vor Verfolgung« voraussetzt.

< 7 > Vertragstext

< 8 > Manfred Matzka: Zur Notwendigkeit einer europäischen Einwanderungspolitik, Vortragsmanuskript, Trier, 18. Februar 1999. Matzka arbeitet für das österreichische Innenministerium und gilt als einer der maßgeblichen Vorreiter bei der Planung einer gemeinsamen europäischen Fluchtabwehr.

< 9 > Im Nordirak selbst herrscht ein Nothilferegime, daß mit den Geldern der UN und der Europäischen Geberorganisation ECHO notdürftig am Leben gehalten wird.

< 10 > von der Hilfsorganisation Cap Anamur

< 11 > Ein Phänomen, das in den palästinensischen Flüchtlingslagern seit Jahrzehnten zu beobachten ist. Die meisten arabischen Staaten haben sich konsequent geweigert, die palästinensischen Flüchtlinge zu integrieren, um den territorialen Anspruch auf Israel aufrechtzuerhalten.

»Der Kranich hat erste Federn gelassen. Wir werden ihn weiterrupfen ...«[1]

Zwischenbilanz der Lufthansakampagne von *kein mensch ist illegal*

»Als Linienfluggesellschaft unterliegt Lufthansa der Beförderungspflicht von Personen. Gemäß Luftverkehrsgesetz (§ 21, Abs.2) muss sie grundsätzlich alle Personen mit gültigem Ticket und den erforderlichen Reisedokumenten für das jeweilige Zielland akzeptieren.«

Lufthansa-Pressestelle vom August 1999

»Lufthansa lehnt Abschiebungen gegen den Widerstand der Betroffenen grundsätzlich ab und befördert sie seit Juni 1999 nicht mehr.«

Lufthansa-Pressemitteilung vom 11. April 2000

Dass der letzte Halbsatz der Lufthansa-Pressemitteilung vom April diesen Jahres nicht der Wahrheit entspricht, soll im folgenden noch genauer erläutert werden. Doch zunächst überrascht der öffentliche Betonungswandel bei Lufthansa (LH). Hatte Lufthansa bislang jede Kritik an ihrer Beteiligung bei Abschiebungen kaltschnäuzig abgeblockt, hört sich dies seit dem 11. April alles ganz anders an.

Kein Zufall: Denn wenige Tage zuvor hatten mehrere im antirassistischen Netzwerk »kein mensch ist illegal« zusammengeschlossene Gruppen ihr erstes Aktionswochenende gegen die »deportation class« gestartet. Eine unter diesem Titel erscheinende Kampagnen-Zeitung war erstmals im März auf der Internationalen Tourismusmesse (ITB) in Berlin verteilt worden: von dunkelblau-orange gekleideten Damen, die gut als Stewardessen hätten durchgehen können. Erste Missstimmungen bei den anwesenden Lufthansa-Oberen waren dort unschwer zu erkennen gewesen. Wenige Tage später hatten militante AntirassistInnen den Lufthansa-Chef Weber in seiner Hamburger Villa besucht und reichlich rote Farbe hinterlassen. Am 8. April waren dann die Lufthansa-Schalter an den Flughäfen in Hamburg, Hannover und München Ziele von Protestkundgebungen. Und tags zuvor veranstalteten AktivistInnen in Seeheim-Jugenheim, in der Nähe von Darmstadt, ein Go-In im Zentralen Ausbildungszentrum der Lufthansa.

Die Nervosität steigt

Es ist anzunehmen, dass Lufthansa sich zunächst weiter unbeeindruckt gegeben hätte, wenn nicht mit einer weiteren Aktion ihr wunder Punkt getroffen worden wäre: zeitgleich waren tausende Flyer, den offiziellen Werbefaltblättern der Lufthansa täuschend ähnlich, auf Flughäfen sowie in den Auslagen von Reisebüros in zahlreichen Städten aufgetaucht. Darin wurde zum 1. Mai als »Lufthansa Special« die »deportation class« mit bis zu 30 %igem Preisnachlass angekündigt, weil im gleichen Flugzeug »ein abgetrennter Bereich für die Rückführung von abgewiesenen Asylbewerbern reserviert« sei. Daraufhin dürften die Telefone bei Lufthansa heißgelaufen sein. Unter denen, die sich über dieses neue Sonderangebot der Lufthansa empörten, war auch die Münchener Vorsitzende der jüdischen Gemeinde. Spätestens jetzt musste Lufthansa ihre Deckung verlassen und eiligst eine Pressekonferenz einberufen, um sich von diesem »zynischen« Machwerk zu distanzieren und Strafanzeige zu erstatten.

»Arme Lufthansa. Militante Menschenrechtler haben der Kranich-Fluglinie in den letzten Tage übel mitgespielt!«, schrieb rührselig die *Bild*-Zeitung, und die »deportation class« wurde nachfolgend des öfteren zum Lufthansa nervenden Pressethema.

Die Kampagne hatte damit schneller den beabsichtigten Erfolg errungen als erwartet. Lufthansa war unter Rechtfertigungsdruck geraten, offensichtlich verunsichert und das Image erstmals angeschlagen. Im Rahmen von Pressenachfragen und um sich gegen den »absurden Vorwurf« zu wehren, vom Abschiebegeschäft zu profitieren, gestand Lufthansa dann auch ungewollt die Dimension ihrer Abschiebebeteiligung ein. 40 Millionen Passagiere transportiere Lufthansa pro Jahr, da könne bei 10000 Abschiebungen doch nicht von Geschäft gesprochen werden. Peanuts, so lag es auf der Zunge. Die *Süddeutsche Zeitung* erfuhr gar von 16000 Abschiebungen unter LH-Flugnummern im Jahr 1999, was dann nahezu die Hälfte der rund 33000 vom Bundesgrenzschutz (BGS) in seiner Jahresstatistik aufgeführten Rückführungen ausmachen würde.

Diese Abschiebungen werden in abgestufter Brutalität durchgesetzt. Dass, nach offiziellen Angaben, ca. 90 % der sogenannten Deportees unbegleitet fliegen, mag stimmen. Doch die angebliche Freiwilligkeit ist knallhart erzwungen: Denn die Alternative ist bei vielen Betroffenen die Fortdauer von monatelanger Abschiebehaft. 10 % der »Schüblinge«, und für 1998 hat der BGS 9000 eskortierende Beamte gezählt, fliegen »begleitet« und dann nach wie vor unter Anwendung nahezu aller Gewaltmittel. Nach dem Tod von Aamir Ageeb im Mai letzten Jahres hatte Innenminister Otto Schily die allzu gewalttätigen Durchsetzungsmittel eingeschränkt, doch nach einer kurzen Schamfrist können heute sogar wieder Helme eingesetzt werden. Und Spezialisten sind, wie der *Spiegel* (18/2000) berichtet, mit der Entwicklung neuer Spezialhelme sowie aus den USA angelernter Fesselungstechniken beschäftigt.

Peanuts für die Lufthansa

Die Abschiebestrategen insbesondere beim BGS sorgen längst dafür, dass viele Problemausweisungen anderweitig erledigt werden: z. B. von mitgebrachtem Sicherheitspersonal der rumänischen Airline Tarom, die einmal pro Woche von Düsseldorf aus einen Sammelabschiebecharter in die Türkei fliegt. Oder, wie im Rückführungsabkommen mit Algerien festgelegt, dass Deportees schon auf den deutschen Flughäfen an Beamte dieses Staates in Maschinen der Air Algerie übergeben werden. Vor diesem Hintergrund hatte »kein mensch ist illegal« nicht nur auf den exemplarischen Charakter der Lufthansakampagne hingewiesen, deren Ziel darin besteht, an einem doch wichtigen Rädchen der Abschiebemaschinerie Sand ins Getriebe zu streuen. Denn auf Lufthansa, mit ihren vielen Direktverbindungen in alle Welt, ist für einen flexiblen, effizienten Abschiebeapparat schwerlich zu verzichten.

Die Behauptung, bei Lufthansa würde seit Juni 1999 nicht mehr gegen den Widerstand der Betroffenen ab-

geschoben, muss leider als PR-Märchen abgetan werden. Ein Leipziger Professor war noch im März 2000 Zeuge eines brutalen Abschiebeversuchs geworden. Die Crew des LH-Fluges 4115 von Paris nach Berlin hatte nicht reagiert, bis der Professor dem Kapitän juristische Konsequenzen androhte. Daraufhin wurde der Flug abgesagt. Vom Januar 2000 datiert ein anderer Abschiebungsfall mit Lufthansa in den Sudan, ein Land, in das fast ausschließlich mit Lufthansa abgeschoben wird. Gefesselt war ein protestierender Flüchtling von Gera bis zum Frankfurter Flughafen gebracht worden. BGS-Beamte setzten ihn ins Flugzeug und liessen ihn mit dem Versprechen zurück, dass er ja bei der Zwischenlandung in Kairo aussteigen könne. Doch in Kairo verweigerte der Kapitän die Herausgabe der Pass-Dokumente und zwang den Sudanesen zum Weiterflug.

Dieser Vorfall, der die offensichtliche Zusammenarbeit von BGS und Flugkapitän beweist, deutet auf eine Praxis hin, die sich offiziell natürlich nicht belegen lässt. Vermittelt von der Lufthansa-Sicherheitsabteilung bucht der BGS Deportees auf die Flüge, bei denen er sich der Unterstützung oder zumindest Gleichgültigkeit bestimmter Piloten sicher sein kann. Kommt es zu Zwischenfällen, dann landen die entsprechenden »flight reports« wiederum in der Sicherheitsabteilung der Lufthansa, die alles daransetzt, dass nichts an die Öffentlichkeit gerät. Insofern muss davon ausgegangen werden, dass noch zahlreiche, auch unmittelbar gewaltsame Abschiebungen mit Lufthansa stattgefunden haben bzw. weiter stattfinden.

Dass Lufthansa erst im vergangenen Monat – also fast ein Jahr nach ihrem angeblichen Beschluss – in der MitarbeiterInnenzeitung »Lufthanseat« davon berichtet, keine Abschiebungen gegen den Widerstand der Betroffenen durchzuführen, und dass bis heute keinerlei entsprechende Anweisung an das Flugpersonal ergangen ist, beweist einmal mehr, dass es um einen Showeffekt und allein darum ging, der »deportation class«-Kampagne und der damit verbundenen öffentlichen Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Vor dem Showdown

Doch diese Taktik scheint nicht aufzugehen. Zu einem zweiten Aktionstag gegen die »deportation class« anlässlich des Todestages von Aamir Ageeb Ende Mai kam die Lufthansa erneut ins Schwitzen. In Bremen kündigten Aktivistinnen an, die Lufthansa-Pilotenschule zu besuchen und zum Gespräch zu fordern. Hektische Reaktionen auf Presseanfragen und ein von der Polizei abgeriegeltes Schulungsgebäude waren die Folgen. An mehreren Flughäfen fanden Demonstrationen statt, adrette »FlugbegleiterInnen gegen Abschiebungen« waren am Kölner Flughafen im Einsatz, in Frankfurt wurde eine Gedenktafel aufgestellt. Mittlerweile kursiert auch ein erster internationaler Aufruf, in dem der Lufthansa Proteste gegen die »deportation class« in Stockholm oder Amsterdam angekündigt werden. Gleichzeitig reist nun eine kleine Ausstellung mit Plakatentwürfen und Texttafeln zur Lufthansakampagne umher, ab Mitte Juni wird sie bei Anti-Expo-Veranstaltungen in Hannover zu sehen sein.

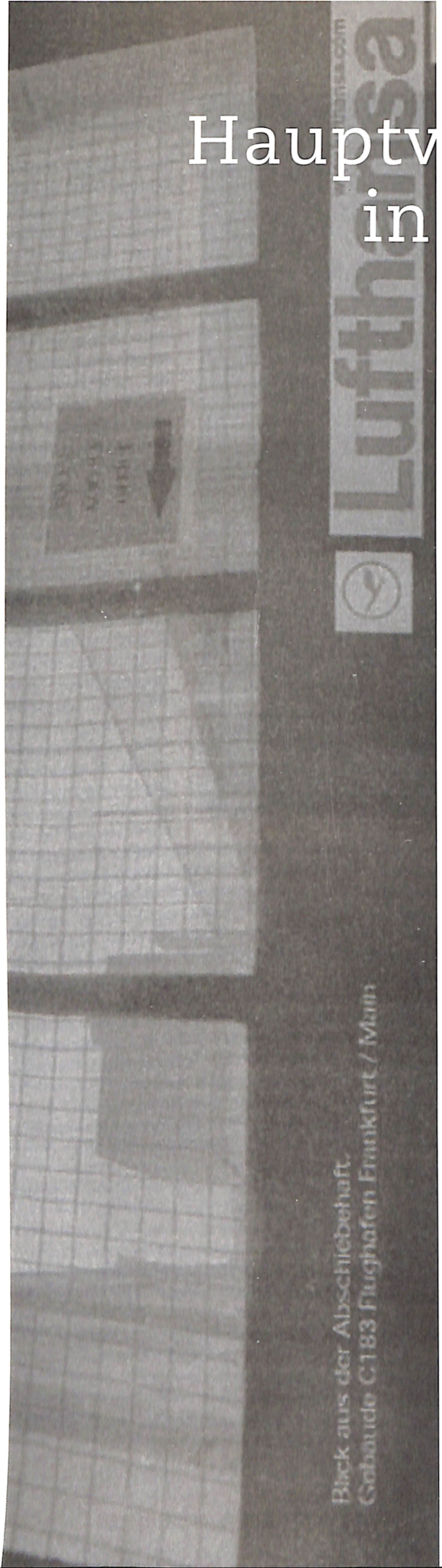
Ein vorläufiger Höhepunkt des Protestes steht der Lufthansa demnächst in Berlin ins Haus. Am 15. Juni tagt im ICC die jährliche Aktionärsversammlung. Die feindliche Übernahme ist zwar noch nicht vorgesehen, doch kritische Aktionäre und aktionistische KritikerInnen dürften dieser Veranstaltung eine brisante Stimmung verschaffen. Arme Lufthansa.

h., AG3F Hanau

Aktuelle Infos: 01 72 / 891 08 25 (Kampagnenhandy) sowie über die Webseite: *www.deportation-alliance.com*

Die Plakate zur Kampagne finden sich via: *www.stadtrevue.de/kmii*

< 1 > Aus: *ak – analyse & kritik*, Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 439/2000.



Hauptversammlung in Turbulenzen

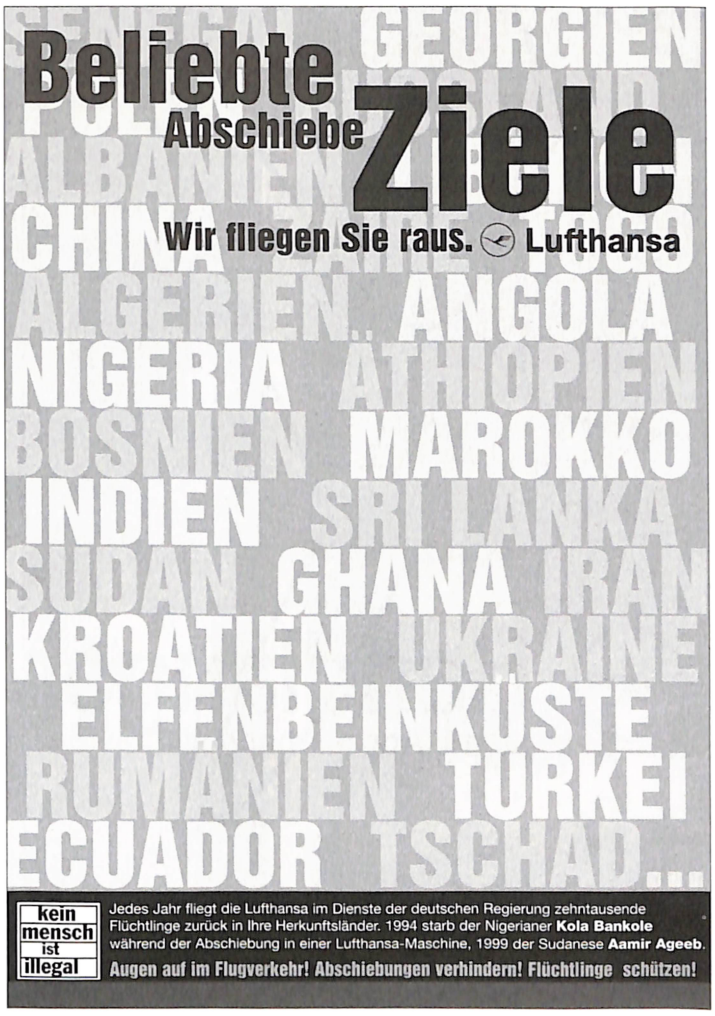
Der Mann mit dem Megaphon sieht aus wie ein Pilot, der in seiner langen Laufbahn schon viele Abenteuer erlebt hat. Einer, der auf den Langstrecken zu Hause ist und die Airports dieser Welt wie seine Westentasche kennt. »Wir sind heute hier, um gegen die ›Deportation.Class‹ zu protestieren!« bellt er den Aktionären entgegen, die gerade die Rolltreppe zum Kongresszentrum ICC hochkommen.

In ein paar Minuten soll hier die Hauptversammlung der Deutschen Lufthansa AG stattfinden. Doch zuvor dürfen die Klein- und Großaktionäre miterleben, wie es aussieht, wenn ein Schübling gefesselt und geknebelt in einem Rollstuhl an Bord einer Lufthansa-Maschine gebracht wird. Vor dem Eingang zum ICC hat sich ein Spalier von Demonstranten gebildet, die Transparente mit zornigen Parolen hochhalten, adrett gekleideten Flugblattverteilern und vermeintlichen Stewardessen, die Unterschriften für ein Unternehmenskonzept ohne Abschiebungen namens »Fair Fly« sammeln.

Dass die Aktionärsversammlung der Lufthansa am 15. Juni in Berlin überschattet sein würde von Protesten, war absehbar. Seit Anfang März ist die Fluggesellschaft mit einer Kampagne konfrontiert, die erbittert gegen Abschiebungen auf Linienflügen kämpft. Dass das jährliche Aktionärstreffen aber in turbulenten Szenen gipfelte und mit einem kleinlauten Eingeständnis des Vorstandsvorsitzenden endete, dürfen die Abschiebungsgegner getrost als großen Erfolg verbuchen.

Schon als der Aufsichtsratsvorsitzende Klaus Schlede vor angeblich 4500 Aktionären die Hauptversammlung eröffnete, kam er nicht umhin, die Proteste der Abschiebungsgegner ein erstes Mal zu würdigen. Er kündigte an, die Versammlungsleitung werde es nicht dulden, wenn die Aktionärsversammlung zu einem Forum für Asylpolitik umfunktioniert werde. Kaum hatte er den Satz beendet, da sprangen auch schon die ersten Abschiebungsgegner im Saal auf und breiteten vor dem Podium mehrere Transparente aus, in denen die Lufthansa »Deportation.Class« scharf angegriffen wurde. Ein Spruchband erinnerte an Aamir Ageeb und Kola Bankole, die beide bei Abschiebungen an Bord von Lufthansa Maschinen umgebracht wurden.

Handgreifliche Auseinandersetzungen im Blitzlichtgewitter der zahlreichen Fotografen waren garantiert nicht das, was die Lufthansa AG sich für ihre jährliche Hauptversammlung erträumt hatte – das drei Millionen Mark teure »Schaufenster des Konzerns«, wie es ein Mitarbeiter am Rande der Konferenz so treffend ausgedrückt hatte. Mit einem Live-Webcast wurde der öffentliche Teil der Veranstaltung zudem im Internet übertragen; die Protestszenen wurden im Nachhinein jedoch herausgeschnitten.



Auch der Vorstandsvorsitzende Weber wurde in seinem etwa einstündigen Geschäftsbericht mehrfach mit Spruchbändern, Sprechchören und Zwischenrufen aus dem Konzept gebracht. Die eilig einschreitenden privaten Sicherheitskräfte brauchten jeweils mehrere Minuten, um Weber wieder die volle Aufmerksamkeit der versammelten Reaktionäre zu verschaffen: Wütende Rentner in grauen Blousons und alter Berliner Frontstadtmentalität versäumten keine Gelegenheit, ihrem Konzern einen Bärendienst zu erweisen und sich mit den besonnen und entschlossen auftretenden Demonstranten zu rangeln, die sich für ihren großen Auftritt fein herausgeputzt hatten.

Am Ende seines Geschäftsberichts ging Weber nochmals auf die seit drei Monaten andauernde Kampagne gegen die »Deportation.Class« ein. Lufthansa sei Opfer ungerechtfertigter Angriffe, weil das Unternehmen mittlerweile keine Schüblinge »gegen deren erklärten Widerstand« transportiere. Ausserdem gälte es die gesetzlich vorgeschriebene Beförderungspflicht einzuhalten. Schon im Vorfeld der Veranstaltung hatten die Aktivisten von »kein mensch ist illegal« darauf hingewiesen, dass solche Erklärungen das Papier nicht wert seien, auf dem sie geschrieben stünden. Sie fordern den unwiderruflichen Ausstieg aus dem Abschiebungsgeschäft. Die Lufthansa sei mitverantwortlich für die zwangsweise Verschleppung von 10000 bis 20000 Menschen pro Jahr und ließe sich diese Dienste auch noch gut bezahlen.

Die Münchner Rechtsanwältin Gisela Seidler hielt Weber in der anschließenden Diskussion des Geschäftsberichtes entgegen, die vermeintliche Beförderungspflicht sei auf Betreiben der Lufthansa schließlich auch für tropische Ziervögel aufgehoben worden. Seidler wollte von Weber einige präzise Fragen beantwortet wissen: Was etwa dran sei an den unbestätigten Informationen, die Lufthansa verhandele hinter verschlossenen Türen längst mit dem Innenministerium über einen Ausstieg aus der »Deportation.Class«.

Einen Schritt weiter ging der Konstanzer Internet-Forscher Reinhold Grether, einer breiteren Öffentlichkeit besser bekannt als »agent.NASDAQ«. Grether war einer der Feldherren im »Toywar«, als es einer Massenbewegung von Internet-Aktivisten gelang, einen der größten Internet-Händler in die Knie zu zwingen. Grether rechnete der Unternehmensleitung vor, welchen immensen Schaden ein Konzern nehmen könne, wenn er Zielscheibe einer intelligent organisierten Kampagne werde. Virtuelle Protestformen, die sich darauf beschränken, das Image der jeweiligen Marke zu verschmutzen, und darüberhinaus auch noch neue Formen des Online-Protestes einsetzen, können auch Umsatzriesen wie die Lufthansa in ernste Gefahr bringen. Totenstille herrschte im Saal, als Grether seine Ausführungen mit einem großzügigen Angebot schloss: Er könne die Lufthansa gerne einmal kostenlos beraten, falls sich die Konzernleitung der Risiken bewusst werden wolle, auf die sie durch das Beharren auf die »Deportation.Class« zusteuere.

Den Aktionären, die sich vor ein paar Stunden noch über 1,10 DM Dividende pro Aktie angesichts eines lustlos vor sich hindümpelnden Kurses freuen konnten, war der Schreck in die Glieder gefahren. Als wenige Minuten später ein weiterer Redner von »kein mensch ist illegal« den Namen Aamir Ageeb aussprach, verlor die Versammlungsleitung vollends die Fassung und der Aktivist wurde unter ohrenbetäubendem Gejaule der Aktionärsmenge von den Sicherheitskräften aus dem Saal geschleppt.

Spätestens jetzt gab es eigentlich nurmehr ein Thema auf dieser Hauptversammlung: Abschiebungen auf Lufthansa Linienflügen. In den Gängen, auf den Toiletten, in den Warteschlangen vor den Ständen, an denen sich die Aktionäre ihre Naturalien-Dividende abholen konnten: Die »Deportation.Class« war Gegenstand aller Gespräche und heftiger Auseinandersetzungen. In der Einladung zur Hauptversammlung musste die Lufthansa bereits die Webadresse der Abschiebungsgegner veröffentlichen: »*www.deportation-alliance.com*« war die schlichte Begründung eines Antrages auf Nicht-Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, die vierhunderttausend Mal an Anteilseigner

in aller Welt verschickt wurde.

Mit jedem Redner, der erneut auf die Protestaktionen einging oder gegen die neuerdings Aktien haltenden Aktivisten wetterte, verdichtete sich der Eindruck: Wenn es nicht schon längst der Fall war, spätestens nach dieser Hauptversammlung hat Lufthansa ein gewaltiges Image-Problem. Ein besorgter Aktionär brachte auf den Punkt, wofür es zumindest an diesem Tag längst zu spät war: »Ich möchte nicht, dass am nächsten Morgen in allen Zeitungen steht, die Lufthansa habe kein Herz.«

War es nur Schadensbegrenzung oder bereits eine geschickt eingeleitete Rückzugsstrategie, wenn Vorstandschef Weber am Ende der Veranstaltung erstmals klipp und klar eingestand: »Wir werden mit dem Innen- und dem Verkehrsministerium über eine Entbindung von der Beförderungspflicht verhandeln.« Die Aktivisten von »kein mensch ist illegal« und der »Dachverband der Kritischen Aktionäre«, die die Proteste auf der Hauptversammlung organisiert hatten, fühlen sich durch diese Aussage jedenfalls weiter bestätigt. Eine solche Entbindung wäre auch schon rein rechtlich gesehen möglich. Denn die »allgemeinen Beförderungspflicht« ist dem eigentlichen Rechtssinn nach ein Konsumentenschutzrecht, das dem willkürlichen Ausschluss einzelner Personen von der Beförderung durch ein Beförderungsunternehmen einen Riegel vorschieben soll. Zwangsweise Beförderungen, so könnte argumentiert werden, können sich also nicht auf die »allgemeine Beförderungspflicht« berufen.

»Um der Lufthansa AG bei ihren sicherlich schwierigen Verhandlungen mit dem Innen- und Verkehrsministerium nachhaltige Unterstützung und entsprechende Rückendeckung zu geben, werden wir unsere Beziehungen zu dem Konzern durch weitere Auftritte und Besuche bei Lufthansa festigen«, hieß es auf einer tags darauf stattfindenden Konferenz der »kein mensch ist illegal«-Aktivisten. Geplant sind Aktionen am Lufthansa Pavillon auf der Expo und vor allem eine Intensivierung der Internet-Aktivitäten.

Schon bald soll eine Datenbank Gruppen und Einzelpersonen zusammenbringen, die entweder Aktionsideen mit sich herumtragen, diese aber aufgrund mangelnder Kenntnisse, Informationen oder entprechender Mittel nicht alleine durchführen können, oder die über das gefragte Know-How verfügen, aber bislang vergeblich den politischen Kontext suchten. Ein solches Projekt nach dem Vorbild der US-amerikanischen Aktivisten-Gruppe »RTmark« könnte der Kampagne gegen die »Deportation.Class« eine kaum mehr zu zügelnde Dynamik verleihen. Ausserdem steht bald eine neue Generation von Skripten und Programmen für regelrechte »Online-Demonstrationen« und höchst effektive »Virtuelle Sit-Ins« zur Verfügung.

Lufthansa-Chef Webers Tagträume vom unaufhaltsamen Siegeszug der neuen Technologien mögen hierfür den entscheidenden Anstoß gegeben haben. Schließlich plant der Konzern bis zum Jahr 2005 40 Prozent aller Buchungen über das Internet abzuwickeln. Dass sich hier ungeahnte Betätigungsmöglichkeiten gerade auch für konzernkritische Kreise ergeben dürften, wird ihm wohl erst nach seiner Rede in den Sinn gekommen sein.

Kurz bevor die Aktionärsversammlung über den Antrag, Vorstand und Aufsichtsrat wegen der Verwicklung in das Abschiebungsgeschäft nicht zu entlasten, abstimmte, machte Weber eine allerletzte Einlassung zum Thema »Deportation.Class«: Niemand möge bitte den an Flughäfen und vor Reisebüros verteilten Werbebroschüren der »Deportation.Class« Glauben schenken. Es handele sich um böswillige Fälschungen.

Wie es den Anschein hat, haben diese ihren Zweck aber mehr als erfüllt. Daran änderte dann auch die Abstimmungsniederlage nichts, die sich der »Dachverband der kritischen Aktionäre« am Ende des langen Tages einholte: Ganze 0,19 Prozent der Stimmen votierten für den Antrag auf Nicht-Entlastung des Vorstandes. Repräsentative Logik liegt den Aktivisten reichlich fern. Schließlich warten wesentlich effizientere und attraktivere Interventions-Möglichkeiten jenseits der herkömmlichen politischen Rituale.

Florian Schneider (München)

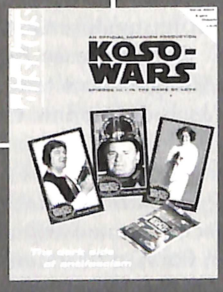
Abo?

Back-issues?

Alte Ausgaben gibts für die Portokosten, das Abo mit 4 Ausgaben für 10 Mark in Briefmarken oder Scheinen bei:

diskus
Mertonstr.
26 – 28
60325 FfM

Rabatte für WiederverkäuferInnen auf Anfrage



Antirassistisches Grenzcamp zum Dritten

»Was mir besonders auffällt: Man sieht keine Ländergrenzen. Ich habe schlagartig begriffen, dass die auf Landkarten eingezeichneten Grenzlinien Geburten in den Köpfen von Menschen sind.« *Ulf Merbold, Astronaut*

Einen Ausflug ins All können wir leider nicht anbieten. Jedoch besteht beim Camp trotzdem die Möglichkeit, sich der oben zitierten Erkenntnis zu vergewissern. Ein Mensch überquert die Neisse und es sind keine unsichtbaren Mächte oder Kräfte, die seine Ankunft in der Bundesrepublik Deutschland verhindern. Diejenigen, die das besorgen, haben Namen und Ränge. Sie sind aus Fleisch und Blut und verstecken sich hinter Pflichterfüllung sowie nationaler bzw. europäischer Verantwortung: BGS. Bundesinnenministerium. Zentrale Ausländeraufnahmestelle. Andere vollstrecken den Willen schweigender Mehrheiten, indem sie in der Sprache der Gewalt Menschen anderer Hautfarbe, Nationalität oder Weltansschauung angreifen und gelegentlich totschlagen: Deutsche Neonazis und FaschistInnen.

Viele tun ihren Teil dazu, indem sie wegsehen und schweigen oder gar die Opfer denunzieren: Deutsche StaatsbürgerInnen.

Diese Zusammenballung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und gesellschaftlichem wie staatlichem Verfolgungsinteresse nennen wir das GRENZREGIME. Gegen dieses Ensemble bundesrepublikanischen Alltags veranstalten wir erneut ein Camp an der polnisch-deutschen Grenze. (Auszug aus dem Aufruf)

Vom 29.7. bis zum 6.8. findet dieses Jahr das dritte antirassistische Grenzcamp an der polnisch-deutschen Grenze in Forst in Brandenburg statt. Wie auch in den beiden Vorjahren werden vielfältige Aktionen gegen das reibungslose Funktionieren des Grenzregimes die Verhältnisse vor Ort zum Tanzen bringen. An dem ersten Grenzcamp 1998 in Rothenburg/Sachsen nahmen noch kaum Flüchtlinge teil. Hingegen gab es beim zweiten Camp 1999 in Zittau, vor allem angeschoben durch die Flüchtlingsorganisation afrikanischer MigrantInnen »the Voice«, Aktionen gegen die schlechte Situation der Flüchtlinge in der Zittauer Sammelunterkunft. Beim diesjährigen Grenzcamp soll die Thematisierung von staatlichem Rassismus per Abschiebung, Arbeitsverbot, eingeschränkter Bewegungsfreiheit, Internierung und polizeilicher Verdächtigung breiten Raum einnehmen. Unter anderem wird

es einen Schwerpunkttag zu diesem Themen-Komplex geben. Es werden gemeinsame Aktionen z. B. gegen die Vergabe von Gutscheinen statt Bargeld vor Ort stattfinden, um die Situation von Flüchtlingen und den Umgang staatlicher wie kommunaler Behörden mit ihnen öffentlich zu thematisieren und anzugreifen. Ziel ist es, Solidarität mit den Flüchtlingen als gesellschaftliche Position vor Ort über das Camp hinausgehend und nachhaltig zu stärken. Veranstaltungen und breitere Kontaktsuche im Vorfeld sollen dazu beitragen. Die angestrebte Kontinuität politischer Initiativen wird insgesamt mehr im Vordergrund stehen als bei früheren Camps. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Thematisierung neo-nazistischer und faschistischer Strukturen in Forst und Umgebung sein. Entsprechende Orte werden aufgesucht und den Adressaten unsere Meinung zu ihrem Treiben kundgetan.

Erneut wird eine auflagenstarke Zeitung in der Region breit verteilt werden. Geplant ist auch ein Campradio auf dem Gelände. Das Webjournal (Adresse untenstehend) soll gegenüber dem letzten Mal noch erweitert werden. Auf dem Campgelände soll es auch wieder einen eigenen Bereich für Frauen/Lesben geben.

Neben dem Aktionsschwerpunkt werden inhaltliche Diskussionen mehr in den Vordergrund treten. Nahezu allabendlich werden Workshops sowie inhaltlich vorbereitete Plena stattfinden, beispielsweise zu den Themen Kosovokrieg, Theorie und Geschichte des Antirassismus in der BRD, Arbeit, Migration und Lohndumping, Fluchthilfe im Wandel der Geschichte, Reflexion der Kampagne »kein Mensch ist illegal«, sowie eine Veranstaltung der Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen. In diesem Sinne bewegt sich das Grenzcamp 2000 im Spannungsfeld zwischen Aktionsorientierung und autonomer Sommeruni, gegenseitige Bereicherung nicht ausgeschlossen.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist die Zunahme und gegenseitige Bezugnahme verschiedener internationaler Grenzcamps, die alle in diesem Sommer stattfinden. War noch beim ersten Camp 1998 die Zusammenarbeit mit Leuten in Polen auf einzelne Kontakte beschränkt, so beteiligte sich 1999 eine größere Gruppe aus Poznan an der Aktionswoche. Sie hatte im Vorfeld eine öffentliche Aktion beiderseits der polnisch-ukrainischen Grenze durchgeführt und späterhin Flugblätter an der polnisch-deutschen Grenze verteilt. In einer gemeinsamen Osteuropa-Arbeitsgruppe im Zittauer Camp wurde einerseits über die Vorverlagerung der Abschottungspolitik nach Osten diskutiert, zum anderen über mögliche Gegenprojekte beraten. Vorgeschlagen wurde auch ein Camp im Dreiländereck Polen-Ukraine-Slowakei. Die Gruppe aus Poznan, die anarchistische Föderation (FA), begann mit der Organisierung; Mitte Juli wird es jetzt im genannten Dreiländereck stattfinden. Die Teilnahme von etwa 100 Personen aus verschiedenen osteuropäischen Ländern wird erwartet, auch von der »deutschen« Campvorbereitung wird eine Delegation dort hinfahren.

Über die Zusammenarbeit speziell mit der FA Poznan kam es in den letzten Monaten zu kontroversen Debatten. Der Einsatz einer sexistischen Collage bei einer antimilitaristischen Aktion sowie deren Bündnispolitik mit einer rechten, anti-postkommunistischen Gruppierung hat zu einigem Streit geführt. Doch gerade auch über solche Fragen soll auf dem polnischen Camp eine offene Auseinandersetzung laufen, insbesondere im letztgenannten Punkt sollte vor dem Hintergrund eines völlig anderen historischen Kontextes eine spannende Herausforderung gesehen werden. Denn in der Debatte wurde auch deutlich, dass die polnische Gruppe die zumindest punktuelle Zusammenarbeit der deutschen Linken mit postkommunistischen oder gar stalinistisch beeinflussten Organisationen kritisch hinterfragt sehen will.

Mitte Juli also in Ostpolen, Ende Juli in Cottbus, Mitte August an der italienischen Küste in Apulien, schließlich Anfang September in Tijuana in Mexico: der Kampf gegen die Grenzregimes soll mit aufeinander bezogenen Camps weiter internationalisiert werden. Ob an den Aussengrenzen der Festung Europa oder zwischen den USA und Mexico: es geht nicht allein um das tägliche Unrecht der Rückschiebungen und die oft tödliche Brutalität der Jagd auf die Illegalisierten. Der Zusammenhang von Globalisierung, Arbeitsmärkten und Migration, die immense Bedeutung der Grenzen für das Ausbeutungsgefälle soll gleichermaßen zum Thema gemacht werden.

In diesem Sinne: Nieder mit den Grenzregimen!

Zentrale Kontaktadresse:

c/o FFM
Stichwort: Grenzcamp 2000
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
E-Mail: FFM@snafu.de
Webjournal: *www.nadir.org/camp00*

Nachfragen zum Camp in Polen: 0172/6688454

Au Pairs – die postmodernen Dienstmädchen

Der Green-Card-Vorstoss der globalisierten Sektoren des Kapitals hat aufs Neue die Restrukturierung der Wirtschaft mit der Thematik der Migration verknüpft. Die Bemühung der US-amerikanischen Green-Card ist eher ein schlechter Witz angesichts der restriktiven deutschen Einwanderungspolitik – Red-Card wäre sinnfälliger, denn nach 5 Jahren müssen sie Deutschland wieder verlassen. Dennoch hat selbst diese ja keineswegs humanitäre Einladung an IT-SpezialistInnen, sondern rein arbeitsmarktpolitische Intervention sofort das Echo der nationalen Standortgemeinschaft für »deutsche Kinder« ausgelöst. So wie diese Debatte den Nexus von Globalisierung der Arbeitsmärkte und Zuwanderung nach knapp 20 Jahren Anwerbestopp und rassistischer »Das Boot ist voll«-Rhetorik ungewohnt offensiv benennt, verschleiert sie im gleichen Atemzug die realen Prozesse der Migration und Restrukturierung der Produktions- und Arbeitsverhältnisse. Dabei setzt sich eine Thematisierungsart von Globalisierungsprozessen durch, die von zwei systematischen Auslassungen gekennzeichnet ist, die die US-amerikanische Migrations- und Globalisierungsforscherin Saskia Sassen als »Geschichten der Vertreibungen« (»evictions«) bezeichnet:

Zum einen wird auf die New Economoy, die Hypermobilität und Macht der transnationalen Konzerne gestarrt, wobei die materiellen Verhältnisse und Produktionsstätten übersehen und damit unsichtbar gemacht werden. Doch genau diese stellen die Infrastruktur, die notwendig ist für den Betrieb der Zitadellen des globalisierten Kapitals. Wenn man diese Seite in den Blick nimmt, wird man vor allem eine seit Jahren wachsende Zahl von MigrantInnen mit und ohne Papiere vorfinden und Frauen, die im boomenden Dienstleistungssektor zu Niedrigstlöhnen die Ameisendienste verrichten. Dafür wurde von staatlicher Seite trotz offiziellem Anwerbestopp und Hochrüstung der Festung Europa eine quotierte Zuwanderung je nach regionalem, branchen- und geschlechtsspezifischem Bedarf nicht nur stillschweigend hingenommen, sondern auch forciert. Vor diesem Hintergrund eröffnet sich auch das Bild einer ganz extremen Polarisierung und Segmentierung des Arbeitsmarktes in eine gut verdienende, durchaus international zusammengesetzte Dienstleistungsklasse und unsichtbar gemachte, prekäre Lebensverhältnisse.

Eine weitere Akteursgruppe, die in der malestream-Diskussion über den Umbau der Ökonomien

gerne übersehen wird, sind wieder mal »Frauen« bzw. die Kategorie Geschlecht. Pikanterweise war jedoch der erste indische IT- Experte, den uns ARD und ZDF präsentierten, eine Frau. Die wenigen feministischen Studien, die die Auswirkungen des neuen Akkumulationsregimes für Frauen analysieren, haben deutlich gezeigt, daß die Umstrukturierungen hoch vergeschlechtete Prozesse darstellen. Sie spitzen nicht nur alte Ungleichheiten zu und bringen neue Geschlechterregimes hervor. Auch kommt es zu neuartigen Verschränkungen der verschiedenen sozialen Kategorien der »Klasse«, des »Geschlechts« und der »nationalen Zugehörigkeit«/»Rasse«. Allerdings tendieren diese Studien dazu, Frauen wieder mal *nur* als die Verliererinnen der Entwicklung zu thematisieren. Allein das Bild der indischen IT-Spezialistin verrät, daß die Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte komplexere und widersprüchlichere Konsequenzen für die sozial, national, ... ja ganz unterschiedlich positionierten Frauen bedeutet. Vorsicht ist also vor einer weiteren westfeministischen falschen Verallgemeinerung im Opfer-Status geboten. Vielmehr scheinen die Ungleichheiten zwischen Frauen zuzunehmen, wobei »nationalstaatliche Zugehörigkeit«, »Ethnizität« und »Klasse« entscheidendere Marker für die soziale Positionierung als auch Konstitution des Selbstbildes der Subjekte werden. Diese Ausdifferenzierung von »Geschlecht« und Hierarchisierung unter Frauen findet ihren prägnanten Ausdruck in einer neuen Internationalen Arbeitsteilung im privaten Haushalt. So bemerkt die Politikwissenschaftlerin Brigitte Young: »Globalisierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes hat im Haushaltsbereich zwei Kategorien von Frauen geschaffen: Die professionelle Frau und ihre ›Magd‹« (unveröffentlichter Vortrag Wien 1999, 2).

Diese Neuauflage der uralten Geschichte von der »Herrin und der Magd« möchte ich am Beispiel osteuropäischer Frauen verfolgen, die sich seit Beginn der 90er Jahre vermehrt in deutschen Haushalten als Kindermädchen und Haushaltshilfen verdingen. Vor allem von slowakischen Frauen ließ ich mir in den letzten zwei Jahren ihre Geschichten erzählen, besuchte sie an ihrem Arbeitsplatz und begleitete sie in die Slowakei. Dabei nutzten sie sehr eigensinnig die wenigen legalen Aufenthalts- und Arbeitsmöglichkeiten, die ihnen die deutsche restriktive Einwanderungspolitik gewährt. Und eines der Tore in den Westen ist das Au Pair-Visum für ein Jahr. Au Pair – bekannt als gute Möglichkeit für Mittelstandkids, Auslandserfahrungen zu sammeln – ist allgemein zu einer der häufigsten Migrationsstrategien von jungen OsteuropäerInnen geworden: 95 % aller Au Pairs in Deutschland kommen mittlerweile aus osteuropäischen Ländern (AGISRA 1996)[1]. Diesem Trend entspricht auf der Nachfrageseite der sog. »Gastfamilien« ebenfalls eine Bedeutungsverschiebung hin zu einem reinen Arbeitsverhältnis. Eine Au Pair-Beraterin meinte zu mir: »Au Pair ist zu einem postmodernen Sklavenverhältnis geworden«. Dabei steht der drastische Wandel der Institution Au Pair im engen Zusammenhang mit den allgemeinen Veränderungen der Migrationsbewegungen und -formen seit dem Fall des eisernen Vorhangs.

Neue Migrationsmuster zwischen Ost und West

Seit dem Kollaps der sozialistischen Systeme und den folgenden politischen und sozioökonomischen Umstrukturierungsversuchen im Zuge ihrer ökonomischen »Integration« in den Weltmarkt, hat sich das internationale Migrationsmuster bis dato auf unerwartete Weise geändert (vgl. Hofbauer 1995, 59–76). Ehemalige Ostblockländer sind nun selbst zu Ziel-, Transit- und vor allem zu Sendeländern geworden. So machen Nicht-EU-Europäer mittlerweile gut zwei Drittel der Neuankommenden in Deutschland aus (Migrationsbericht der Bundesregierung 1999). Dabei werden die irregulären und illegalisierten Aufenthalts- und Arbeitsverhältnisse aller Voraussicht nach bei weitem die erfaßten übersteigen (vgl. Weitkamp 1995, 95).

Doch nicht nur quantitativ fällt diese neue Ost-/Westmigration ins Gewicht, die in der Migrationsforschung dennoch lange unberücksichtigt blieb und in der herrschenden Öffentlichkeit vor allem unter dem Stichwort »organisierte Kriminalität« diskutiert wird. Auch sind neue Muster des Wanderns und des Aufenthalts entstanden, die stärker auf Mobilität und temporäre, saisonale Aufenthalte ausgerichtet sind. Sie sind zum einen sicherlich der Migrationspolitik Deutschlands und Schengen-Europas geschuldet, die den legalen Zuzug nur noch »Vertrags«-ArbeiterInnen gestattet, wobei zeitlich begrenzte Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis (vom Herkunftsland aus zu beantragen) aneinander *gekoppelt* sind. Ebenso erleichtert die visafreie Einreise für drei Monate als TouristIn – Erwerbstätigkeit ist allerdings untersagt – solche fürs erste befristet geplanten Aufenthalte. Doch auch die Nähe zwischen Herkunfts- und Zielland macht das Hin- und Herpendeln oder Kurzaufenthalte rein zum Geldverdienen möglich (vgl. Cyrus 1997, 44–48).

So ist die Zahl der »GrenzgängerInnen« aus Polen und Tschechien, die in grenznahen Regionen auf dem Bau, in der Landwirtschaft, Gastronomie oder in Haushalten zu Hungerlöhnen (fünf DM die Stunde) schuften, gewachsen. Andere nutzen oder nehmen sich ihren Jahresurlaub, um zusätzlicher Arbeit im Westen nachzugehen, schnippeln wochentags in deutschen Gaststätten Gemüse und studieren am Wochenende zu Hause Medizin. Selbstregulierte Rotationssysteme sind entstanden, wobei sich MigrantInnen in ihren Beschäftigungsverhältnissen in der Alten- und Krankenpflege oder privaten Haushalten abwechseln. Dabei bewegen sich die PendelmigrantInnen auf einer schmalen, fließenden Gratwanderung zwischen legalem und illegalem Status. Die Illegalisierungsfallen des deutschen Ausländer- und Arbeitsrechts lauern mit der dreifachen Koppelung von Aufenthalts- an Arbeitserlaubnis und diese wiederum an einen bestimmten Arbeitsplatz. Keine Papiere zu haben, bedeutet aber auch keine einklagbaren Rechte zu besitzen. Damit ist der Ausbeutung, Abhängigkeit und Schutzlosigkeit Tür und Tor geöffnet, ganz zu schweigen von der Angst vor Kontrollen

auf öffentlichen Plätzen oder Razzien auf der Arbeitsstelle. Ganz anders in Polen: Dort haben sich der Staat und andere Institutionen längst auf diese Pendelmigration und fortschreitende Transnationalisierung von Lebens- und Arbeitsentwürfen eingestellt. Universitäten bieten dementsprechend Seminare am Wochenende an, und staatliche Krankenversicherungen haben besondere Abschlüsse für PendelmigrantInnen im Programm. Andererseits läßt sich Polen, wie die anderen Anrainer-Staaten zum Westen, nun selbst zum vordersten Schutzwall der Festung Europa gegen TransitmigrantInnen ausbauen.

Au Pair als Migrationsstrategie von Frauen

In den frauenspezifischen Migrationsformen wie Heiratsmigration und Prostitution haben Osteuropäerinnen traditionelle Herkunftsländer Südostasiens längst abgelöst. Sie machen mittlerweile auch die Hauptgruppe der Opfer von Frauenhandel aus, welcher seit dem Wegfall des eisernen Vorhangs eine neue frauenverachtende Dimension in Ausmaß und Form annahm (vgl. Niesner, Anonuevo u.a. 1997) Wollen Frauen jene Formen nicht in Kauf nehmen, bleiben ihnen nur wenige andere, legale Möglichkeiten, in den Westen zu kommen. Neben eher männlich konnotierten Migrationswegen wie Werksarbeitsverträge oder Saisonarbeit auf deutschen Spargelfeldern (vgl. Weitkamp 1995, 106; aus der Slowakei 1994: 3000) gibt es noch Au Pair. Das heißt, Au Pair ist eine Tür in den Westen, durch die Frauen, ganz egal aus welchen Gründen und mit welchen Zielen sie in den Westen wollen, hineinkanalisiert werden. Auch blüht hier wie im Falle der Heiratsmigration das kommerzielle Vermittlungsunwesen mit hohen Gewinnspannen und zum Teil sehr ausbeuterischen Praxen, die in die Nähe des Frauenhandels rücken. Doch die allermeisten nutzen diese Tür selbstbewußt als Sprungbrett und versuchen über das eine legale Au Pair-Jahr hinaus, in Deutschland zu bleiben. Um ihren Status zu legalisieren und sich zu finanzieren, greifen sie auch zur Methode der Heirat oder Prostitution. Andere nutzen den dreimonatigen visumsfreien Aufenthalt als Touristin und pendeln über Jahre zwischen der Slowakei und Deutschland hin und her, obwohl die Überquerung einer Schengenaussengrenze kein Spaziergang mehr ist.

Au Pair ist in der Slowakei zu einem informellen Dorfgespräch geworden. Informationen über Vermittlungsagenturen, Wege und Probleme werden von Mund zu Mund weitergegeben, wobei negative Erlebnisse nur zögernd offen ausgesprochen werden. Ganze Nachbarschaften und Freundeskreise finden sich im Ausland wieder. So ist mittlerweile ein soziales Netzwerk zwischen der Slowakei und Deutschland entstanden, ein neuer transnationaler Raum (vgl. Pries 1998; oder Mike Davis 1998 für Mexiko und USA), in dem Informationen, Menschen, aber auch Waren und Ideen zirkulieren. Für die Herkunftsgemeinden und -familien stellt es eine wichtige ökonomische und kulturelle Nabelschnur dar; Neuankommenden erleichtert es den Aufenthalt. München, Stuttgart oder Wien ist für viele Familien näher geworden als die eigene Hauptstadt Bratislava, die nur teuer und eine schlechte Kopie des Westens ist.

»Die Welt probieren«

Die Motivationen und Zielvorstellungen der jungen, meist gut ausgebildeten Frauen mit Abitur oder Hochschulabschluß übersteigen dabei weit den Rahmen, den ein Au Pair-Arbeitsverhältnis beinhaltet. Konflikte sind so vorprogrammiert. Die meisten jungen Frauen, mit denen ich in der Slowakei und Deutschland sprach, entschlossen sich zu einem Au Pair-Aufenthalt nach Jahren erfahrener oder bevorstehender Arbeitslosigkeit. Doch waren es bei keiner reine arbeitsmigratorische Absichten. Hoch im Kurs stand bei allen der Erwerb der deutschen Sprache. Sie bedeutet kulturelles Kapital, das in der nach Westen öffnenden Wirtschaft leicht in bare Münze zu konvertieren ist. So gibt es einen running-

gag in der Slowakei: Auch auf Stellenausschreibungen für Reinigungskräfte stehe: »Deutschkenntnisse erwünscht«. Bei 30 % Jugendarbeitslosigkeit erhofften sich die jungen Frauen mit der deutschen Sprache überhaupt eine Arbeit oder eine besser bezahlte im expandierenden privaten und ausländischen Firmensektor zu finden (ein LehrerInnengehalt ist so hoch wie das Au Pair Taschengeld von 400 DM). Eine Au Pair-Anstellung versprach auch, sich eigenes Geld für ein anschließendes Studium oder eine Ausbildung erwirtschaften zu können. Die allermeisten zogen den Erwartungshorizont jedoch noch größer: Sie wollten raus aus der Enge der postsozialistischen Modernisierungsruinen, der traditionellen Geschlechterverhältnisse, der Familie und endlich selbständig werden – »die Welt probieren!«

Im Westen nichts Neues? Die deutsche Herrin und ihr nicht-deutsches Dienstmädchen

»Jedes vierte Au Pair hat vielleicht Glück mit der Familie«, meinte Stenka, die ich in einem der voll besetzten Euroline-Busse auf der Rückreise in die Slowakei traf. Sie hat, wie viele andere, ihre Familie gewechselt. Doch auch die neue Familie ist nicht viel besser und sie brach den Aufenthalt ab: »Ich wurde verheizt und behandelt wie ein Dienstmädchen.« Eingeschlossen in die Privatsphäre der Familie sind Arbeitstage von früh bis spät abends keine Seltenheit. Dazu kommen noch Schikanen, wie das Verbot, mit der Familie zusammen zu essen oder die Waschmaschine mit zu gebrauchen. Auch sexuelle Belästigungen und Übergriffe gehören zum privaten Arbeitsplatz »Familie«. Doch abgesehen von diesen Unterwerfungspraxen ist schon der ganz normale Arbeits-Alltag mit Fallstricken gespickt. Vor allem die ambivalente und doppelbödige Position als Arbeitskraft und Mitbewohnerin zugleich macht die Situation für Au Pairs so schwierig. Häufig verwischen die Grenzen zwischen »Mithelfen« aus Nettigkeit und »Arbeiten«. Dies macht es den jungen Frauen nicht leicht, sich ihrer Lage klar zu werden und entsprechend zu handeln. Dazu kommt ein hohes Maß emotionaler Abhängigkeit von der Atmosphäre in der Familie, was Widerspruch und Gegenwehr noch einmal verkompliziert. Doch die Au Pair-Frauen streiten durchaus für ihre Rechte und wechseln in der Not selbständig die Familien. Von den meisten Agenturen bekommen sie jedoch keine Unterstützung, und die Familien werden nur in den seltensten Fällen aus der Vermittlung ausgeschlossen. »Die meisten sind halt doch nur billige Putzkräfte und Kindermädchen«, resümiert Stenka.

Reprivatisierung von Reproduktionsarbeit – Outsourcing von Hausarbeit

Diese Einschätzung teilen auch viele der deutschen Arbeitgeberinnen, die zum Teil seit 14 Jahren auf Au Pairs zurückgreifen, um Lohnarbeit, Haushalt und Familie zu organisieren. Im Vergleich zu Reinigungskräften oder Tagesmüttern wird Au Pairs der Vorteil zugeschrieben, billiger und vor allem immer anwesend, abrufbar und flexibel einsetzbar zu sein. Damit wurden sie Teil der an Bedeutung gewinnenden informellen »Unterstützungsstruktur«, die es nationalen Mittelschichtsfrauen bzw. -familien ermöglicht, ihre Berufstätigkeit weiter zu verfolgen. Denn mit der Flexibilisierung und Deregulierung der Ökonomien veränderte auch der Staat sein Aufgabenspektrum und zog sich dem neoliberalen Diskurs folgend immer stärker aus der sozialen ›Verantwortung‹ zurück. Die Erfolgsstory des Wohlfahrtsstaatsmodells, dem jedoch eine zutiefst patriarchale Geschlechterordnung des männlichen Brotverdieners und von ihm abhängigen Nur-Hausfrau zugrunde lag, gilt nun als Wettbewerbsnachteil. Der Um- bzw. Abbau des Sozialstaats bedeutet neben der Kürzung sozialer Ausgaben aber in erster Linie eine Re-Privatisierung einst staatlich erbrachter Leistungen und Dienste. Insgesamt nimmt dies Frauen wieder verstärkt in die reproduk-

tive Pflicht (Sauer 1998, 30f/37f) und restrukturiert eine geschlechtliche Arbeitsteilung, die in den letzten 20 Jahren auch symbolisch stärker aufgeweicht wurde. Denn immer mehr Frauen wurden auch im Westen erwerbstätig, die Zahl der Doppelverdienerfamilien als auch der Singlefrauen und Alleinerziehenden stieg (1995 arbeiteten 60 % aller Frauen in Ostdeutschland und 45% aller Westfrauen im berufsfähigen Alter). Dieser Prozeß ist nicht mehr umkehrbar, ging er auch mit einer Neudefinition von Geschlechterrollen, -bildern und -identitäten einher. Im Zuge dessen veränderte sich ebenso die Bewertung von Arbeit, wobei die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Haushalt unangetastet blieb. So präsentierten sich mir die Au Pair-Arbeitgeberinnen als »starke«, »disziplinierte« und erfolgreich beruftstätige Mütter, die nach der Kinderpause »ausgehungert nach Arbeit« und »nicht genießbar« zu Hause waren. Auch wenn sie in »harten Branchen« tätig sind, wo »voller Einsatz« von ihnen erwartet wird und eine 46 Stunden Woche nicht selten ist, stellen sie fest: »Arbeit macht wahnsinnig Spaß! Davon profitieren alle.« Dagegen wird die eigene Reproduktionstätigkeit zwar zur »zeitintensiven und mühseligen« Arbeit, doch als defizitär und mangelhafte Arbeitsanforderung für sich selbst beschrieben. Da arbeitet frau lieber zu Hause mit dem Ehepartner in »Schichtdiensten« und lebt ein straff organisiertes und »anstrengendes« Zeitmanagement, als den »Versuch zu starten, nicht außer Haus zu gehen«. Mit dem Rückzug des Staates aus den Versorgungsstrukturen sind Frauen nun noch stärker auf sich gestellt und müssen private Lösungen finden, wie sie Beruf, Familie und Kinder vereinbaren. Hierbei haben deutsche Doppelverdienerfamilien und Mittelschichtsfrauen den Vorteil, die niedrig bewertete Hausarbeit zu kommerzialisieren und auf den geschlechtlich und rassistisch hierarchisierten Arbeitsmarkt gewissermaßen outzusourcen. Dies tun sie auch selbstverständlich, sei es im Gestus der Heilsbringerin westlicher Emanzipationskonzepte oder der ungeschminkten Ausnutzung der ›unterlegenen‹ weiblichen Arbeitskraft.

Frauen, die unglücklichen Gewinnerinnen

In westlichen Mittel- und Oberschichtshaushalten treffen sich nun die von den weltweiten Restrukturierung der Produktions- und Arbeitsverhältnisse so ganz unterschiedlich betroffenen Frauen. Ganz im Gegensatz zur Verliererinnen-These scheinen Frauen eher die »unglücklichen Gewinnerinnen« der Globalisierung abgeben zu müssen (Wichterich 1998, 15). Denn zum einen ist eine strukturelle Feminisierung von Arbeit zu beobachten: Spezifisch weibliche Beschäftigungsstrukturen wie Teilzeitarbeit, 630-DM-Jobs oder Heimarbeit generalisieren sich nun. Zum anderen scheint die Flexibilisierung u. a. gerade Frauen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. In den peripheren Ökonomien stellten Frauen gar einen »wesentlichen Standortvorteil« dar, da sie dem Anforderungsprofil der Exportindustrien oder des Dienstleistungssektors – billig, flink und fleißig – eher entsprechen als Männer (zu sehen in den Maquilladora-Zonen, wo Frauen bis zu 90 % der Arbeiterinnen stellen; ebd., 12–48). Diese Gewinne sind jedoch äußerst trügerisch und ungleich verteilt, da Frauen zum großen Teil in ungeschützte, niedrig entlohnte, informelle Arbeitsverhältnisse integriert werden: Beschäftigung bedeutet nicht Existenzsicherung (ebd., 63–66). Auch in den Metropolen wächst die unsichtbare Dienstleistungsklasse von Frauen, wobei hier vorwie-

gend MigrantInnen in den Sektor abgedrängt werden. Auf der anderen Seite konnten professionelle, »nationale« Frauen in die Kernsektoren der globalen Ökonomie wie Werbung, PR-Arbeit, Neue Medien und Computerbranche vordringen und mittlere bis obere Ränge besetzen.

Die Neuauflage der Geschichte von der Herrin und ihrer nicht-deutschen Magd, so gering verbreitet sie bisher auch sein mag, versperrt sich allen neuerlichen Homogenisierungstendenzen in feministischen Analysen. Vielmehr demonstriert sie, wie die Globalisierungsprozesse zu einer Vervielfältigung der Differenzen und neuen Hierarchien zwischen Frauen führen, während sie unter Frauen und Männern der oberen Mittelschicht mehr Gleichheit herzustellen scheinen. »Geschlecht« löst sich jedoch als Klassifikationssystem nicht auf. Es scheint allerdings sein Schwergewicht für die soziale und identitäre Positionierung zu verlieren und zunehmend divergenter/differenzierter mit den anderen sozialen Kategorien zu interagieren. In Folge der sozioökonomischen Umstrukturierungen wird die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in verstärktem Maße sozial und rassistisch überlagert. Dabei greifen rassistische Deklassierung und (soziale, strukturelle) Feminisierung von MigrantInnen ineinander, während sich für »nationale« Frauen die dichotomischen Geschlechterrollen-Zuschreibungen aufzuweichen beginnen.

Solange die ausländerrechtliche Ausgrenzung fortbesteht wird Frau Meier weiterhin glücklich ihren Gästen ihre Au Pair vorstellen können: »Das ist Anna. Sie hat Jura in Warschau studiert.«

Sabine Hess

Für alle offen bis 20.00 Uhr!

Fotokopien
Digitaldruck
Konfektion

Kopier Werk
FRANKFURT

Foto Kopien

Buch-/Auflagekopien 5 Pf

Einzugskopien "Big Blue" IBM-Kopierer mit Orginaleinzug und 20/40-fach Sorter, ein- auf doppelseitig möglich, 65 Kopien/min. Ideal für Ordner oder sonstige Lose-Blatt-Werke

Staffelpreise:

1 - 499	Kopien 8	Pf
500 - 1499	Kopien 7	Pf
1500 - 2999	Kopien 6,5	Pf
Ab 3000	Kopien 6	Pf

!NEU! Mousepads nach Euren Vorlagen

Sofort Bindung Alle Bindungen sofort zum mitnehmen!

Heißleim	ab	4,00	DM
Spiralbindung	ab	2,50	DM
Wire-O-Bindung	ab	3,50	DM
Bucheinband	ab	19,00	DM

Rabatte bei höheren Auflagen!

Alle Preise bereits inklusive der gesetzlichen MwSt.

Wir vervielfältigen und binden auch Eure Diplomarbeiten und Dissertationen in überzeugender Qualität zu fairen Preisen. Holt Euch ein Angebot ein.

Kopierwerk GmbH
Adalbertstraße 21a
60486 Frankfurt am Main
Fon: 069/707 607 44
Fax: 069/707 607 45

Öffnungszeiten
Mo-Fr 8.30-20.00 Uhr
Sa 9.00-14.00 Uhr

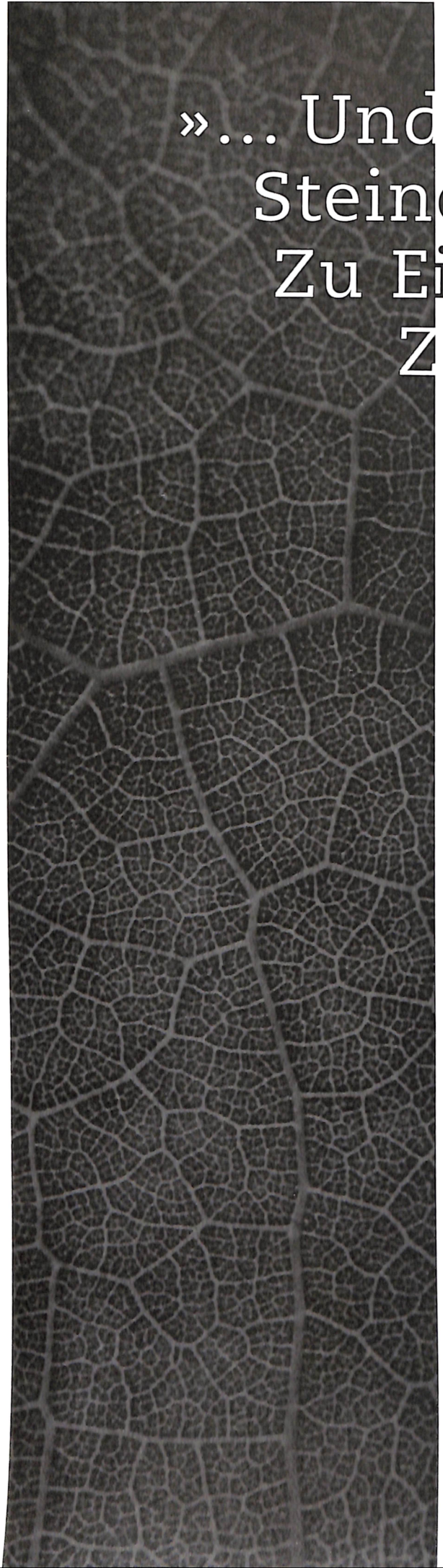
FRAUENKNEIPENABEND

DONNERSTAGS
VON 20.00 BIS 24.00 UHR
IM CAFÉ EXZESS,
LEIPZIGER STR. 91

< 1 > Genaue Zahlen gibt es nicht. Nach freiwilliger Auskunft der registrierten Au Pair-Agenturen sollen 1998 9770 Frauen aus Nicht-EU-Staaten vermittelt worden sein.

txt:

- AGISRA (1996): Projekt Jiskra. Die Situation mittel- und osteuropäischer Frauen in Frankfurt am Main und Umgebung. Frankfurt.
- BUKO (1995): Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik (Hg.): Zwischen Flucht und Arbeit. Neue Migration und Legalisierungsdebatte. Hamburg.
- Cyrus, Norbert (1997): Den Einwanderungskontrollen entgangen. In: Dankwortt, Barbara/ Lepp, Claudia (Hg.): Von Grenzen und Ausgrenzung. Interdisziplinäre Beiträge zu den Themen Migration, Minderheiten und Fremdenfeindlichkeit. Marburg, S. 35 – 56.
- Pries, Ludger (1998): Transnationale soziale Räume. In: Beck, Ulrich: Perspektiven der Weltgesellschaft. Frankfurt am Main, S.55 – 86.
- Sauer, Birgit (1998): Globalisierung oder das Ende des maskulinistischen Wohlfahrtskompromisses? In *beiträge zur feministischen theorie und praxis*: global, lokal, postsozial. Heft 47/48.
- Wichterich, Christa (1998): Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit. Frankfurt am Main.
- Young, Brigitte (1999): Die »Herrin« und die »Magd«: Globalisierung und die neue internationale Arbeitsteilung im Haushalt. Unveröffentlichter Vortrag in Wien.



»... Und Alle Bunten Steine Fügen Sich Zu Einem Mosaik Zusammen.« [1]

Ende Mai diesen Jahres lud das FrauenLesbenreferat Beldan Sezen und Olumie Popoola nach Frankfurt ein. In Gedichten, Erzählungen, Gesang und Bewegung – akzentuiert durch an die Wand projizierte Bilder und Muster – verdichteten die beiden ihre Suchbewegungen als Frauen of Color zu einer Performance. Viele ihrer Texte enstanden im Kontext des Buches »Talking home – Heimat aus unserer eigenen Feder – Frauen of Color in Deutschland«, in dem verschiedene Autorinnen ihre Texte, Bilder und Gedichte veröffentlichten. Im Nachfolgenden ist der Text von Selmin Çaliskan und Modjgan Hamzhei abgedruckt, in dem die beiden Autorinnen ihre eigenen Überlegungen und Fluchtlinien als lesbische Migrantinnen beschreiben.

Red.

Der 13. September 1995 war ein entscheidender Tag in der Geschichte der internationalen Lesbenbewegungen. An diesem Tag sprach zum ersten Mal eine lesbische Aktivistin auf der offiziellen Weltfrauenkonferenz in Bejing über die Situation von Lesben in ihrem Land. Die ergreifende Rede Palesa Beverly Ditsies aus Südafrika vor der UN-Plenarsitzung rief sowohl Begeisterung als auch Tränen auf der Seite der Zuhörerinnen hervor. Aber es blieb nicht bei diesen positiven Reaktionen. Im Gegenzug wurde auch ein sehr gängiges und schlagkräftiges Mittel gegen sie gerichtet:

»Bei einer Pressekonferenz unmittelbar nach Ditsies Rede sagte eine andere Afrikanerin, daß Ditsies Lesbischsein nur damit erklärt werden könne, daß eines ihrer Elternteile weiß sein oder aus dem Westen kommen müsse.« (Anderson 1995, S. 113)

Auch wenn Palesa Beverly Ditsies kämpferische Stellungnahme und die sichtbare Präsenz von Lesben aus allen Teilen der Welt auf dieser Konferenz die Absurdität derartiger Behauptungen offensichtlich machte, lohnt es sich, das weitverbreitete Klischeebild, Lesben seien weiß und westlich, genauer zu betrachten.

Lesben? Die Gibt Es Bei Uns Nicht!

Auch wir in Deutschland lebenden lesbischen Migrantinnen sind mit diesem Vorurteil konfrontiert, und

zwar in mehrfacher Hinsicht. Zum einen wird, meist von heterosexuellen Migrantinnen aus unseren Herkunftsländern, der Widerspruch konstruiert, lesbisch sein und türkisch bzw. iranisch sein schließe sich aus. In diesem Zusammenhang fällt häufig der Satz: »Lesben? Die gibt es bei uns nicht!« Lesbisches Leben als Ausdruck westlicher Dekadenz oder Assimilierung?

Wir sind der Ansicht, daß es höchste Zeit wird, diesen Mythos zu entlarven als das, was er ist: Ausdruck heterosexistischer Argumentationsmuster, die uns still machen sollen. Statt dessen wollen wir endlich anfangen, laut zu werden und beginnen, unsere Geschichte zu schreiben. Eine Geschichte, die in unseren Herkunftsländern schon lange vor uns begann.

Wir sind uns des Wagnisses, das damit zusammenhängt, diese Dinge auszusprechen, bewußt. Über einer offen lebenden lesbischen Migrantin schwebt immer das Damoklesschwert des Ausschlusses aus der Community.

In Zeiten eines immer unverblümteren und krasseren Rassismus gegen MigrantInnen und Schwarze Menschen und Antisemitismus gegenüber JüdInnen sind unsere Communities jedoch existenziell notwendig. Auf die Heterokontakte und -freundschaften in unseren Herkunftsgemeinschaften können wir nicht verzichten. Vieles muß noch gemeinsam bewältigt und erkämpft werden. Unsere Rechtlosigkeit und der Wunsch nach einem selbstverständlichen Hiersein, ohne irgendwelche »Sondergesetze« oder »Sonderbehandlungen« verbindet und verbündet viele von uns miteinander.

Audre Lordes biographische Beschreibungen der Situation Schwarzer Lesben in den USA der 50er Jahre weist einige Parallelen mit unserer Lebenssituation als lesbische Migrantinnen in Deutschland heute auf:

»Die meisten Schwarzen lesbischen Frauen verbargen ihre lesbische Identität, weil sie richtig erkannten, wie wenig sich die Schwarze Gemeinschaft für unsere Position interessierte, und wie viele andere unmittelbare Bedrohungen es für unser Überleben als Schwarze in einer rassistischen Gesellschaft gab. Es war schwer genug, Schwarz zu sein, Schwarz und Frau zu sein, Schwarz, Frau und lesbisch zu sein. In einer weißen Umgebung Schwarz, Frau, lesbisch zu sein und sich offen dazu zu bekennen (...) galt bei vielen Schwarzen lesbischen Frauen als glatter Selbstmord.« (Lorde 1982, S. 265)

Der Verlust der Community hat weitreichende Konsequenzen, eine lesbische Migrantin, die das riskiert, verliert unter Umständen nicht »nur« Herkunftsfamilie, politische Zusammenhänge und FreundInnenkreis, sondern zugleich Solidarität und Unterstützung anderer MigrantInnen sowie die Verbindung zu ihrer Herkunftskultur, ihren Wurzeln.

Auf der türkischen Seite ist es schlichte Homophobie und Verlustangst, die uns oft im Verborgenen hält. Seit Jahren verheimliche ich meinen Eltern, wie ich lebe. Die Angst, sie zu enttäuschen nach einem sehr entbehrungsreichen Leben ist sehr stark. Noch schlimmer als die Enttäuschung wäre der sichere Verlust meiner Eltern. Unerträglicher Gedanke. Durch meine Eltern bin ich erst auf diese Seite der Erde gekommen. Sie sind meine Wurzeln in der vertrauten Fremde. Durch sie weiß ich, wer ich bin.

İki Ucu Boklu Değnek[2] – Assimilierungsvorwurf und Rassismus

In unseren Herkunftsgemeinschaften setzen wir also einiges aufs Spiel, wenn wir offen lesbisch sein wollen.

Die Lesbenzusammenhänge, in denen wir zumindest den lesbischen Teil unserer Identität glaubten ausleben zu können, entpuppten sich auch bald als äußerst unwirtliche Orte. An diesen sehen sich Lesben einer anderen kulturellen Herkunft von Seiten der deutschen weißen christlich sozialisierten Lesben, die die Mehrheit darstellen, einem permanenten Assimilierungsdruck ausgesetzt. Wenn sie es nicht schaffen oder aber es ablehnen, sich den vorherrschenden Verhaltens- und Denkmustern anzupassen, werden sie ausgegrenzt.

Der Rassismus in diesen Lesbenzusammenhängen erinnert in seinen Konsequenzen an Christa Wolfs »Kein Ort – Nirgends«, zumindest was dieses Thema der gleichzeitigen Unsichtbarkeit als Lesbe und Migrantin in der weißen deutschen Frauenszene und in der Herkunftsgemeinschaft angeht.

In der Erstgenannten ist die lesbische Migrantin Projektionsfläche für die rassistischen Bilder, die seitens der Dominanzkultur konstruiert worden sind und die sie ebenfalls zum Paradox erklären. Das heißt sie lebt als Migrantin und Lesbe einen angeblich nicht lebbaren Widerspruch.

Die weiße deutsche feministische Szene bewertet Lesbischsein, wenn auch nicht ganz so offen, als progressiv und Ausdruck eines erreichten hohen feministischen Bewußtseinsgrades. Da Migrantinnen, insbesondere islamisch sozialisierte, was ihr Image bezüglich Emanzipation und Frauenstärke angeht, immer für rückständig, traditionell, männerfixiert und passiv gehalten werden, käme dann der bewußt entschiedene lesbische Lebensentwurf für sie erst gar nicht in Frage.

Es scheint so, als wäre Lesbischsein auch hier eine Erfindung des Westens. Als hätte es Liebe zwischen Frauen nicht schon immer, auch jenseits von Sappho gegeben!

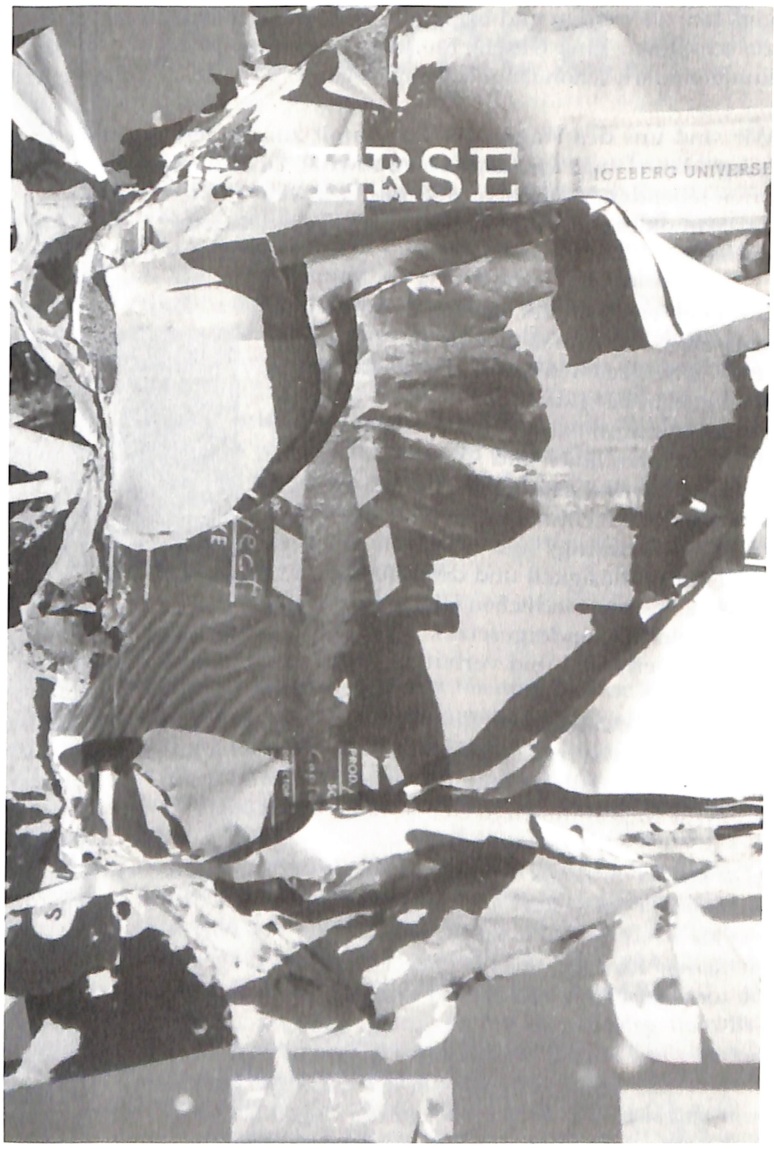
Meine Mutter selbst war es, die mich stark genug machte, um unmögliche Situationen zu meistern. Sie hat mir beides vorgelebt: mich als Frau und als Türkin stark fühlen zu können. Meine Familie und der große türkische Kreis um uns herum hatten für mich meinen Lebensweg schon vorgezeichnet: Berufstätige, Ehefrau, Mutter. Zu ihrem Unglück richtete ich die eine Stärke auch gegen die an mich ihrerseits gestellten Forderungen als »türkisches Mädchen«. Die andere Stärke, die sie an mich weitergab, benutzte ich dazu, mich gegen die Forderung der deutschen Gesellschaft, »mich doch anzupassen«, zu wehren. Klar war, daß ich

mich an keins von beiden anpassen würde – ich wurde Querdenkerin in beiden kulturellen Kreisen. Nichtsdestotrotz immer auf der Suche nach einem Zugehörigkeitsgefühl.

Die von der weißen westlichen Feministin zur Anderen, sprich unterdrückten Frau gemachte Migrantin erfüllt für diese eine wichtige Funktion. Mittels der Abgrenzung von deren vermeintlicher Opferrolle kann sie sich selbst aufwerten. Auch aus dieser Perspektive scheint unsere Existenz als lesbische Migrantinnen eine Provokation zu bedeuten, der mit verstärktem Assimilationsdruck bzw. Ausgrenzung begegnet wird!

All dies ist einem Coming Out als lesbische Migrantin alles andere als förderlich. Aber wir sind geübt in Balanceakten! Es gab schon immer Rebellinnen, die sich auf den Weg machten, meist alleine, ohne Vorbilder und Weggefährtinnen.

»Ich weiß noch, wie das war, jung und Schwarz und lesbisch und einsam zu sein. Im großen und ganzen war das Gefühl, die Wahrheit und das Licht und den Schlüssel zu haben in Ordnung, aber oft war es einfach die Hölle. Wir hatten keine Mütter, keine Schwestern, keine Helden. Wir mußten allein durchkommen wie unsere Schwestern, die Amazonen, die Reiterinnen auf den einsamsten Außenposten im Königreich von Dahomey. (...) Wir entdeckten und erforschten unsere Zuneigung zu Frauen allein, manchmal heimlich, manchmal trotzig und herausfordernd, manchmal in kleinen Nischen, die sich beinahe berührten (...) aber immer allein, gegen ein größeres Alleinsein ankämpfend. Wir hatten dabei schwere Entzugserscheinungen, und auch wenn einige von uns, die überlebten, am Ende ziemlich phantasievoll und zäh wurden, blieben einfach zu viele von uns auf der Strecke.« (Lorde, a.a.O., S. 208)



Zwei Antworten Auf Die Migration

Zu welchen unterschiedlichen Strategien im Umgang mit dem Assimilierungsvorwurf der Community auf der einen und dem Rassismus der Dominanzkultur auf der anderen Seite wir lesbischen Migrantinnen gelangen, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Einer davon ist unsere jeweilige Klassen- bzw. Schichtzugehörigkeit.

Der Weg Nach Innen ...

Meine Eltern sind beide einfache Leute vom Land mit so gut wie keiner schulischen Bildung. Erst 30 Jahre später holten sie zusammen ihren türkischen Grundschulabschluß in einem Abendkurs nach – wir waren stolz auf unsere Eltern!

Als meine Mutter ihren ersten Bruch in ihrem Frauenleben vollzog, war sie 17. Sie verließ das Dorf, um in Ankara als Dienstmädchen zu arbeiten. Das war auf dem Land sehr ungewöhnlich. Unverheiratet, ohne Obhut eines Mannes das Dorf zu verlassen und in die Großstadt zu gehen. Meine Großeltern waren sehr arm und sahen keine andere Möglichkeit, als eine ihrer Töchter zum Geldverdienen in die Stadt zu schicken. Meine Mutter war nahezu Analphabetin, als sie das Dorf verließ – sie brachte sich das Lesen und Schreiben selbst bei und schickte schließlich voller Wut und Stolz ihren Eltern den ersten selbstgeschriebenen Brief. Wut – weil sie anstatt zur Schule gehen zu können schon als Kind arbeiten mußte.

Der nächste Bruch hieß Almanya. Meine Eltern lernten sich kennen und verliebten sich ineinander. Mein Vater war Soldat in einer türkischen UNO-Einheit in Südkorea. Damals konnte er sich entscheiden, zwischen einer Offizierslaufbahn oder einer »Arbeiterlaufbahn« in Deutschland. Hasan und Fatma heira-

teten und gingen in die Fremde. Das anfänglich positive Lebensgefühl veränderte sich im Laufe der 35 Jahre Deutschland. Die Ablehnung ihrer eigenen Werte und die damit verbundene Herabwürdigung als Mensch ließ sie sich mehr und mehr von den Deutschen zurückziehen. Innere Migration. Sie entschieden sich für ein religiöses Leben, was ihnen zumindest ihren Selbstwert als Menschen zurückgibt und obendrein einen Platz in einer funktionierenden Gemeinschaft bietet.

... Und Die Tarnkappe

Im Gegensatz zu MigrantInnen aus ländlichen Regionen und ArbeitsmigrantInnen *»bewirkt der Assimilationsdruck und Stigmatisierung durch die Aufnahmegesellschaft bei den schmalen städtischen Mittelschichtmigranten eine Überangepaßtheit, da die westliche Kultur als die erstrebenswerte überlegenere Idealnorm für diese verwestlichten Schichten im Herkunftsland galt«* (Kürsat-Ahlers, 1992, S. 110).

Elcin Kürsat-Ahlers bezieht sich hier zwar auf MigrantInnen aus der Türkei, unserer Erfahrung nach lassen sich diese je nach Schicht unterschiedlichen Verläufe der Bewältigung von Migrationserfahrungen jedoch auch bei MigrantInnen aus anderen Herkunftsländern wiederfinden.

Als Urenkelin, Enkelin und Tochter von bürgerlichen IranerInnen wurde mir im Kontakt mit meinen Urgroßeltern, Großeltern und Eltern die Kontinuität einer Orientierung an den Westen über die Generationen hinweg deutlich. Die Assimilierungsbestrebungen in meiner Familie, die ich erfahren und analysiert habe, begannen nicht erst mit der Migration nach Deutschland, sondern viel früher.

»Die bürgerlichen Schichten der weniger entwickelten Länder prägt ein kollektives Minderwertigkeitsgefühl gegenüber dem Westen. (...) Die Maßstäbe und Symbole der Erniedrigung werden verinnerlicht, zumal die städtischen Zuwanderer schon in dem Herkunftsland von ihrer Unterlegenheit gegenüber dem Westen überzeugt waren.« (ebd., a.a.O., S. 110)

Entsprechend des von meiner Herkunftsfamilie vorgelebten Entwurfs wählte ich als junge lesbische Migrantin erst mal die »Chamäleonmethode«, um den scheinbaren Widerspruch zwischen den Identitätsbereichen »Lesbe« und »Migrantin« zu lösen: Ich machte mein lesbisches Coming Out, verhielt mich aber als Migrantin angepasst und unauffällig. Dies wurde mir zusätzlich durch meine Umgebung nahegelegt. Erst im Laufe der Zeit gelang mir die Synthese, infolgedessen ich mich heute als »lesbische Migrantin zweiter Generation« definiere.

Welche in vielen Welten gleichzeitig lebt und liebt ist oft einem Entscheidungszwang ausgesetzt, der eine manchmal an der Richtigkeit der eigenen Wahrnehmungen zweifeln läßt. Die Entscheidung, Lesbe oder Migrantin oder aber türkisch oder deutsch, ist unmöglich, wenn nicht gar absurd.

Aber seitdem ich durch politische Vernetzungen andere lesbische und schwule MigrantInnen kennenlernte, konnte ich mich ganzer fühlen. Alle bunten Steine fügen sich zu einem Mosaik zusammen.

Auch die Frage, was eine mehr ist, wäre unsinnig. Ein angezündetes Haus, ein Schwuler, der verprügelt wird oder ein mißhandeltes Kind – alles trifft unmittelbar den Lebensnerv.

Es gibt aber eine hierarchische Ordnung der erlebten Ausgrenzung in Deutschland: Ausländerin, Türkin, Moslemin, Lesbe, alleinerziehende Mutter, Frau.

Die Erfahrung meines lesbischen »Rauskommens« bereitete mich auf die weiteren Schritte in meinem Pro-

Ihre Fachbuchhandlung im Studentenhaus

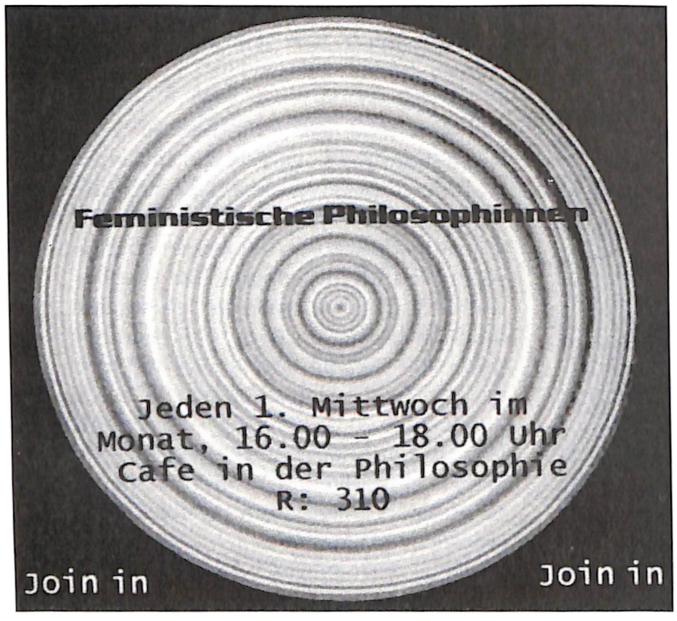
UNI-BUCH

Sozialwissenschaften - Philosophie - Geschichte

Jügelstr. 1 60325 Ffm. Fon 77 50 82 Fax 70 20 39

Öffnungszeiten: Montag - Donnerstag 9.30 - 17 Uhr
Freitag 9.30 - 16 Uhr

Wir besorgen Ihnen jedes lieferbare deutsche Buch.
Große Auswahl englischer und amerikanischer Fachliteratur.



Was ist Kritik?
Wie soll man Geschichte schreiben?
Wie hast du's mit der Wissenschaft?

Faust stellt die Gretchenfragen.

FAUST

Interdisziplinäre Wissenschaftszeitschrift

Ausgabe 6 DM Abo 22 DM Marchstr. 6 10587 Berlin T 030.25297401 faustmail@gmx.de www.gretchenverlag.de

zeß der Identitätsfindung vor. Auf die Erfahrungen, die ich als junge Lesbe im Umgang mit dem Heterosexismus meiner Umwelt und der Bearbeitung von verinnerlichter Lesbenfeindlichkeit machte, konnte ich später zurückgreifen, als es für mich als bewußt werdende Migrantin zweiter Generation aus dem Iran um Rassismus und verinnerlichten Rassismus ging.

Dabei nahm meine Entwicklung den auch von Atkinson, Morten und Sue beschriebenen Verlauf:

»... von Selbsthaß und negativen Überzeugungen zur Infragestellung und Zurückweisung der Werte der vorherrschenden Kultur und dann zum Eintauchen in die eigene Kultur (...), bis schließlich ein integriertes Konzept ihrer kulturellen Identität erreicht wird.« (zit. nach Falco, 1993, S.187)

Der Zusammenhang zwischen den beiden Coming Outs wurde auch von jüdischen Lesben im Rahmen einer von Evelyn Torton Beck herausgegebenen Anthologie thematisiert:

»Viele jüdische Lesben erleben die Erfahrung des lesbischen Coming Outs als einen bedeutenden Schritt in Richtung unseres jüdischen Coming Outs. Viele jüdische Lesben, so auch ich, begannen unsere Identität als Jüdinnen zu erforschen, nachdem und weil wir unsere lesbische Identität erforscht hatten.« (Lynne Wander, 1991, S.102)

Für einige von uns Migrantinnen, Jüdinnen oder Schwarzen Deutschen verläuft dieser Entwicklungsweg in umgekehrter Reihenfolge. Dieser Umstand ändert nichts an den beschriebenen Parallelen der Prozesse. Charakteristisch ist hierbei, daß wir erst einmal unsere *»... duale Identität und das inhärente Dilemma (...) erkennen und (...) verbalisieren und anschließend diese Aspekte persönlich auszuloten und (...) integrieren«* (Kristine L. Falco, 1993, S.189).

Offen als lesbische Migrantin zu leben, stellt für mich, wie für viele andere von uns, in diesem Kontext gesehen gerade eine Überwindung der beschriebenen persönlichkeits- und schichtabhängigen Assimilierungstendenzen dar. Weitere Aspekte sind beispielsweise meine als Migrantin zweiter Generation vollzogene Weigerung, eine Entscheidung zwischen »iranisch« oder »deutsch« sein zu treffen.

Un - Heimliche Lesben

Beiden Modellen, dem Getrenntsein und dem Zusammensein von Männern und Frauen begegnete ich in beiden Kulturkreisen, dem türkisch-moslemisch-sunnitischen und dem deutsch-christlichen. Männer und Frauen hielten sich, wie es auf unseren Dörfern üblich ist, bei größeren Gesellschaften oft in unterschiedlichen Räumen auf. Als Demütigung oder Ungerechtigkeit habe ich das nicht erlebt, damals schien es mir, als hätten sie sich einfach nicht so viel zu sagen. Als Mädchen und Heranwachsende genoß ich es sehr, meistens unter jungen Frauen zu sein. (Natürlich hatte jede von uns Schwestern trotz des Verbots ihre heimlichen Jungenliebschaften.) Das Zusammensein mit an-

deren jungen Frauen war aufregend, lebendig rebellisch – so daß die männerfreien Räume der deutschen Frauenszene für mich weder eine Neuheit noch eine Befreiung, sondern eher eine Fortsetzung in meinem Leben bedeuteten. Dieses positive Gefühl funktioniert natürlich nur, wenn die Geschlechtertrennung nicht alle Lebensbereiche umfaßt und kein von der Gesellschaft oder vom Staat auferlegter Zwang ist.

Ein gerade unter Migrantinnen, die aus geschlechtergetrennten Gesellschaften kommen, stark tabuisiertes Thema ist die Selbstverständlichkeit lesbischer Beziehungen in den entsprechenden Herkunftsländern. Geradezu eisern wird daran festgehalten, die Existenz von Lesben zu leugnen, obwohl im vertrauten Freundinnenkreis Erotik und Sexualität unter Frauen durchaus freimütig thematisiert werden. Auf den ersten Blick erscheint dies widersprüchlich.

Bouthaina Shaabans leider noch nicht ins Deutsche übersetzte Interviewsammlung mit arabischen Frauen belegt die Brisanz dieser Thematik. In einigen der Interviews äußern die Frauen sich zu der Häufigkeit lesbischer Beziehungen, erwähnen jedoch zugleich die Tatsache, daß darüber nicht gesprochen werden kann.

»Aber die Tatsache, daß in arabischen Ländern mehr Lesben als in Europa leben, bleibt bestehen. Es sind keine offenen Beziehungen und die Frauen können nicht darüber reden.« (zit. nach Helie-Lucas, 1989, S.239)

Die Autorin betont in diesem Zusammenhang jedoch folgendes:

»Es ist ausgesprochen wichtig, die hier beschriebene Homosexualität in dem sozialen Kontext der arabischen Gesellschaft zu sehen. Homosexualität ist hier sehr viel anders, als in den Ländern, wo sie offener gelebt werden kann. In den arabischen Ländern wird Homosexualität völlig versteckt, da sie in der Öffentlichkeit als abstoßend bewertet und völlig abgelehnt wird.« (ebd., a.a.O., S. 239)

Tatsache ist, daß gerade in Gesellschaften, in denen es traditionellerweise separate Männer- und Frauensphären gibt, immer schon Frauenbeziehungen gelebt wurden. Dies bedeutet jedoch nicht unbedingt, daß diese als lesbische Beziehungen zu sehen sind. Heterozentrismus bewirkt vielmehr, daß sie entweder als vorübergehende Phase im Leben von Mädchen oder jungen Frauen oder »Notlösung« in Ermangelung anzustrebender befriedigender Beziehungen zwischen Frauen und Männern betrachtet werden. Und es entspricht einer gewissen Logik heteropatriarchaler Gesellschaftsstrukturen, wenn in der Abwertung von Lesben der Radikalität eines Frauenlebens unabhängig von Männern ein Riegel vorzuschieben versucht wird.

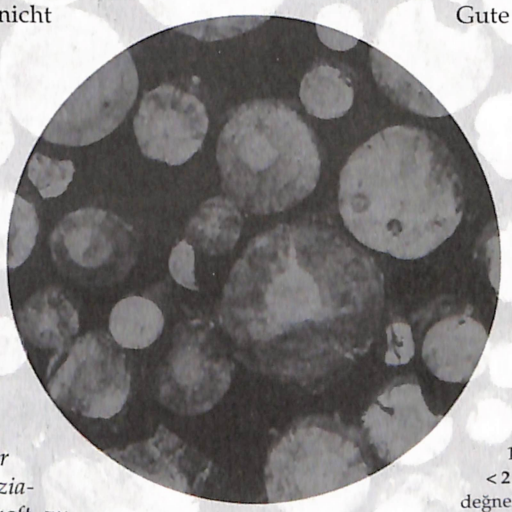
Aber auch wenn Lesbischsein als Lebensentwurf, als bewußte Präferenz von Frauen in allen Lebensbereichen, gelebt wird, werden andere Selbstdefinitionen dem Begriff »Lesbe« vorgezogen.

Hier in Deutschland wäre es unter lesbischen Migrantinnen beispielsweise eine Diskussion wert, ob das türkische Wort »Sevici«, die Liebende, eigentlich eine Stigmatisierung, als Ausdruck von Widerstand und Selbstbewußtsein nicht positiv neu besetzt werden könnte. Im türkisch-schwulen Kontext findet diese Auseinandersetzung schon statt. »Ibne«, umgangssprachlich in höchstem Maße beleidigend, wird von einigen inzwischen im Sinne eines »gay proud« verwendet. Hierin drückt sich die Suche nach Identitätsbezeichnungen aus, die nicht am Ideal der weißen, westlichen Lesbe orientiert sind.

Vieles, was wir vorfinden, müssen wir daraufhin prüfen, ob wir es verwerfen müssen oder als Bestandteil eines neuen Selbstverständnisses verflechten können. Unsere Suche beginnt, endet jedoch nicht hier. Der Anfang ist gemacht – sichtbar als Migrantinnen innerhalb der Frauen-Lesbenzusammenhänge und sichtbar als Lesben innerhalb der Migrantinnenszene.

Gute Aussichten!

Selmin Çalıskan,
Modjgan Hamzhei



< 1 > Gekürzte Version aus: Talking home: Heimat aus unserer eigenen Feder Frauen of Color in Deutschland. Olumide Popoola & Beldan Sezan (Hrsg.) Amsterdam 1999
Erstveröffentlichung in: *Beiträge zur Feministischen Theorie & Praxis*, »Entfremdung Migration und Dominanzgesellschaft«, #42 Köln 1996

< 2 > Das türkische Idiom »İki ucu boklu değnek« bedeutet wörtlich »ein Gehstock, den man an keinem Ende in die Hand nehmen kann, da beide mit Kot behaftet sind« und drückt ein Dilemma aus.

txt:

- Anderson, Shelley: Wir sind Frauen, die andere Frauen lieben, in: *Ihrsinn* 12/95, Lesben International, S. 111 – 116
- de la Pena, Terri: Chicana Blues, Berlin 1994
- Falco, Kristine L.: Lesbische Frauen-Lebenswelt, Beziehungen, Psychotherapie, Mainz 1993
- Helie-Lucas, Marie-Aimee: Bouthaina Shaaban, Both right and left handed – Arab women talk about their lives, in: *Beiträge* 25/26, Nirgendwo und überall – Lesben, Köln 1989, S. 237 – 241
- Kürsat-Ahlers, Elcin: Zur Psychogenese der Migration. Phasen und Probleme, in: *Informationsdienst zur Ausländerarbeit*, 3/4 1992, Begegnung mit dem Fremden, S. 107 – 113
- Lorde, Audre: Zami. Eine Mythobiographie, Berlin 1982
- Wander, Lynne: Nice Yewish Girls. A Lesbian Anthology, in: *Ihrsinn* 3/91, Das verlorene Wir?, S. 101 – 106

Wie wohnen?

Wie wohnen in einer Stadt, die so gerne global city sein will und die in längst vergangenen Tagen doch auch mal Mietstreik- und Häuserkampf-Stadt war?

Im Kampf von einst gegen städtische Sanierungspolitik und schon damals seitens MigrantInnen gegen rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt wurde versucht, die Frage des Wohnens in den Zusammenhang von bürgerlichen Besitz- und kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen zu stellen und zu politisieren. Dass die Zeiten so nicht mehr sind, hat eine Vielzahl von Gründen, worunter sich auch der eine oder andere gute findet. So ist dem einstigen Gebot, noch jede persönliche Entscheidung an einer Szene-Norm messen lassen zu müssen, sicher nicht nachzutrauern. Dennoch: Mittlerweile hat sich die Frage des Wohnens in ganz anderen Formen eingependelt. Die/Der durchschnittliche Mittelklassenlinke lebt in überschaubaren 3er oder 4er WGs, schmeißt den Ein-Mann/Frau-Haushalt oder ist ganz zum Pärchen-Setting übergegangen. Nein, *Wie wohnen?* ist in der Linken kein grosses Thema mehr, von einer praktischen Auseinandersetzung damit ganz zu schweigen. In ganz Frankfurt? Nun ja. Die augenfälligsten Ansätze, das Wohnen anders zu organisieren, finden sich in dem, was man heute als »Wohnprojekte« bezeichnet. Und von solchen gibt es noch einige in Frankfurt, wenn auch in höchst unterschiedlichen Formen und zumeist unter prekären Bedingungen.

Angesichts der Marginalität der Thematik innerhalb der städtischen Linken mutet es eher paradox an, dass den Wohnprojekten von Teilen der Mainstream-Öffentlichkeit integrierendes Wohlwollen entgegenschlägt. Sicher, wie gehabt rückt manchem Projekt die Abrißbirne auf die Pelle, werden schon symbolische Besetzungen schwer geahndet (so sind die Leute, die vor kurzem das ehemalige CocaCola-Gelände in Bockenheim vorübergehend »besetzt« hatten, von der IG Metall als Besitzerin auf 50 000 DM Schadensersatz verklagt worden) und sind Projekte alltäglichen Anfeindungen von Seiten der Nachbarschaft ausgesetzt. Dennoch bleibt zu konstatieren, daß die Lifestyle-Fraktion der Neuen Mitte an den Wohnprojekten auf ihre Weise Gefallen findet. So publizierten in letzter Zeit die *FR*, *Fritz* und das *Journal* Berichte, in denen der kritische Impetus der Projekte zur Lebensstilfrage entschlackt und zu einem Innovationspotential verkehrt wird, dem sich eine Weltstadt, die »vorne mitspielen« will, nicht verschließen dürfe.

Gleichwohl verweist diese (Möglichkeit der) Integration aber auch auf die aktuelle Situation in den Projekten selbst. Viel Gewißheit und praktische Umsetzung dessen, was an der »anderen« Wohnform das Kritische und Subversive ist, findet sich mitunter auch hier nicht. Zugleich zeugt diese Situation auch von einer Isolation der Wohnprojekte innerhalb einer Linken, der das Wohnen scheißegal ist. Da in Not von der Szene kaum hinreichende Unterstützung zu erwarten ist, bietet »gute Presse« oftmals den einzigen Strohhalm, um den eigenen Ort zu sichern. In dieser merkwürdigen Konstellation verwaschener Konturen entstehen dann auch mal Soli-Flugblätter, in denen neben dem Symbol des Besetzerdrachens die Bedrohung der projekteigenen Platanen als Argument herhalten muß, um für die Unterstützungsdemo zu mobilisieren.

Nun ist es recht bequem, vom regulären innerstädtischen WG-Sessel aus über die Krise der Wohnprojekte zu schwadronieren, als wäre es so angemessen, sich der »Tauglichkeit« der eigenen Lebensweisen gewiß zu sein. In diesem Heft die Thematik des Wohnens aufzugreifen, ist Ausdruck der Einschätzung, daß die Mattheit der gesamten Linken sich nicht nur in dem Niedergang ihrer alltagspraktischen Konzepte und Projekte *ausdrückt*, sondern darin auch eine ihrer Ursachen hat. *Wie wohnen?* beschränkt sich nicht auf diskrete Geschmacksfragen (Altbau bevorzugt? Wieviele Quadratmeter dürfen's denn sein?), sondern beinhaltet Auseinandersetzungen mit der eigenen Reproduktionspraxis. Welche Verbindungen eingehen, welche Informations-, Austausch- und Unterstützungsnetze herstellen, welche Nutzungsweisen ermöglichen, welche Abhängigkeiten eingehen und welche nicht etc. – in dem *Wie Wohnen?* wird verhandelt oder eben ignoriert, welche Bedeutung dem Linkssein jenseits punktueller Kampagnentourneen in der alltäglichen Praxis zukommt.

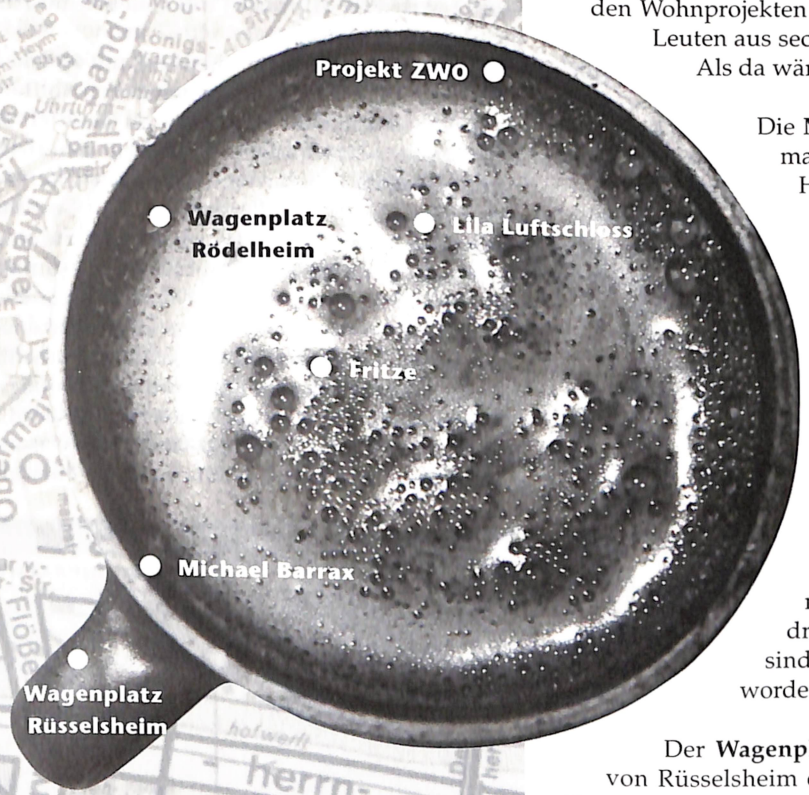
Da solche Diskussionen erst mal wieder aufzunehmen sind, zielen die nachstehenden Texte zunächst darauf, an gemachten Erfahrungen anzuschließen bzw. in der Gegenwart Bestandsaufnahme zu betreiben.

Wohnt doch!

Red.

Wohnweise mit oder ohne Miete

Interview mit Leuten aus + von Frankfurter Wohnprojekten



Zum Selbstverständnis und zur selbstverständlichen oder gar nicht mehr so selbstverständlichen Praxis in den Wohnprojekten führte *diskus* ein Gespräch mit Leuten aus sechs Frankfurter Wohnprojekten. Als da wären:

Die **Michael-Barrax** auf einem ehemaligen Kasernengelände in Höchst sind Anfang der 90er von diversen Initiativen bewohnbar gemacht und bezogen worden. Anfangs wurde das Projekt auch von dem Uni-AStA mit der Absicht unterstützt, durch die Anbindung der MBX an das StudentInnenwerk legale Wohnverhältnisse zu schaffen. 1997 lief der Zwischennutzungsvertrag aus. Seitdem wurde von den Nassauischen Heimstätten als derzeitiger Besitzerin mehrfach die Räumung angedroht, im Frühjahr diesen Jahres sind die ersten Häuser abgerissen worden. Infos: *www.barrax.de*

Der **Wagenplatz Sommerdamm** am Rande von Rüsselsheim existiert seit über zehn Jahren. Zur Zeit gibt es zwar keinen Vertrag, es bestehen aber Aussichten, den Wagenplatz über ein spezielles Bebauungsverfahren zu »legalisieren«. Angeschlossen an ihn ist der Infoladen Freiwerk mit Café, Archiv und Bibliothek. Infos: *www.freenet.de/freiwerk*

Das **Lila Luftschloß** ist der Versuch, seit Beginn der 90er über eine Vereinsstruktur und städtische Förderung den Bau von Wohnhäusern nur für Frauen in innerstädtischer Lage zu organisieren und zu finanzieren. Mittlerweile steht der Bau eines Hauses in der Heidestraße in Bornheim bevor. Kontakt: *lilaluftschloss@rhein-main.net*

Fritze: Seit 1991 wurde das klassische Mietshaus in Bockenheim peu a peu besetzt. Der Versuch, sich durch Überweisungen von Mietzahlungen einen gesicherten Status zu verschaffen, ist bislang gescheitert; die gegenwärtige Situation – zwischen Duldung und Räumung – unklar. Infos: *www.fritze-online.de*

Der **Wagenplatz Rödelheim** liegt auf dem Gelände der ehemaligen Ziegelei in Rödelheim und wurde '97 zum ersten Mal besetzt. Nach einer ersten Räumung und Verhandlungen mit der Stadt kehrten die BewohnerInnen später auf den Platz zurück. Auch hier läuft eine Räumungsklage. Aus Protest dagegen und gegen die City-West-Erschließung wurde im Sommer '99 kurzfristig ein Gelände in Bockenheim besetzt. Nächster Prozesstermin: 12.9., 10.40 h, Raum 308, Gebäude B, Gerichtsstr. 2. Kontakt: *wagenplatz@bembelterror.de*

Projekt ZWO: Mitte der 90er Jahre traten mehrere Initiativen in Verhandlungen mit der Stadt Frankfurt bezüglich der Nutzung von frei gewordenem Kasernengelände. 1996 bezog das Projekt ZWO zusammen mit der Wohnrauminitiative Frankfurt (WIF) und dem Projekt Wohnen Kultur und Aktion (ProWoKultA) von der Stadt bereitgestellte Gebäude in Berkersheim. Recht schnell zeigte sich, daß die Wohnungen teilweise hochgradig schadstoffverseucht sind.

An dem Gespräch nahmen teil: Martin (Michael-Barrax), Nik (Fritze), Jo, Mücke und Flo (Wagenplatz Rödelheim), Susi (Lila Luftschloß), Heike und Christoph (Projekt ZWO), Joachim (Wagenplatz Sommerdamm)

Martin: Bei uns gibt es, wie wahrscheinlich in anderen größeren Wohnprojekten auch, unter anderem wegen der prekären Mietsituation eine extrem hohe Fluktuation. Die internen Strukturen funktionieren äußerst schlecht. Es gibt unregelmäßig Plena, bei denen die Platzangelegenheiten besprochen werden, unabhängig davon sollte es in jedem Haus eine eigene Hausgemeinschaft geben, die darüber entscheidet, wer einzieht. Diese existieren jedoch nur in der Hälfte der Häuser, in anderen sind sie meist zerstritten. Es gibt sehr viele Leute, die sich an dem Wohnprojekt nicht beteiligen, sondern nur aufgrund der billigen Wohnmöglichkeit dorthin gezogen sind. Dann gibt es andere, die den ganzen Vorstandskram und die Finanzsachen machen und sich dabei innerhalb von einem halben Jahr verschleißen und wegziehen. Die BewohnerInnen sind ein sehr heterogener Haufen, Studis, Arbeiter, Hippies, Punks, Leute mit Alkoholproblemen.

Manchmal frage ich mich schon, mit welchen Leuten ich da eigentlich zusammenstehen sollte, wenn die Bullen anrücken. Ich denke da auch an sexistisches oder gewalttätiges Verhalten innerhalb des Wohnprojektes. Auch wenn solche Verhaltensweisen oder Sprüche nicht unbedingt von den BewohnerInnen selbst kommen, sondern eher von Freunden oder Bekannten auf dem Platz, gibt es vom gesamten Projekt aus keine klaren Beschlüsse, so was zu verurteilen. Ein Barrax-Projekt mit einem klaren linken Selbstverständnis würde ziemlich viele Leute ausschließen, die momentan dort wohnen. In unserer jetzigen defensiven Position bleibt aber auch wenig Raum, darüber nachzudenken oder zu diskutieren, was an dem Projekt noch politisch ist. Ich nehme es eher als Produkt von Zerfallstendenzen in der linken Szene wahr, dass wir aus dieser defensiven Position nicht rauskommen.

Abbildungen aus dem **SQUAT WHAT?-Katalog™**, Sommer-Sonderausgabe 2000: Qualitäts-Leerstand in Frankfurt am Main

diskus: Mehrere linke Frankfurter Wohnprojekte stehen zur Zeit unter ziemlich starkem Druck von aussen. Gleichzeitig hat es den Anschein, dass sich einige Projekte intern selbst nicht unbedingt als politischen Zusammenhang begreifen. Vielmehr steht das gemeinsame Wohnen im Vordergrund, woraus auch eine interne Heterogenität an Leuten, Bezügen und Positionen zu resultieren scheint. Wie schätzt ihr das ein?

Nik: Das ist bei uns in der Fritze schon anders. Während in den Barrax 70 Leute wohnen, die sich nicht abgesprochen haben, treffen wir gemeinsam die Entscheidung, wer bei uns wohnt. Das führt natürlich

dazu, dass die Leute, die einziehen, vorwiegend aus unserem Umfeld kommen. Das ist für das konkrete Zusammenleben erst mal ein Vorteil. Selbstkritisch betrachtet fällt aber auch auf, dass wir in der Fritze fast alle weiße, bürgerliche Mittelstandskinder sind.

Wir versuchen, auf die Bedürfnisse der einzelnen Leute soweit wie möglich einzugehen. Auch wenn der Haushalt nach wie vor gemeinsam organisiert wird, ist aber von dem Projekt eines gemeinsamen Wohnens, Lebens und Arbeitens nicht mehr viel da. Es gibt mittlerweile eben sehr unterschiedliche Alltags- und Lebensabläufe. Da sich kaum noch Diskussionen oder gemeinsame politische Aktionen ergeben, ist es eher unklar, wie wir uns gemeinsam begreifen.

Heike: Die meisten sich als politisch verstehenden Leute in unserem Haus in Berkersheim definieren sich nicht in erster Linie über das Wohnen als gemeinsames Projekt. Hier wohnen Leute zusammen, die in unterschiedlichen politischen Initiativen aktiv sind (von A wie Antifa bis R wie Ex-RAF-Arbeit). Über das gemeinsame Wohnen ist zumindest ein Austausch darüber möglich. Wir haben auch keine gemeinsame Ökonomie; die Mieten werden pro Kopf direkt an die Vermieterin gezahlt. Andererseits stellt sich die Frage, was eigentlich ein gut funktionierendes Mietshaus von einem Wohnprojekt unterscheidet. Das zweiwöchentliche Plenum z. B., das in den ersten Jahren ein wichtiges Kommunikationsforum war, oder die Einflußnahme bei Neueinzügen sind vor ca. 1 1/2 Jahren selig verschieden. Neueinzüge sind zur reinen Privatsache geworden. Wir sind mittlerweile zu einem gut funktionierenden Mietshaus geworden – mit Nutzungsmöglichkeiten von Gemeinschaftsräumen –, das mit dem ganz alltäglichen Wahnsinn an Gewaltverhältnissen lebt.

Susi: Das Lila Luftschloss Projekt soll gezielt Frauen ansprechen, die sozial benachteiligt werden und auf dem »freien Wohnungsmarkt« wenig Chancen haben. Dabei geht es nicht nur um finanzschwache Frauen aus dem studentischen Milieu, sondern auch um Frauen, die bestimmte soziale Diskriminierungen erfahren haben, sei es als Migrantin oder über sexuelle Gewalterfahrungen. Das Projekt soll Frauen Schutzräume und die Möglichkeit bieten, auch außerhalb der heterosexistischen Normvorstellung wohnen zu können. Dass sich daraus auch ein linkes Wohnprojekt entwickeln wird, bleibt zu hoffen.

diskus: Es scheint so, als wäre die Selbstorganisation der zentrale Aspekt der Projekte; dass es in erster Linie darum geht, den Alltag anders zu organisieren, es darüber hinaus aber wenig politische Praxis gibt, weil man sich letztendlich doch in seiner Nische eingerichtet hat?

Susi: Beim Lila Luftschloss geht es weniger um eine politische Praxis, sondern kurz gefaßt ums »schöner Wohnen«. Am Anfang herrschte dieses euphorische 80er Jahre Projektgedöns, frauengerechtes Wohnen, alle Frauen sollen zusammenwohnen, Gemeinschaftsräume, selbstbestimmt wohnen und auf dem Bau mithelfen. Das war nett geplant, scheiterte aber an der Finanzierung.

Aus der komplexen Situation heraus entstand die Struktur mit Vorstand, Aufsichtsrat und monatlichen Vollversammlungen, auf der letztendlich die Entscheidungen getroffen werden. Durch diese Aufgabenteilung in Vorstand und Gründerinnen, die großteils gar nicht im Haus wohnen wollten, auf der einen Seite und der Bewohnerinnengruppe auf der anderen, kam es zu ziemlichen Spannungen und Differenzen im Umgang miteinander. Die Bewohnerinnengruppe, die anfangs ziemlich gut funktionierte, hatte lange Zeit die Erwartungen an das Projekt, dass immer alles gemeinsam entschieden wird. Als das nicht mehr klappte, sind viele ausgestiegen. Die verbliebenen Bewohnerinnen machen noch ein extra Plenum, um Fragen zu diskutieren, die dann vorwiegend das Wohnen betreffen. Männer haben kein Wohnrecht, dadurch würde der Gedanke des Projekts völlig in Frage gestellt, sie haben Besuchsrecht, aber es muss von der Hausgemeinschaft in irgendeiner Form entschieden

werden, wenn sie länger als eine bestimmte Zeit da sind.

Flo: Wir definieren uns nicht als eine geschlossene politische Gruppe, die sich entschlossen hat, gemeinsam zusammen zu wohnen. Insofern existieren auch sehr unterschiedliche Vorstellungen von Politik innerhalb des Projektes. Wir sind ein Zusammenhang von Leuten, am Anfang so zwischen 16 und 20 Jahren, die sich kannten oder z. B. auch Antifa-Politik zusammen gemacht haben. Mittlerweile sind aber auch Leute von anderen Plätzen dazu gezogen. Als wir ursprünglich zusammenkamen, hatten wir einfach keine Lust, Miete zu bezahlen. Zunächst haben wir ein paar Hausbesetzungen probiert, aber das ging nie lange gut; wir wurden stets geräumt. Weil das keine richtige Perspektive hatte, hatten wir die Idee, es mit Bauwägen zu versuchen. Den Platz in Rödelheim haben wir in einer relativ chaotischen Aktion besetzt, konzeptionelle Sachen sind erst später entstanden. Aus meiner Sicht war diese Entscheidung keine bewußte Absage an das »normale Wohnen« in einem Haus. Vielmehr schien die Besetzung eines Geländes mit Wägen die einzige Möglichkeit zu sein, ein Projekt für längere Zeit zu halten, d. h. kollektives Wohnen mit vielen Leuten durchzusetzen. Wichtig war uns auch, ein neues Projekt zu starten und nicht zu einem bestehenden Platz zuzuziehen.

Nik: Da wir auch schon vorher politisch als Gruppe zusammengearbeitet haben, gab es in der Fritze anfangs schon einen starken politischen Anspruch. Bei uns steht aber nicht nur der Wohnaspekt im Vordergrund, sondern auch noch ein Austausch über die einzelnen Lebensentwürfe.

che Konsequenzen, Knast oder Untergrund wie bei Andrea.

Nik: Nee, die ständigen Hausdurchsuchungen und Observationen in Zusammenhang mit dem Vorwurf der BAW, dass Andrea bei dem Sprengstoffanschlag in Weiterstadt beteiligt gewesen sein soll, haben eher dazu geführt, dass wir zusammen diskutierten und eine gemeinsame Position erarbeiten konnten. Bei uns laufen Diskussionen vor allen Dingen dann, wenn der Zusammenhang Wohnung bedroht ist.

diskus: Noch bei der Häuserkampfbewegung der 80er Jahre wurde versucht, sich über eine illegale Aneignung von Wohnraum als klare Grenze zur bürgerlichen Wohnkultur zu definieren und aus den Projekten heraus eine politische Öffentlichkeit zu schaffen. Wurde die Forderung nach Mietverträgen in der linken Szene ehemals mit Integration und Reformismus gleichgesetzt und das Stichwort Autonomie hochgehalten, scheint es mittlerweile eher den Wunsch nach gesicherten Wohnverhältnissen zu geben, um von einer einigermassen gesicherten Position aus politisch handlungsfähig zu sein.

Christoph: Fast alle, die sich auf das Projekt in Berkersheim eingelassen haben, hatten Hausbesetzererfahrung oder Erfahrung mit illegalem Wohnen. Der Altersdurchschnitt lag damals bei Mitte 30 und älter, so dass die meisten erst mal legale Mietverhältnisse haben, also das Wohnen an sich nicht zum Politikum machen wollten. Alle, die eingezogen sind, sind seit vielen Jahren in anderen politischen Zusammenhängen und Gruppen aktiv und wollen sich nicht über

Heike: Ihr in der Fritze kamt ja auch noch über den Vorwurf der RAF-Unterstützung in Zusammenhang mit dem Weiterstadtanschlag ins Visier des Staatsschutzes, wo einige von euch bei den Bullen vorgeladen und in Beugehaft genommen wurden. Über die Auseinandersetzungen darüber innerhalb der Szene habe ich auch mitgekriegt, wie schwierig es war, eine gemeinsame Position zu finden in bezug auf mögliche Repression von außen politisch bestimmen. Von einer Minderheit gab es anfangs auch die Position, einen Block von den Kasernen zu besetzen, aber insbesondere die älteren HausbesetzerInnen waren sehr defensiv und haben das auch eher für illusorisch gehalten, damit durchzukommen. Nach unserem Einzug hatten wir eineinhalb Jahre keine festen Mietverträge. Die Mietverträge, die uns angeboten wurden, wollten

wir nicht unterschreiben. Es gab jahrelang Verhandlungen mit Rechtsanwälten, um einen formalen Projektstatus auszuhandeln. Irgendwann war klar, wir haben keinen Bock mehr auf diese Unsicherheiten und haben einfach die Scheissverträge unterschrieben.

Nik: In Dresden oder Leipzig hat sich sogar die CDU-Fraktion dafür ausgesprochen, dass Mietverträge erteilt und unterschrieben werden, nach dem Motto »Eigentum verpflichtet«. Über eine Legalisierung des Mietverhältnisses sollen die Leute »vernünftig« werden und »Verantwortung zeigen«. Auch in der Fritze ist das Verhältnis zu Legalität/Illegalität insofern offen, als wir in den Mietverhandlungen klare Grenzen setzen, dass wir für das Haus die Verwaltung behalten wollen und beispielsweise über einen bestimmten Mietsatz keine Miete mehr zahlen würden. Was im Prinzip ein »normales« Mietverhältnis schon von vornherein ausschließt. Es gibt jedoch immer wieder Diskussionen darüber, was wir für eine gemeinsame Position in den Verhandlungen vertreten, ob wir hart bleiben oder wo noch Verhandlungsspielraum ist und wir uns auf Kompromisse einlassen.

Martin: Die Barrax sind auch daraus entstanden, dass Leute, die aus besetzten Häusern in Dietzenbach geräumt wurden, nach was Neuem gesucht haben. Mittlerweile ist die Selbstorganisation bei uns aber wie gesagt ein ziemliches Problem. Die zwei Leute, die für Mietzahlungen verantwortlich sind, sind immer gezwungen, gleichzeitig auch den »Sozialarbeiter« für andere BewohnerInnen zu spielen. Insofern hat der legale Mietstatus den klaren Nachteil, dass der Druck, die Miete zusammenzubekommen, ins Projekt hineinverlegt ist. Was neues zu besetzen, halte ich aber für ziemlich aussichtslos, weil man eh sofort weggeräumt wird.

Susi: Das Mietverhältnis sehe ich im Prinzip auch als Problem des Lila Luftschloss Projekts, wo jede persönlich dafür verantwortlich ist, wie mit Frauen umzugehen ist, die die Miete aus irgendwelchen Gründen gerade nicht zahlen können, und es gibt dann eben keineN VermieterIn, der/die das Schwein ist. Meine politische Arbeit stellt sich aber nicht primär über meine Wohnsituation, über den »Kampf ums Wohnen« her. Insofern ist es dann vielleicht sinnvoll, wenn man einen gesicherten Wohnplatz hat, und ausgehend von der Situation an anderen Stellen politische Kämpfe führen kann.

Flo: Die Mietbedingungen bestimmen aber die Art zu Wohnen wesentlich mit. Da können sich ganz andere Sachen entwickeln, wenn das Wohnen nicht an restriktive Mietverhältnisse gebunden ist. Ich habe keine Lust, die Kohle, die man hat, in irgendwelche Miete zu investieren, das erzwingt immer auch ein Mehr an Arbeit. Ich denke aber auch, dass heute eine bewußte Entscheidung gegen Mietverträge nicht mehr so einfach ist. Früher versuchte noch die Stadt mit den Besetzern in Kontakt zu treten und zu verhandeln, um massenhafte Besetzungen zu verhindern. Heute versuchen die Wohnprojekte krampfhaft mit den Eigentümern zu verhandeln, um zu retten, was zu retten ist.

Joachim: Das kollektive Wohnen an sich war und ist zum Teil auch heute noch ein Politikum und mußte erst mal erkämpft werden. Gerade weil das Wohnen in Wohngemeinschaften diskriminiert wurde, ist es auch zu anderen Auseinandersetzungen gekommen, in denen Wohnraum erkämpft wurde, wie beispielsweise im Häuserkampf. Das wird heute oft vergessen.

Auf dem Bauwagenplatz gibt es trotz des kollektiven Wohnens stärkere individuelle Rückzugsmöglichkeiten als in Häusern oder Mietwohnungen. Dies ist zum einen Ausdruck veränderter Bedürfnisse, aber zugleich auch, kurz gesagt, eine Anpassung an eine allgemeine »Individualisierungstendenz«. Ein wichtiger Unterschied zum kapitalistisch-bürgerlichen Wohnen ist bei den meisten Wagenplätzen, dass der Wohn- und Lebensraum nicht durch irgendeinen Profitgedanken verstümmelt wird. Das gleiche gilt in Folge dann für die Lohnarbeitsknechtschaft, die notwendig ist, um seinen Mietzins zu zahlen.

diskus: Schon in den 70ern gab es Vereinnahmungsversuche der BesetzerInnenszene von der bürgerlichen Medienöffentlichkeit, beispielsweise mit Bildern instandbesetzter »Schöner Wohnen«-Häuser, durch die die Friedfertigkeit und Originalität der BesetzerInnenbewegung demonstriert werden sollten. Auch heute zeigen sich Teile der Presse zum Teil solidarisch. Kämpfte man in den 70ern gegen rigide Vorstellungen von Normalität und Zusammenleben an, hat sich der öffentliche Diskurs von Normalität seitdem doch augenscheinlich verschoben.

Jo: Wenn es um Wohnprojekte und Wagenplätze geht, gilt in der Öffentlichkeit doch eher die Maxime von »Hauptsache nicht vor meiner Tür«. Sprich: Dem größten Teil der Öffentlichkeit ist es doch eh egal, solange die keinen Streß damit haben. Ganz anders sieht es wiederum in den Medien aus. Da gibt es die ganze Skala von Bildzeitungsattitüden. Wohlwollende und verniedlichende Geschichten über das tolle Wagenleben bis hin zur »Geld für dein Leben«-Reality-Soap.

Mücke: Das ist natürlich auch eine Frage der Selbstdarstellung in den Medien. Natürlich ist die oft strategisch motiviert und hat mit den tatsächlichen politischen Vorstellungen wenig zu tun. Das gleicht einerseits einem Ausverkauf, andererseits ist man auch auf eine öffentliche Unterstützung angewiesen, wenn es um Räumungen oder Duldungen geht. So gab es, als wir das erste oder zweite Mal geräumt wurden, viel Presse – auch »gute« Presse – und wir haben auch selbst viel Pressearbeit gemacht. Wir haben mittlerweile einen ganzen Ordner mit »wohlwollender Berichterstattung« über unser Projekt.

Joachim: In der Presse werden doch meist nur Details zum Alltag, wie die Reproduktion organisiert wird, – friert ihr nicht im Winter?! Wie sieht's mit der Hygiene aus?! etc. – für interessant befunden. Die Selbstbeschreibung als selbstbestimmtes, womöglich als politisches Projekt wird rausgefiltert, und das Projekt unter Lebensstilfragen verbucht. Ignoriert wird damit auch, dass das Wohnen auf dem Bauwagenplatz auch eine klare und offensive Absage an die bürgerlichen Wohnstandards ist. Die bürgerliche Vorstellung von Wohnen tritt auch heutzutage innerhalb der linken Szene, die kollektives Wohnen maximal durch den zu zahlenden Mietzins ganz brav über den etablierten Wohnungsmarkt realisiert, genau durch solche Fragen oder Aussagen, z. B. zur Alltagsorganisation, hervor.

Susi: Diese »gute Presse« zeigt doch auch, wie kritische Ansätze immer wieder herrschaftlich gewendet werden können. Mittlerweile sind Begriffe wie »alternativ« oder »gemeinschaftlich« doch schon gesellschaftlich konsensfähig, wodurch es fraglich wird, inwieweit eine Debatte über »andere« Formen des Wohnens überhaupt noch geführt werden kann. Wie kann man Begriffe wie Gemeinschaftlichkeit beispielsweise noch benutzen, ohne dabei auf die Schiene von Ehrenamtlichkeit zu geraten?

diskus: Noch mal konkreter zur eigenen Verortung in der Gesellschaft: Stadtteilpolitik, die ja auch mal Teil des Selbstverständnisses linker Politik und insbesondere im Häuserkampf war, gibt es in Frankfurt ja kaum noch. Inwieweit stellt ihr denn Bezüge zu anderen Projekten, zur »Szene« oder zum Stadtteil her?

Nik: Vor einigen Jahren haben wir an die Nachbarn eine Selbstdarstellung verteilt, um im direkten Wohnumfeld auf unsere Situation aufmerksam zu machen und um uns vorzustellen. Ein Großteil unserer Gruppe war auch in der Stadtteilgruppe organisiert, die im Zusammenhang mit dem antirassistischen / antifaschistischen Notruf- und Infotelefon entstanden ist. Ansonsten verläuft die Öffentlichkeitsarbeit und die »Verankerung im Stadtteil« eher schleppend, mal abgesehen davon, dass wir inzwischen eine Homepage haben und »Fritze bleibt«-Postkarten gedruckt haben. Beides ist vor allem dafür gedacht, uns in Erinnerung zu behalten, wenn's mal brenzlig wird.

Heike: In der Hochkonjunktur der Schadstoffdebatte mit anschliessenden Mietminderungskämpfen vor zwei, drei Jahren waren wir an der Stadtteilinitiative zur Schadstoffpolitik beteiligt. Die extrem kontaminierten Wohnungen sind mittlerweile saniert und es sind darüber hinaus keine weiteren Stadtteilkontakte entstanden. Gleichzeitig gibt die Infrastruktur am Frankfurter Berg nicht sehr viele Möglichkeiten her. Eine Semi-Offenheit zur Nachbarschaft stellt sich allenfalls über die gemeinsamen Gespräche über die jeweiligen Hunde, Kinder und Balkonbepflanzungen her. Das scheint gemeinschaftsstiftend zu sein.

Mücke: Als wir das Angebot erhalten haben, wieder auf die Ziegelei zu ziehen, haben sich ganz schnell die Nachbarn formiert und sind dagegen angegangen; die haben z. B. die Einfahrt aufgegraben. Beim Umzug hat die Stadt die vorläufige Besitzberechtigung, auf einen Pachtvertrag hinzielend, zurückgezogen, weil der Ortsbeirat ganz großen Streß gemacht hat. Wir sind dann trotzdem hingegangen und hatten allen möglichen Ärger mit Räumungsdrohungen, Bullen- und Nachbarnstreß, Verbarrikadierungen etc. Als wir dann später die Kündigung erhielten, haben einige von uns

ein Gelände in der Nähe der Messe besetzt, um auf unsere Situation aufmerksam zu machen. Dort sind wir aber nur fünf Wochen geblieben, zum einen wegen der Schwierigkeit, mit wenigen Leuten zwei Plätze gleichzeitig besetzen zu müssen; zum anderen, weil es in Frankfurt und Umgebung auf kein besonders großes Interesse gestoßen ist.

In Bockenheim gab es schon Versuche des Nachbarschaftsbezugs. Das hat ansatzweise geklappt mit einem Flohmarkt, wo die ganzen Kids samt Eltern auf den Platz gekommen sind. In Rödelheim sind wir froh, dass die Nachbarn mittlerweile nicht mehr auf den Platz kommen. Seit ca. drei Jahren machen wir regelmäßig Kneipenabend. Das ist eine Art offener Abend in unserem Gemeinschaftswagenkomplex, wo auch politische Veranstaltungen stattfinden. Das beschränkt sich auf Leute aus der »Szene« und ist kein Versuch, Leute aus dem Stadtteil für den Wagenplatz zu begeistern oder die Öffentlichkeit zu erreichen.

Joachim: Wenn man von einer linken »Szene« spricht, halte ich es erst mal für wichtig, die Diskussionen zu führen, was das inhaltlich bedeutet, welche Bedürfnisse es gibt – so zum Beispiel das Bedürfnis nach einem Wohnen, dass unter anderem eine gewisse »Sicherheit« geben muss, auch für jene Leute, die einen Anspruch haben, noch anders, direkter in gesellschaftliche Verhältnisse rein zu wirken.

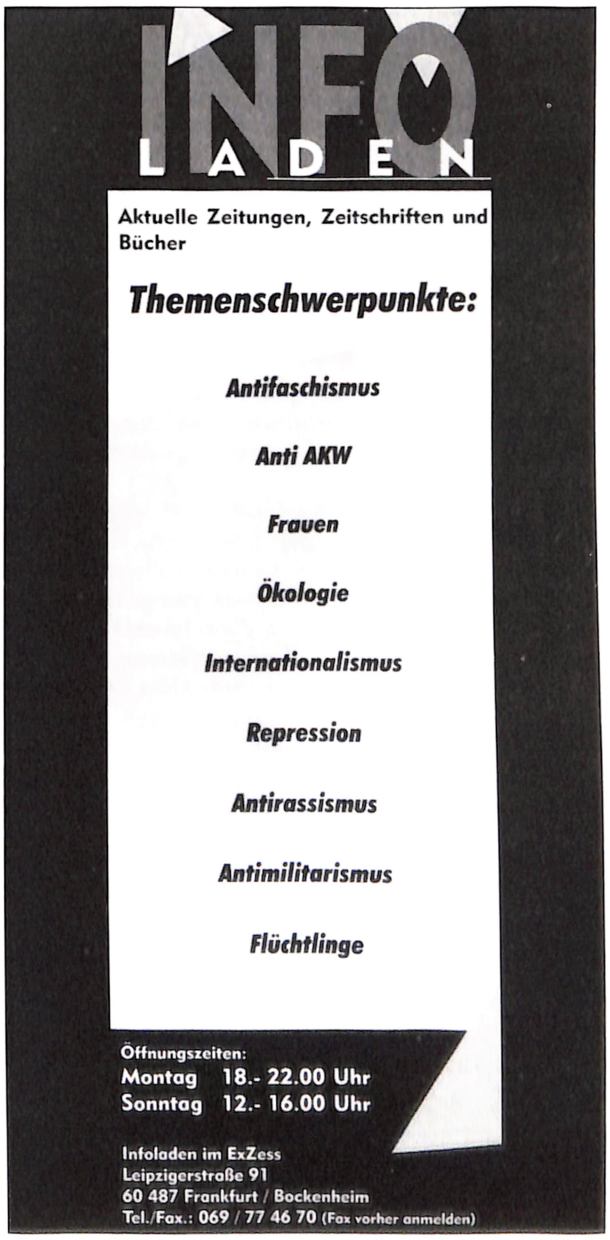
Was ich interessanter finde, sind nicht die Projekte, die sich hauptsächlich selbst zum Mittelpunkt haben, sondern bei manchen Wagenplätzen die Praxis, sich mit anderen Wohnprojekten zu vernetzen, um sich über die verschiedenen Lebens- und Wohnkonzepte auszutauschen. Dieser Austausch ist wichtig, um z. B. darüber auch für das eigene Handeln Orientierungen zu erhalten und um besser herauszufinden, wo man mit dem eigenen Projekt gerade steht. Es gibt ja regelmäßige Vernetzungstreffen »linker« Wohnprojekte im Rhein-Main-Gebiet, wo Themen wie Zerfallstendenzen von Wohnprojekten, Abgrenzung nach außen als Definition innerhalb vieler Wohnprojekte, Privatisierung, Repressionen etc. diskutiert werden, solche Treffen halte ich für sehr wichtig.

diskus: Auch hinsichtlich der Lage der verschiedenen Projekte zeigt sich ja eine auffällige Verschiebung. Bei den Häuserkämpfen in Frankfurt lagen die fraglichen Gebäude vorwiegend in zentral gelegenen Stadtteilen wie im Westend. Die Wohnprojekte, die heute existieren, liegen hingegen in städtischen Randlagen oder tatsächlich in der Peripherie, was angesichts städtischer Umstrukturierungen, »Aufwertungen« und aggressiver Ordnungpolitik derzeit das einzig möglich zu sein scheint.

Heike: Bei uns mussten die meisten erst mal auf dem Stadtplan gucken, wo Berkersheim überhaupt liegt, niemand wollte eigentlich dorthin. Das war quasi ein Kompromiss, bzw. Erpressung der Stadt, die gesagt hat, es gibt zwar genug freien Kasernenwohnraum, aber ihr nehmt Berkersheim oder gar nix. Hinzu kam, dass zu dem Zeitpunkt schon klar war, dass in nächster Zukunft auch 300 BGS-Bullen vom Flughafen da stationiert werden.

Ein Teil der BewohnerInnen im Haus vermutet ja auch, dass diese Nachbarschaftsgründung kein Zufall war, was ich allerdings eher für eine Verschwörungstheorie halte. Das absurde Argument der Stadt uns gegenüber war jedoch, dass wir als Projekt durch die Randlage keine wesentlichen Benachteiligungen erfahren würden, da wir uns ja selbst organisieren und deshalb nicht auf eine innerstädtische Infrastruktur angewiesen seien. Dahinter stand jedoch gerade die Hoffnung, dass das Wohnprojekt aufgrund seiner schlechten Lage unattraktiv wird und wieder zerfällt.

Mücke: Die Ziegelei war unser Wunschgelände; eine der wenigen Möglichkeiten, in Rödelheim relativ zentral zu sein und trotzdem nicht mittendrin. So zentral das Gelände in Bockenheim auch war, das wir zwischenzeitlich besetzt hatten – wohnen kannst du da auf die Dauer nicht. Die Besetzung in Bockenheim war auch keine richtig klare Sache, es gab Leute, die konnten sich vorstellen, da zu wohnen und Leute, die das eher als Aktion sehen wollten. Hier in Rödelheim



FRÜHSTÜCKSCAFÉ

ESPRESSO - BAR

MIT SOMMERGARTEN

Kiesstraße 41

Frankfurt Bockenheim

Mo. – Fr.: 8 bis 20 Uhr

Sa. & So.: 9 bis 18 Uhr

CAFÉ CK KLEMM

Hessen soll wärmer und weiblicher werden!

GRÖSSENWAHN

FRANKFURT

Taglich bis eins oder zwei

haben wir zwar Ruhe, aber wir wollen nicht ruhig bleiben.

Nik: In unserer »Randlage« zeigt sich doch eine erfolgreiche Stadtpolitik, die innerstädtische Viertel weitgehend saniert und den städtischen Raum »geschlossen« hat, was ja verglichen mit anderen Städten wie Dresden oder Leipzig eine besondere Situation darstellt. Wenn wir zum Beispiel aus der Fritze rausfliegen, dann sieht es innerhalb Frankfurts ziemlich mau aus, was anderes aufzutun.

Die Frage ist doch, inwieweit solche Wohnprojekte wie das unsere überhaupt noch etwas offensiv-Widerständiges haben. Auch wenn wir uns mal die Häuser genommen haben, verfügen wir ja nicht über die Macht, sie gegebenenfalls auch verteidigen zu können. Dass wir noch dort wohnen, resultiert daraus, dass wir gelassen werden; wir stören halt einfach nicht viel. Am Ende ist man allenfalls »Exot«, und sich ein paar Exoten zu halten, gefällt ja eher, als dass es stört.

diskus: Welche Konzepte und welche Praxis gibt's denn bei Euch, das nötige Geld zusammen zu verdienen, oder bleibt das jedem und jeder individuell überlassen? Gibt es Ansätze von kollektiv organisierter Arbeit?

Nik: In den Anfangszeiten gab es bei uns in der Fritze schon Überlegungen, ein eigenes Projekt aufzuziehen, gemacht haben wir's aber nie. Damals war es eher Usus, kaum zu arbeiten, sondern von Sozialhilfe zu leben oder sich an der Uni einzuschreiben, was in den letzten Jahren rapide abgenommen hat. Mittlerweile machen bei uns fast alle eine Ausbildung oder haben eine abgeschlossen.

Mücke: Intern organisieren wir uns so, dass wir gemeinsame Kasse machen, was auch ohne regelmäßige Plena funktioniert. Jeder und jede schmeißt anteilsmäßig was von dem, was du zur Verfügung hast, rein. Davon wird dann fast alles bezahlt. Was wir auch immer wieder versuchen – richtig konsequent sind wir da natürlich nicht –, ist ein bißchen die Notwendigkeit des Geldes zu reduzieren; dass Du halt einfach nicht so viel brauchst – darüber, dass wir keine Miete zahlen, dass jeder nach seinen Möglichkeiten zahlt, dass wir versuchen, möglichst viel zusammen zu finanzieren und wir zum Beispiel bei Lebensmitteln schauen, dass wir die nicht immer kaufen müssen; gerade in Frankfurt geht das auch wunderbar anders, es gibt jeden Tag irgendwo einen Markt, bei dem die frischesten Sachen weggeschmissen werden. Wenn Du das alles richtig organisierst, kannst Du mit ziemlich wenig Geld echt gut leben. Und das ist in jedem Fall auch Arbeit.

Joachim: Ein Problem ist, wie Du »gemeinsame Arbeit« definierst. Einerseits gibt es das Modell, angelehnt an die 70er Jahre, sich kollektiv zu organisieren, um die Fremdausbeutung möglichst zu reduzieren und gleichzeitig auf dem kapitalistischen Markt zu bestehen. Geendet hat dies allzu oft in einer 50 oder 60 Stunden-Woche bei immer geringer werdendem Lohn. Daneben gibt es zumindest auf den Wagenplätzen

noch andere Formen; wir haben beispielsweise bis vor einiger Zeit jahrelang eine Kneipe gemacht und versucht, über ein nicht-kommerzielles Programmangebot einen anderen Kultur-Raum zu verwirklichen. Diese Arbeit beruhte auf einem hohen Grad an Freiwilligkeit und über die Verwendung des überschüssigen Geldes wurde gemeinsam entschieden. Schließlich gibt es noch eine andere Ebene, die immer als selbstverständlich gilt. Auf dem Wagenplatz wohnen ja allerlei Leute mit sehr unterschiedlichen Fähigkeiten. Der eine kann halt schrauben, die andere kennt sich am Computer aus usw. Insofern gibt es da einen unterstützenden Austausch, der oft hilft.

Eine andere Diskussion in diesem Zusammenhang wäre, inwieweit Leute von den Wagenplätzen, die keine oder nur geringe Miete zahlen, nicht einen bestimmten Platz in dem hoch-prekarisierten Arbeitsmarktbereich in der Peripherie einnehmen. Indem sie das Geld für Miete sparen, sind sie prädestiniert dafür, Jobs mit wahnsinnig niedrigen Löhnen anzunehmen und für sich dabei immer noch einen ganz guten Schnitt zu machen. Das sind Jobs, die bei Leuten, die noch 500 DM oder 1000 DM Miete zahlen müssen, überhaupt nicht funktionieren. Zugespitzt gesagt, verschafft einem der Wagenplatz eine Position, in der man andere Leute auf dem sogenannten »Arbeitsmarkt« schlicht unterbieten kann – und damit die Prekarisierungstendenzen unterstützt. Es ist fraglich, ob das nicht ein Grund dafür ist, dass Wagenplätze am Rande der Stadt geduldet werden.

Martin: Wagenleben heißt aber auch, mehr Arbeit und Zeit auf die Reproduktion zu verwenden – Wasser, Holz, Strom zu besorgen – und relativiert dann eventuell auch das billige Wohnen.

Joachim: Wie erwähnt, wohnen auf den Wagenplätzen extrem unterschiedliche Leute. Für die einen ist es eine bewußte Absage an bestimmte Lebensweisen, andere kommen aus einer Situation, weswegen sie sich hier erst mal – wie auch immer – konsolidieren wollen; da ist dann das Holzhacken z. B. für einen selbst unmittelbar unterstützend, also materiell, aber auch für die eigene Psyche – im Extremfall hat der Wagenplatz für diese Person die Funktion, ein letztes Auffangbecken zu sein.

diskus: Stehen denn bei Euch viele Leute in solchen hochprekären Arbeitsverhältnissen?

Joachim: Ich behaupte, dass z. B. der Landschaftsgartenbau in unserer Umgebung ohne Leute von uns – und den zwangsverpflichteten Leuten vom Arbeits- oder Sozialamt – nicht so laufen würde. Andere arbeiten beim Messebau oder als FahrerIn zu einem furchtbar niedrigen Lohn; die können den Job nur deshalb so ausüben, weil sie keine Miete zahlen müssen.

Aber auch so manche, die Ihr Geld vom Sozialamt oder vom Arbeitsamt bekommen, entwickeln eine in der Lohnarbeitswelt wirksame Überlebensstrategie. Auch das Studium will finanziert sein, da läßt der Wagenplatz lohnmäßig schon mehr Auswahl nach unten zu, auch wenn der Druck Kohle heranzuschaffen, ohne die Mietzahlung im Kreuz zu haben, geringer ist. Ich halte es eher für ambivalent, ob die Abschöpfung des Sozialen, so wie sie im Moment läuft, Autonomie oder eher neue kapitalistisch verwertbare Überlebensstrategien produziert.

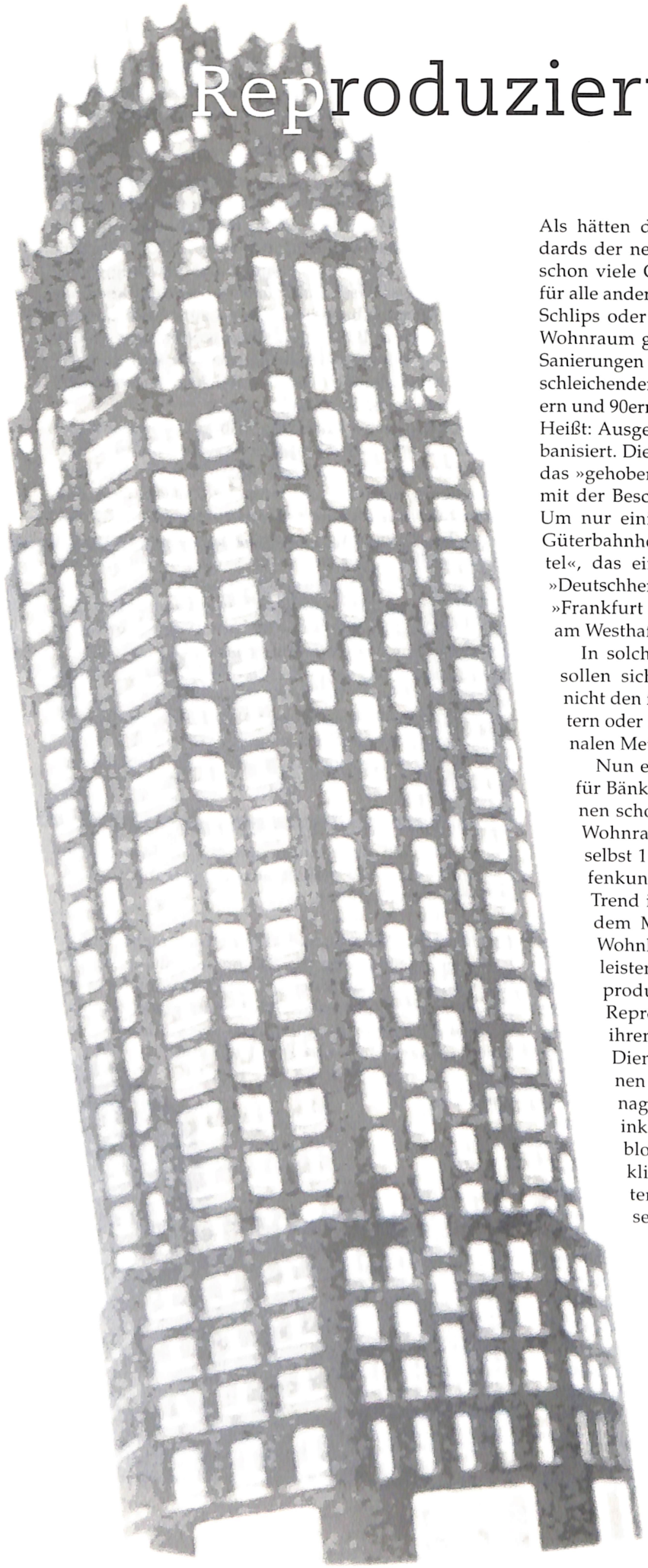
Christoph: Ob man irgendwie integrierbar ist, frage ich mich mittlerweile überhaupt nicht mehr. Wenn ich versuche, politische Praxis zu machen, dann ist das zunächst einmal mein Ding, das zu bewerten. Wenn irgendwer auf der Welt versucht, das zu integrieren, dann OK. Das lässt sich nicht vermeiden, aber ich muss es für mich bewerten. Wenn Leute aus bestimmten Gründen in Bauwagen leben wollen und als ein Aspekt davon auch gut ausbeutbar für den prekarisierten Arbeitsbereich werden, macht das doch nicht das ganze Projekt hinfällig.

Noch mal zum Wohnen als Nische. Das hängt wirklich daran, was man meint, wenn man »wohnen« sagt. Sicher kann man sagen, dass wir da halt wohnen und diskutieren, und das ist dann der Zweck. Und das haben auch viele Leute anfangs so gesehen und den Versuch unternommen, anders zu wohnen als in der Kleinfamilie, in der der Vatter säuft und die Mutter schlägt und die Nachbarn es hören, aber nichts tun – das ist die psychische Disposition, die in dieser Gesellschaft von der Psychiatrie normal gemacht wird. Und aus dem Wissen heraus, dass das so ist und wir das nicht wollen, haben Leute eben gesagt, wir machen was anderes. Bei uns gab es anfangs sehr viel WGs, Frauen-WGs, Jungen-WGs oder gemischt und mittlerweile tendiert das zu einem Rückzug ins Private, dass Zweierbeziehungen eigene Wohneinheiten bilden.

Susi: Genau an solchen Punkten holt die »Normalität« eben auch die Wohnprojekte ein. Und wenn man das nicht will, muß man eben eine permanente Auseinandersetzung führen.

Christoph: Was umgekehrt aber auch nicht heißen kann, sich gegenseitig die Klotür auszuhängen, um den politischen Anspruch zu erfüllen oder nicht in Zweierbeziehung leben zu dürfen damit es noch politisch ist. Das ist doch genau das, was in den 70ern oft gemacht wurde; und wir sind auch ganz froh, dass wir das hinter uns haben.

Reproduziert werden



Als hätten die Lebensweisen und Mietpreisstandards der neuen DienstleisterInnen nicht ohnehin schon viele Gegenden Frankfurts zu no-live-areas für alle anderen gemacht – für solche, die bevorzugt Schlips oder Kostüm tragen, wird auch weiterhin Wohnraum geschaffen. Nach den ehemals wüsten Sanierungen in den 70ern (etwa des Westends), den schleichenden Gentrifizierungsprozessen in den 80ern und 90ern (Nordend), wird nun wieder geklotzt. Heißt: Ausgediente Areale werden groß-flächig urbanisiert. Die Wucht der neuen Bebauungspläne für das »gehobene Wohnniveau« konkurriert nur noch mit der Bescheuertheit der Projektbezeichnungen. Um nur einige zu nennen: Auf dem ehemaligen Güterbahnhofsgelände entsteht das »Europaviertel«, das einstige Schlachthofgelände wird zum »Deutschherrenviertel« samt »Main Plaza« und für »Frankfurt *am Main*« fallen die alten Lagerhallen am Westhafen.

In solchen renditeträchtigen Prestigeobjekten sollen sich die Gutverdiener niederlassen, um nicht den fernen Taunus mit ihren Steuern zu füttern oder ihre Arbeitskraft gar bei den internationalen Metropolenkonkurrenten zu verausgaben.

Nun erschöpfen sich die Lockungsstrategien für Bänkerinnen, Werber und EDV-Spezialistinnen schon längst nicht mehr darin, exklusiven Wohnraum zur Verfügung zu stellen; und selbst 1 A-Lagen samt feinem Blick reichen offenkundig nicht mehr aus. Nein, der neuste Trend ist das *ServiceWohnen*. In Objekten wie dem Main Plaza – dem ersten Frankfurter Wohnhochhaus – mietet die gehobene DienstleisterInnenklasse nicht nur den *Ort* der Reproduktion, sondern auch die *Arbeit* der Reproduktion. Und da es nicht unbedingt ihrem Stil entspricht, einen persönlichen Dienstboten anzustellen (Hausdiener können ja auch lästig sein), bietet das Hausmanagement entsprechende Dienstleistungen inklusive an. Wer hier wohnt, der braucht bloß bei der 24-Stunden-Concierge zu klingeln und schon springt der hausinterne Service und schüttelt die Kopfkissen aus, kauft ein, stärkt Hemdkragen, gießt die Blumen, bringt Frühstück ans Bett etc. Und das Ganze hübsch garniert mit dem, was die Anbieter als »höchsten Sicherheitsstandard« definieren. *ServiceWohnen* eben.

c.an

Across Bockenheimer Landstraße

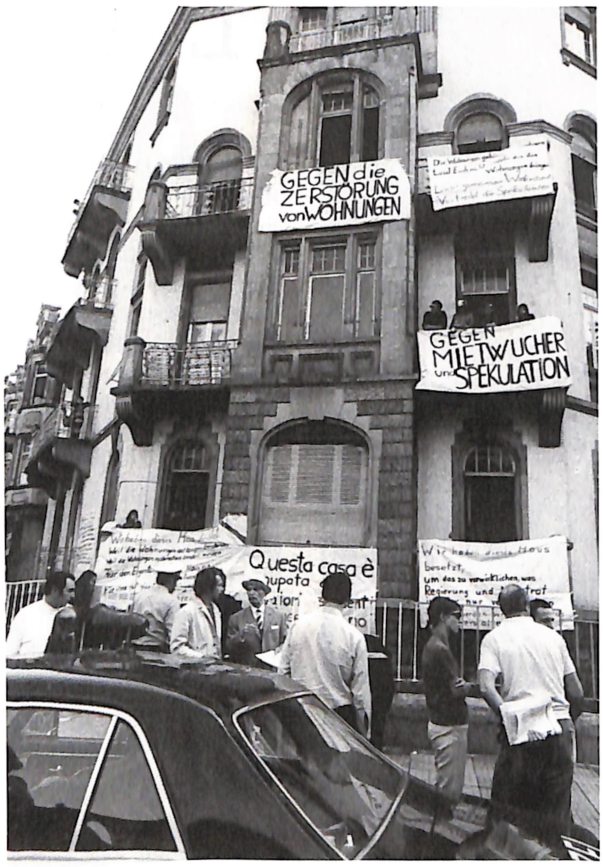
Wenn vom Häuserkampf im Frankfurter Westend die Rede ist, damals, Anfang der Siebziger, denken die meisten an den frühen Joschka Fischer und seine radikale Putzgruppe, Straßenschlachten zwischen Polizei und Spontis oder bestenfalls an die Melodie von »Die letzte Schlacht gewinnen wir« (Ton, Steine, Scherben). Aus dem kollektiven Gedächtnis weitgehend verschwunden hingegen sind die migrantischen Kämpfe gegen überhöhte Mieten und miserable Wohnbedingungen zur selben Zeit am selben Ort. Dabei waren die zahlreichen von MigrantInnen organisierten Mietstreiks auch für die damalige deutsche linke Szene ein wichtiger politischer Bezugspunkt. Die selbstorganisierten Kämpfe der MigrantInnen gegen die rassistischen Lebensverhältnisse in Deutschland verknüpften zum ersten Mal rechtliche und ökonomische Diskriminierungen wobei die Einbeziehung der Wohnsituation auch die Bedeutung des Alltags für den Widerstand reflektierte.

Neues im Westend

Die erste Hausbesetzung Frankfurts fand nicht zufällig im Westend statt. Bereits in der Nachkriegszeit hatte sich in der städtischen Politik eine Orientierung am tertiären Sektor herausgebildet: Frankfurt sollte zur internationalen Finanzmetropole ausgebaut werden. Die strategisch günstige Lage des Westends machte es attraktiv für viele Banken und Versicherungen. Die bauliche Gliederung und der »Gebäudecharakter kommen dem Repräsentationsbedürfnis der sich hier niederlassenden Institutionen entgegen« (Stöber nach Ronneberger 1998: 3). Eigentumsverhältnisse und soziale Bindung erwiesen sich jedoch als Hindernis bei der Umstrukturierung des Westend. Mit der Aufhebung der Mietpreisbindung und der Vereinfachung der Umwidmung von Wohn- in Büroraum Mitte der sechziger Jahre begann der Anstieg der Mieten – bis Ende der Sechziger blieben von 40 000 Einwohnern nur noch 28 000 und bereits die Hälfte der Flächen war in Büros umgewandelt worden, zumeist Werbeagenturen und Kanzleien.

Das Projekt der »Auflockerung durch Verdichtung«, das die Errichtung von Hochhausgruppen im Westend ermöglichen sollte, kollidierte jedoch mit geltendem Baurecht: »Deshalb versuchte die städtische Administration Verfahrensweisen zu entwickeln, mit deren Hilfe geltende Gesetze umgangen werden konnten« (Ronneberger 1998). Anstatt einen Bebauungsplan vorzulegen, was den Nachteil gehabt hätte, daß

BürgerInnen gegen einen solchen hätten Einspruch einlegen können, wurde »verdeckt« geplant: Die Investoren wurden aufgefordert, möglichst mehrere Grundstücke zu kaufen »da für den Besitz einer größeren Grundfläche eine höhere Geschoßflächenzahl in Aussicht gestellt wurde« (Ronneberger 1998).[1] Die in Aussicht gestellten und dann auch bewilligten großzügigen Befreiungen[2] von baurechtlichen Vorschriften und Bebauungsplänen heizten – entgegen den Verlautbarungen der städtischen PolitikerInnen – die Spekulation an: Bis 1972 kaufte eine Gruppe von Immobilienhändlern etwa 12% der Gesamtfläche im Westend ausschließlich zu Spekulationszwecken auf. Finanziert wurden die Immobiliengeschäfte von einigen Großbanken wie der Deutschen Bank, Dresdner Bank und der Commerzbank, aber auch von der Hessischen Landesbank, die de facto von der SPD kontrolliert wurde. Die Kreditvergabepraxis der Banken und das Vorgehen des Magistrats machten offensichtlich, daß die Kaufleute eher eine Funktion als Vermittler im Projekt Umstrukturierung hatten, als daß sie deren maßgebliche Akteure gewesen wären.



Nichtsdestotrotz agitierte die HausbesetzerInnenbewegung anfänglich über eine Personalisierung des Konflikts gegen »Wuchermieten« und sprachen von »den Spekulanten«. Diese zwanglos populistische Terminologie und auch das Nennen der Namen der Akteure scheinen allgemeine rhetorische Mittel gewesen zu sein, um an den »konkreten Erfahrungshorizont der Bewohner des Stadtteils anknüpfen zu können« (Stracke 1980: 93): Die städtischen PolitikerInnen wurden etwa als »Rathausbonzen« oder »Gangstersyndikat« bezeichnet (Flugblatt »Der Wohnungskampf geht weiter« Rote Hilfe 1974). Die Auseinandersetzungen wurden durchweg stark auf die handelnden Personen fokussiert.

Ganz anders die mittelständische Bürgerinitiative »Aktionsgemeinschaft Westend e.V.« (AGW), die vor allem das Ziel verfolgte, die vormalige Lebensqualität im Quartier zu erhalten. Sie trat in einem Fall mit einer, durch den Firnis einer Pseudo-Besorgnis nur dürftig verhüllten, antisemitischen Drohung gegen die Kaufleute auf: Die Immobilienhändler jüdischer Abstammung sollten »überlegen, ob die Gewinne aus den Grundstücksspekulationen in diesem Umfang den Schaden aufwiegen, den sie ungewollt sich selbst, ihren Kindern und ihren jüdischen Mitbürgern u. U. zufügen« (nach Stracke 1980: 74).

Erst später schien ein Teil der Spontis sich darüber klar zu werden, daß eine simple Agitation gegen »die Spekulanten« schnell in antisemitische Muster übergehen kann und betonte daher, daß der Kampf erst dann politisch werde, wenn er »kein salonfähiger Mietwucherprotest mehr ist« (Häuserrat/AStA 1973: 4), sondern sich gegen Polizei, Staatsschutz, Ausländerbehörde, Gerichte, bürgerliche Presse und Stadtverwaltung richte (ebd.).[3] Die Strategie, mit dem latenten Antisemitismus umzugehen, bestand zumeist in einer Art polit-ökonomischer Aufklärung: »Der Angriffspunkt des Häuserkampfs muß noch mehr die SPD, müssen die Banken sein.« (Gerte/Georg/Scott in *diskus* 1/1973: 28); »SPD und Banken sind die wahren Spekulanten« (vgl. Häuserrat 1974: 14). Daß bestimmte Praktiken und Begriffe ein eigenes historisches Gewicht haben, über das man nicht beliebig verfügen kann, wurde dabei nicht gesehen. Daniel Cohn-Bendit etwa sah allein in der Tatsache, daß die Spontis Linke waren, schon einen ausreichenden Grund, »kein schlechtes Gewissen« zu haben, schließlich sei man »immer schon gegen Rassismus und Antisemitismus gewesen« (vgl. Pfaff 1995).

Westend Town, a Dead End World?

Die durch die Spekulation organisierte Umstrukturierung führte zu dreierlei Entwicklungen: Die Miet- und Grundstückpreise im Quartier stiegen insgesamt und es standen zahlreiche Häuser leer bzw. die zum Abbruch vorgesehenen Häuser wurden profitabel an MigrantInnen zwischenvermietet. Entlang dieser Punkte konstituierten sich dann im wesentlichen auch die drei Protestgruppen.

Die bereits 1969 gegründete AGW wollte das Westend als Wohnquartier erhalten und ein Steigen des Mietniveaus verhindern. Ihre Kritik richtete sich in erster Linie gegen die kommunale Politik, die als wenig differenziert und zu kurzsichtig angeprangert wurde. Diese Sichtweise kam auch in der AGW-Parole »Kampffmeyer muß weg!« zum Ausdruck. Die Politik der AGW bestand konsequenterweise in einer Partizipationsstrategie, die unter anderem durch Eintritt des Vorstands in die SPD-, CDU- und FDP-Ortsvereine verfolgt wurde (vgl. *FAZ* 1.10.1994). Auf informeller

Ebene sympathisierten viele AGW-Mitglieder – die offizielle Politik wurde vom Vorstand gemacht – mit den späteren Hausbesetzungen und Mietstreiks und leisteten häufig praktische Unterstützung. (Vgl. Stracke 1980: 82f)

Im Herbst 1970 hatten Studenten, Familien aus Obdachlosensiedlungen und ausländische Arbeiter in der Eppsteiner Straße 47 zum ersten Mal in Frankfurt – und vermutlich zum ersten Mal im Nachkriegsdeutschland – ein leerstehendes Haus besetzt, die Häuser in der Liebigstraße 20 und Corneliusstraße 24 folgen einen Monat später. Das unmittelbare Echo auf die Besetzungen war sehr positiv, sowohl in den lokalen Medien (außer in der *FAZ*), den überregionalen Fernsehsendungen (z. B. Panorama), als auch bei den Anwohnern und schließlich sogar bei Teilen der regierenden SPD. Diese sah in den Besetzungen zunächst ein zwar illegales, aber dennoch legitimes Mittel, auf die miserable Verhältnisse im Wohnungsmarkt aufmerksam zu machen. Um ihr Image als Reformpartei besorgt und von SympathisantInnen innerhalb der Partei (linker Flügel/Jusos) unter Druck gesetzt, sah sie sich mitten im Wahlkampf außerstande, hart durchzugreifen.

Der eigentliche Häuserkampf und damit die HausbesetzerInnenbewegung begann erst im Herbst 1971. Der Magistrat entschied, daß weitere Besetzungen nicht mehr toleriert werden dürften und kam einer Forderung der Eigentümer nach: Die Räumung des Hauses Grüneburgweg 113 endete in einer von den Medien als »blutigste Straßensschlacht seit 1968« apostrophierten Auseinandersetzung, die zum scheinbaren Einlenken der Stadt führte. Sie schaltet die »Wohnheim GmbH« als Vermittlerin zwischen ImmobilienhändlerInnen und HausbesetzerInnen ein, um die Besetzungen zu legalisieren bzw. die Konflikte auf eine juristische Ebene zu verschieben.

Die Hausbesetzungen waren aus Sicht der StudentInnen zunächst Selbsthilfeaktionen, deren Berechtigung darin bestand, »endlich aus der Isolation von Frau Wirtins muffigen Mansardenkammern oder der Gängelei repressiver Elternhäuser zu entfliehen« (nach Stracke 1980: 100). Diskriminierungen bei der Zimmersuche, astronomisch hohe Mietpreise, die Weigerung in winzige Studentenwohnheimzimmer (8 qm) zu ziehen oder die Lösung in der Gründung einer Kleinfamilie zu suchen, waren die Ausgangspunkte. Daran anschließend entwickelte die Bewegung eine weitreichende Kritik an der fordistischen Lebensweise: »Man merkt den Wohnungen an, daß sie gebaut wurden, um Geld zu scheffeln, und nicht, damit Menschen sich drin wohl fühlen können. Die Wohnungen sind so gebaut, daß man gerade darin Fernsehen und dann Schlafen kann, um am nächsten Tag wieder fit für die Arbeit zu sein« (Flugblatt »Wir bleiben drin«, Häuserrat 1973). Im Verlauf der Auseinandersetzungen radikalisierten sich die Positionen; die BewohnerInnen der besetzten Häuser in der Bockenheimer Landstr. 111 und 113 erklärten im April 1973: »Wir werden weiter Häuser besetzen, weil wir Wohnungen brauchen, aber nicht um auf Mißstände hinzuweisen, sondern um dem kapitalistischen System den Kampf anzusagen, das es ermöglicht, daß leere Häuser leerstehen.« Der Radikalisierung der Bewegung begegneten Medien und SPD mit einer Spaltung der Bewegung in selbstverständlich gewaltfreie Wohnungssuchende einerseits und »Polit-Rocker« und »Terroristen« »von außerhalb« andererseits, die es auf »unseren Staat« abgesehen haben.

In the Ghetto

Auf dem Wohnungsmarkt am meisten diskriminiert waren freilich die ArbeitsmigrantInnen. Seit den ersten Anwerbeabkommen Mitte der Fünfziger wurden sie zumeist in sogenannten Gastarbeiterunterkünften untergebracht, die von den Arbeitgebern bereitgestellt werden sollten. Die Unternehmen ließen aus Kostengründen Barackensiedlungen am unteren Ende der vorgesehen Standards errichten: Eine »Bettstelle«, ein Schrank, eine Sitzgelegenheit und eine Toilette für 15 ArbeiterInnen.[4]

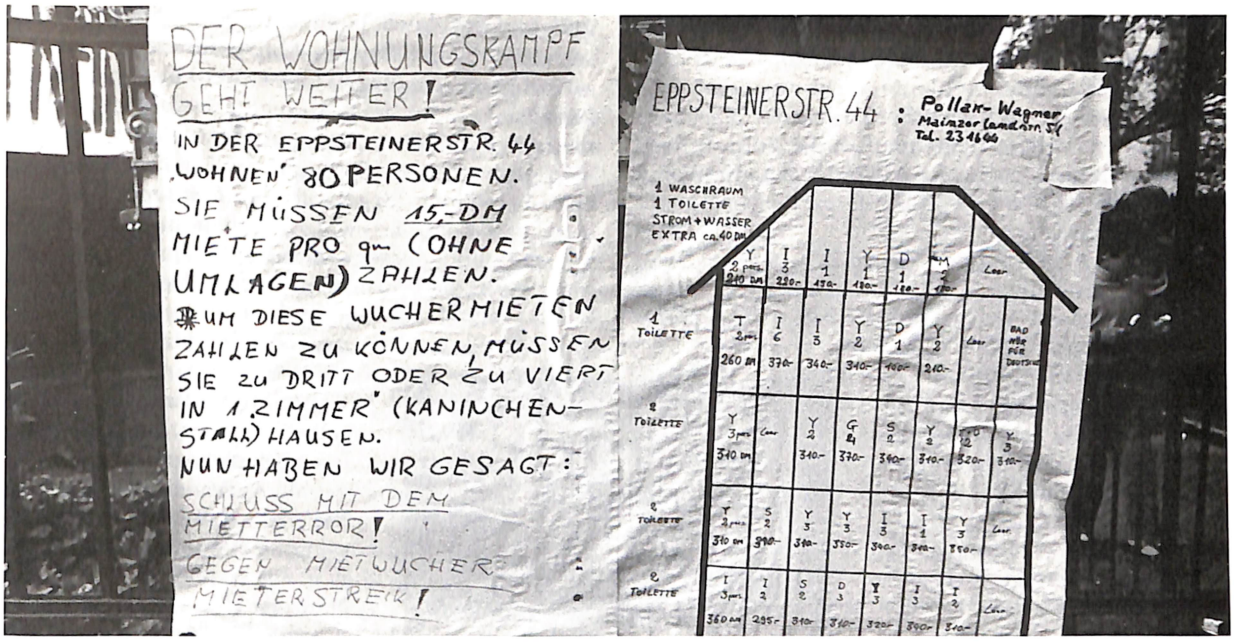
Auch als zu Beginn der Sechziger im Rahmen einer Politik der »Schandfleckbeseitigung« Lagerunterkünfte und ähnliche Einrichtungen abgebaut werden sollten, waren sie für ArbeitsmigrantInnen weiterhin als »Übergangslösung« Realität. Daß die Standards in den Unterkünften mit ausländischen ArbeiterInnen gegenüber solchen mit deutschen ArbeiterInnen oder AussiedlerInnen stets niedriger angesetzt waren, wurde von den Behörden u. a. damit begründet, daß der »Heimcharakter« nicht überbetont werden sollte

und die Ausländer sowieso »keine allzugroßen Ansprüche stellten« (vgl. von Oswald/Schmidt 1999: 189). Diese Standards waren jedoch ohnehin nur Richtlinien und besaßen keine Rechtsverbindlichkeit, so daß sie auch häufig unterschritten wurden. Ihre Überprüfung wurde überdies, wie die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung selbst salopp zu Protokoll gab, »offenbar etwas lässig gehandhabt« (ebd.: 190).

Diejenigen, die ihre Familie nach Deutschland holen oder einfach den schäbigen Lebensbedingungen im Wohnheim entkommen wollten, mußten feststellen, daß der freie Wohnungsmarkt ihnen nicht viel anzubieten hatte. AusländerInnen wohnten in Gebieten, wo nach den herrschenden Planungsmaximen gar keine Wohnungen sein sollten, in extremen Emissionszonen oder in sanierungsbedürftigen Wohngegenden. Frankfurter ArbeitsmigrantInnen wohnten Anfang der Siebziger, so sie nicht in werkseigenen Wohnheimen oder -lagern untergebracht waren, zu zwei Dritteln in Altbauwohnungen, die sich in sehr schlechtem Zustand befanden oder in Ein-Zimmer-Appartements, deren Mieten Deutschen zu hoch waren, von den ArbeitsmigrantInnen aber wegen der größeren Wohnungsnot akzeptiert werden mussten. (Vgl. Borris 1973) Bei weniger als einem Drittel der in Frankfurt lebenden MigrantInnen entsprach die Ausstattung den vergleichbaren deutschen Durchschnittswohnungen, die meisten zahlten dennoch Mieten, wie sie für moderne Luxuswohnungen üblich waren. Mit Wohngeld unterstützt wurden gerade drei Prozent der nichtdeutschen WohnungsmieterInnen und Sozialwohnungen erhielten 1971 ganze 60 Antragsteller, obwohl der größte Teil Anspruch darauf gehabt hätte.

Den wohnungssuchenden MigrantInnen kam vor diesem Hintergrund eine besondere Funktion bei der Umstrukturierung des Westends zu. Von ihnen konnten hohe Mieten verlangt werden, obwohl sie in Abbruchhäusern wohnten, an denen nicht einmal minimalste Reparaturinvestitionen vorgenommen wurden. So konnten die Gebäude bis zum geplanten Abbruch hochprofitabel zwischenvermietet werden, manchen wurden 1971 bis 900 DM für winzige, verwanzte Löcher abgenommen. Gleichzeitig konnte den MigrantInnen die Verantwortung für den schlechten Zustand der Häuser zugeschoben werden. So hat die AGW, die selbst umfangreiche Daten über hohe Mieten und Überbelegung in den migrantisch bewohnten Häusern sammelte, die MigrantInnen aufgefordert, »Lärm zu vermeiden und keine Abfälle neben die Mülltonnen zu werfen« etc. Ein AGW-Mitglied sah gar die Strategie der Spekulanten darin, in den Abbruchhäusern »eine Zuflucht für lichtscheue Existenzen« zu schaffen. (Vgl. Stracke 1980: 70) Letztlich ging es darum, eine behördliche Genehmigung für den Abbruch zu erhalten und so konnte es den Immobilienhändlern recht sein, wenn es so aussah, als wären es die MigrantInnen, die den Verfall der Häuser verursachen. Die Hausverwaltungen setzten zunächst schon länger in Deutschland lebende Migranten als eine Art Hausmeister ein, die das Geschäft der Verwaltung im jeweiligen Haus übernehmen sollten, so daß alle Mietangelegenheiten bzw. alle Konflikte innerhalb einer Community plaziert wurden.

Wie richtig die Immobilienkaufleute mit ihrer Annahme lagen, daß sie die MigrantInnen nicht einmal als Rechtssubjekte behandeln müßten, zeigt ein Beispiel aus dem Jahr 1972: Der Besitzer des Gebäudes, ein Herr Gertler »hatte bereits einen Teil der Fenster zerschlagen, um das Haus unbewohnbar zu machen. Zuvor hatte er türkische und jugoslawische ArbeiterInnen, die im zweiten Stock wohnten, vertrieben, indem er sie samt Mobilar auf Lastwagen verladen und gegen ihren Willen abtransportieren ließ. Sie würden in Lager außerhalb Frankfurts‹ gebracht, erklärte Gertler. Zu empörten AnwohnerInnen sagte er: ›Was ich mit meinen Mietern mache ist meine Sache‹.« (*FAZ* vom 29.8.1972) Die daraufhin alarmierte Polizei leitete keine Untersuchungen über den Tathergang der Verschleppung ein. Weniger spektakulär war die Gepflogenheit mancher HausbesitzerInnen, einfach die Wohnungen der MieterInnen zu betreten. Ein italienischer Mieter erzählt über seinen Hausbesitzer: »Er



ging in die Küche und guckte in die Töpfe um zu sehen, was wir kochen. Wie oft hat er gesagt ... guck mal hier, ihr eßt sehr gut, und verbraucht viel Strom und Gas. Ihr konsumiert zu viel sagte er immer. [...] Anklopfen? Nein, dann fing er an rumzugehen von einem Zimmer zum anderen, ins Bad in die Toilette. [...] Das erste Mal habe ich mir gedacht, vielleicht ist das hier so. Das zweite mal habe ich gesagt: RAUS!« (»Hausbesetzer erzählen« in: Häuserrat 1974: 120)

Flats for Free

Das hieß zwar, daß die EigentümerInnen der Wohnungen auf die Zusammenarbeit mit den städtischen Behörden und der Polizei vertrauen konnten, nicht aber darauf, daß sich die MigrantInnen nicht wehren würden. Nachdem bereits einige italienische Familien an den ersten Besetzungen im Herbst 1970 teilgenommen hatten, entstand im Sommer 1971 eine neue Form des Häuserkampfs: der Mietstreik. Einige italienische AktivistInnen von der Unione Inquilini (Mieterunion) hatten wochenlang Ausländerquartiere im Westend besucht, um mit den BewohnerInnen über deren Wohnsituation zu diskutieren. Den Anfang machten die BewohnerInnen des Hauses in der Ulmenstraße 20. Auf einer Pressekonferenz erklärten sie den Mietstreik, nur noch 10 % des Lohnes sollte für die Miete ausgegeben werden. Auch der zweite Mietstreik, der im September folgte, wurde von der Presse positiv aufgenommen. Man bewunderte die Solidarität der italienischen, türkischen und jugoslawischen Arbeiterfamilien. Die Aktionen wurden vor allem durch die bei den MigrantInnenradiosendungen arbeitenden JournalistInnen publik und die von den Mietstreikhäusern angebotene Rechtsberatung wurde zahlreich besucht. Doch ließ sich der Mietstreik zunächst nicht ausweiten. Zwar waren sich theoretisch die meisten der in den Abbruchhäusern lebenden MigrantInnen darüber im Klaren, daß juristisch gegen die hohen Mieten nichts auszurichten war, zu weiteren praktischen Aktionen kam es aber erst einmal nicht.

Im Februar des nächsten Jahres dann deuteten die Aktionen der BewohnerInnen der Eschersheimer Landstraße 220 eine Wende an. Sie hatten schon früh – erfolglos – Versuche unternommen, ihre Situation über Gerichte oder das Amt für Wohnungswesen zu verbessern und waren zu der Einsicht gelangt, daß »ein Hausstreik keine Kraft hat, daß es notwendig ist, Verbündete zu suchen.« (Häuserrat 1974: 111) Es wurden Flugblätter verfaßt, eine Demonstration mit über 1000 TeilnehmerInnen veranstaltet und in den Häusern textete man nicht nur für Transparente, sondern auch für Mietstreiklieder, die von den türkischen und italienischen Radiosendungen täglich gespielt wurden.

Diesem Beispiel folgten ab Februar 1972 zahlreiche andere migrantische Hausgemeinschaften. Bis Ende dieses Jahres befanden sich Dutzende von Häusern im Mietstreik – an die 1500 MigrantInnen. Von den ersten Aktionen unterschied sich diese Welle von Streiks dadurch, daß die BewohnerInnen der verschiedenen Häuser begonnen hatten, miteinander zu diskutieren und gemeinsam vorzugehen.[5] Der Streik entwickelte sich durch die Erfahrung, daß alle zum Objekt einer übergreifenden konzertierten Aktion gemacht werden sollten, vom reinen Mietstreik zum politischen Streik. Dominierte anfangs die nackte Not, die vorher schon viele Familien zum ganz privaten Mietstreik mehr oder weniger gezwungen hatte, waren nun mehr und mehr die Amtsgerichte, die Polizei und der Magistrat die gemeinsamen Gegner. Die Polizei stürmte immer wieder Mietstreikhäuser unter fadenscheinigen Begründungen wie der, die Papiere der Leute kontrollieren zu müssen; manche werden von Polizeibeamten bedroht, ihre Arbeitsstelle zu verlieren, wenn sie ihre Miete nicht zahlten. Ein spanischer Arbeiter wurde von der Polizei einfach abgemeldet und bekam beim Versuch, seine Aufenthaltsgenehmigung zu verlängern zu hören, er besitze keinen festen Wohnsitz. (Vgl. Häuserrat/AStA 1973) Der Mietstreik entwickelte sich zu einer Kritik an den

Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Hatte die erste italienische Familie, die das Haus Eppsteiner Straße mitbesetzt hatte, nicht nur den hohen Mieten, sondern auch dem Rassismus der Nachbarn entkommen wollen, richteten sich die Forderungen mittlerweile auch gegen die Akkordarbeit, die Wohnheime oder das Fehlen von Kindergärten für die MigrantInnenkinder.

Tatsächlich kam es zur gleichen Zeit zu Streiks von ArbeitsmigrantInnen bei VDM in Frankfurt und bei Opel Rüsselsheim, wo diese die deutsche Betriebsversammlung unter der vom RK (Revolutionärer Kampf) ausgegebenen Parole »Eine Mark für alle!« stürmten. Auf der ersten MigrantInnen-Demonstration der Bundesrepublik 1972 im Frankfurter Westend fanden sich so neben Transparenten gegen die Vermieter auch welche gegen die »Bosse«. Mit der Parole »Fiat-Opel-Autobianchi dei padroni siamo stanchi!« (Von den Fiat-Opel-Autobianchi Bossen haben wir die Schnauze voll!«) thematisierten sie auch die kapitalistische Indienstnahme der Migration. Sowohl im Betrieb als auch im Quartier war die Solidarität der Deutschen aber nicht sonderlich groß. Abgesehen von den Betriebsarbeit leistenden Linken und der HausbesetzerInnenbewegung waren die Beziehungen zur Mehrheitsgesellschaft von Rassismus geprägt, angesichts ihrer Wohnsituation hatte man allenfalls Mitleid mit den »armen Gastarbeitern«. Es waren die BewohnerInnen des Hauses in der Eschersheimer, die auf eine deutsche MieterInnenversammlung gingen, sich dort mit den deutschen MieterInnen solidarisch erklärten und an deren Demonstration teilnahmen.

Wer gewinnt die letzte Schlacht?

Die MietstreikerInnen wurden ab 1973 mit mehr als 140 Prozessen überzogen, die der Bewegung schließlich auch ein Ende bereiteten. Trotz der Unterstützung der »Genossenanwälte« und der Spontis vom Häuserrat, waren die Hausgemeinschaften mit diesem Angriff überfordert, sie verloren mehr als neunzig Prozent der Verhandlungen und waren nicht mehr in der Lage, eine Offensive zu starten. Der SPD gelang es in dieser Situation, die Streikgemeinschaften mit Versprechungen und Drohungen zu spalten. Einem Teil wurde zugesagt, sie könnten »erstmal bleiben«, andere wurden mit dem Versprechen nach Ersatzwohnungen in ihre alten Löcher zurückgeschickt.

Der teilweise paternalistische Zugang der Spontis zu den »Kollegen« hat zur Niederlage beigetragen. Bestimmte Praktiken der Spontis führten dazu, daß die Initiative von den MigrantInnen zu den Spontis überging und dort blieb. In einer Textsammlung des Häuserrats (1974) reflektieren AktivistInnen der HausbesetzerInnenbewegung, wie etwa der Versuch, einzelne Mietstreiks oder auch Straßenfeste in die Hausgemeinschaften hineinzutragen, dazu führte, daß die »Hippies« alles machen und die MigrantInnen sich eben beteiligen oder nicht. Der Häuserrat beklagte auch, daß die Szene zwar zu Verhandlungen von »organisierten Genossen« kam, »sich aber einen Dreck scherte um die Prozesse, mit denen hier einer entstehenden Massenbewegung der Garaus gemacht werden soll.« (Häuserrat/AStA 1973: 4)

Als MigrantInnen anfingen, selbst Häuser zu besetzen, konnten diese teilweise nicht gehalten werden, weil sie von der HausbesetzerInnenbewegung nicht so unterstützt wurden, wie das bei den »eigenen« Häusern der Fall war: »Klar, wenn man das mit deutschen Hausbesetzungen vergleicht, war es schon traurig bestellt mit der Solidarität unsererseits!« (Häuserrat 1974: 158)

Trotz eines »kulturrevolutionären« Effekts der Aktionen innerhalb der MigrantInnen-Communities (Politisierung des Reproduktionsbereichs, Infragestellen der Geschlechterverhältnisse, Eroberung des öffentlichen Raums, Kollektivierung) waren bestimmte z. B. nationalistische Borniertheiten mit verantwortlich für die spätere desolate Situation. Dabei handelte es sich nicht bloß um die Banalität, daß diejenigen Häuser besonders gut organisiert waren, die eine relativ homogene Nationalitätenstruktur aufwiesen und deshalb keine internen Sprachprobleme hatten. So gab es Konflikte um Freundschaften zwischen TürkInnen und ItalienerInnen und eine unausgesprochene Hierarchie, an deren Spitze die »politischsten« Communities standen.

Tatsächlich gab es deutliche Unterschiede in der politischen Erfahrung der verschiedenen MigrantInnen-Communities. In der italienischen Community waren manche, die bereits in Italien Erfahrung mit Mietstreiks gemacht hatten – längst hatten sich lokale »Lotta Continua«-Gruppen gebildet – und etwa um die Dialektik von Verhandlung und Massenmobilisierung wußten. Die Lotta Continua-Gruppen, einige Mitglieder waren gar aus Italien angereist, führten Alltag und Klassenkampf zusammen: »Zum Beispiel, daß Politik heißt, den Lebenzusammenhang einbeziehen; daß man mit den Arbeitern leben, feiern, singen und nicht nur diskutieren kann. [...] In vielen Fragen war damit die LC für uns das entscheidende vorwärtsstrebende Moment.« (Gruppe Arbeitersache 1973: 58) Die Arbeitskämpfe bei Ford in Köln 1973 oder bei Opel in Rüsselsheim zur gleichen Zeit, sowie auch der Kampf im Westend und die vielen kaum dokumentierten Revolten in Gastarbeiterlagern (vgl. von

Oswald/Schmidt 1999) sind jedoch gescheitert. Den längeren Atem hatten anscheinend diejenigen, die Geschäfte machen wollten und diejenigen, die ihnen im Namen des Volkes dabei halfen. Wenn etwa aufgrund des Mietstreiks nach und nach Schwierigkeiten entstanden – in Gestalt von Gerichtsverhandlungen, dem Abstellen von Strom und Wasser oder Schlägertrupps der Vermieter – schien es überdies, als habe sich durch die politische Aktion die Situation eigentlich nur verschlechtert. Die Ursachen für die Niederlage auch nur annähernd erschöpfend zu klären, ist heute kaum möglich. Ein wesentlicher Punkt scheint jedoch darin bestanden zu haben, daß es häufig nicht gelang, langfristige Perspektive und auf den Nägeln brennende Alltagsprobleme miteinander zu vermitteln.

Ohne eine Paralelle zu ziehen ist doch mit den damaligen Kämpfen eine Verbindung von rechtlichen, politischen und ökonomischen Kämpfen entscheidend geworden, an die es heute anzuknüpfen gilt. Was damals für die Bundesrepublik zum ersten Mal auf die Tagesordnung gesetzt wurde, war, den Kampf um die beschränkte Aufenthaltsgenehmigung mit dem Kampf gegen die Repression im Wohnheim und dem Akkord in der Fabrik zu koppeln. Damit wird ein Anti-Rassismus möglich, der, indem er die rassistische Überdeterminierung von Ausbeutungsverhältnissen thematisiert, seine Grundlage nicht mehr im Humanismus hat. Es geht darin weder identitätspolitisch um Anerkennung wie im Multikulturalismus oder um das abstrakte humanistische Menschsein, noch um eine Selbstdefinition ausschließlich als Opfer, wie es im traditionellen Anti-Rassismus üblich ist. Nötig ist dagegen eine Auseinandersetzung mit der rassistischen Segmentierung von Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie institutioneller Diskriminierung mit Blick auf eine materielle Fundierung antirassistischer Politik. Anstatt an das gute Gewissen der deutschen Öffentlichkeit zu appellieren, müssen soziale und ökonomische Bündnisse geschlossen werden. Anstatt die selbst rassistische Trennung in Deutsche und AusländerInnen zu zementieren, müssen nicht-identitäre Kriterien für antirassistische Politik erfunden werden. Dies ist in der Mietstreikbewegung ansatzweise passiert, weshalb es sich lohnt, auch den verlorenen Schlachten nachzugehen.

Serhat Karakayalı

< 1 > »Der Spekulant Markiewicz [..] erzählte uns selbst einmal, wie sehr er vom Magistrat und dessen untergeordneter Behörde dazu gedrängt wurde, ein Haus nach dem anderen aufzukaufen.« (HäuserratAStA 1973: 7) Und: »›Kaufen Sie noch die Hausnummern 63 bis 67 dazu‹ empfahl uns das Planungsamt ›das reißen Sie dann alles ab, haben mehr Grünfläche und dürfen dafür 35 Stockwerke hochgehen‹« Bubis nach *FAZ* vom 1.10.1994

< 2 > »Die Möglichkeit der Ausnahmegenehmigung ist von uns vielleicht sehr extrem ausgenutzt worden«, so der damalige Planungsdezernent Kampffmeyer. Vgl. *FAZ* vom 1.10.1994

< 3 > Dabei ist anzumerken, daß der Häuserrat ein stets heterogener Zusammenschluß politischer Gruppen und Individuen war. Flugblätter, die mit diesem Namen unterschrieben wurden, können daher je nach Zusammensetzung dieses Gremiums relativ deutlich voneinander abweichende Stoßrichtungen haben.

< 4 > An diesen Bedingungen scheint sich im Übrigen nicht viel geändert zu haben, betrachtet man heutige Flüchtlingsunterkünfte: Zur Zimmerausstattung gehören ein Bett, ein Stuhl pro Person; Kochplatte, Tisch und Schrank müssen sich drei Personen teilen. (vgl. Kühne/Rüßler 2000: 151)

< 5 > Dieses migrantische Engagement findet sich in allen späteren Häuserkampfbewegungen, etwa Anfang der Achtziger, nicht mehr.

txt:

- Borris, Maria 1973: Zur sozialen Situation ausländischer Arbeiter in Frankfurt. Frankfurt
- Gruppe Arbeitersache 1973: Was wir brauchen, müssen wir uns nehmen. München
- Häuserrat Frankfurt 1974: Wohnungskampf in Frankfurt. München
- Häuserrat Frankfurt und AStA der Uni Frankfurt 1973: Kettenhofweg 51. Dokumentation des Häuserrates und des AStA der Uni Ffm.
- Kühne, Peter/Rüßler, Harald 2000: Die Lebensverhältnisse der Flüchtlinge in Deutschland. Frankfurt/New York
- Pfaff, Thomas 1995: Hausbesetzungen im Frankfurter Westend 1970. Film. WDR.
- Ronneberger, Klaus 1998: Global City Frankfurt. unveröff. Studie
- Stracke, Ernst 1980: Stadtzerstörung und Stadtteilkampf: Innerstädtische Umstrukturierungsprozesse, Wohnungsnot und soziale Bewegungen. Köln
- Von Oswald, Anne/Schmidt, Barbara 1999: »Nach Schichtende sind sie immer in die Lager zurückgekehrt ...« Leben in »Gastabeiter«-Unterkünften in den sechziger und siebziger Jahren. In: 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Motte/Ohliger/von Oswald (Hg.), Frankfurt/New York

„Wer das Nichtstun ebenso wie die Arbeit scheut, findet leicht zum Buch."
Peter Brückner

Sie finden in der Karl Marx Buchhandlung **geistes- und sozialwissenschaftliche Literatur und Belletristik**. Alle lieferbaren deutschsprachigen Titel sowie englisch- und französischsprachige Literatur besorgen wir Ihnen in kürzester Zeit.

KARL MARX
BUCHHANDLUNG GMBH
JORDANSTR.11 · 60486 FRANKFURT/M.
TEL 069/778807 · FAX 069/7077399
KARL.MARX.BUCHHANDLUNG@T-ONLINE.DE

3006

summer in the expo-city: ifu und iksu

Hinter den Kürzeln *ifu* und *iksu* verbirgt sich das feministische Sommerprogramm in Hannover.

erstens: das expo-projekt ifu

Bei der ifu handelt es sich um das Projekt der Internationalen Frauenuniversität, die zunächst befristet, als ein Expo-Projekt für drei Monate in Hannover tagt (Mitte Juli bis Mitte Oktober 2000). In Form der Vernetzung von Akademikerinnen und einer virtuellen Universität soll sie jedoch ihre Fortsetzung finden.

Auch wenn sich die *ifu* in die äußerst problematische Tradition der Beteiligung von Frauen an den Weltausstellungen stellt, so dokumentiert ihr Programm doch verschiedene interessant klingende Veranstaltungen zu feministischen Themen. So finden sich inhaltliche Blöcken zu den Themen: Information, Migration, Körper, Wasser, Stadt und Arbeit. Leider bleibt das Projekt der Frauenuniversität dadurch elitär, dass es nur offen ist für diejenigen, die einen Uni-Abschluss vorzuweisen haben und mit professoralen Gutachten den Beweis einer Eignung an der Teilnahme erbringen können. Dass aber daran gedacht wurde, über Quotierung und Stipendien Akademikerinnen aus allen Kontinenten die Teilnahme zu ermöglichen, muss der *ifu* bei aller Kritik hoch angerechnet werden: Zwei Drittel der Frauen kommen aus dem Ausland, davon ein großer Teil aus der so genannten Dritten Welt.

Ob es aber gelingen kann, im allgemeinen Medientrubel aus einem Expo-Projekt heraus eine glaubwürdige feministische Kritik an der Weltausstellung zu üben – wie es einige möchten, die auf unterschiedliche Art und Weise in die *ifu* involviert sind – bleibt fraglich. Fraglich bleibt auch, ob die Diskussionen, die in den einzelnen Veranstaltungen geführt werden, nach den vier Monaten einem größeren Publikum im Süden und Norden zugänglich gemacht werden?

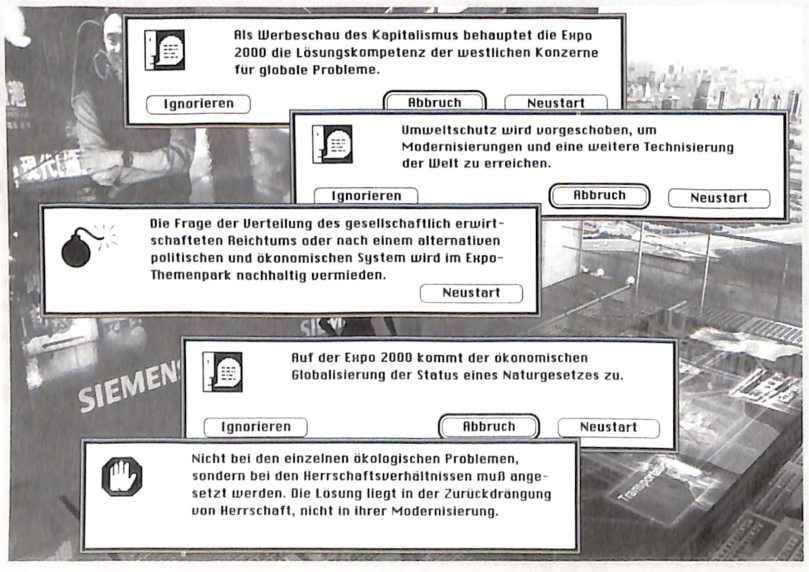
Näheres zu Konzept und Programm der *ifu* ist im Internet unter *www.vifu.de* zu »studieren«.

zweitens: das anti-expo-projekt iksu

In einer explizit kritischen Haltung zur Expo und aus der Kampagne gegen sie ist die Idee und das Konzept der *iksu*, der *Interkulturellen Sommeruni für Frauen und Lesben* entstanden, die vom 1. bis 30. Juli diesen Jahres ebenfalls in Hannover stattfinden wird. Diese Sommeruni versteht sich nicht als reines Gegenprojekt zur ifu, auch wenn sie in Zusammenhang mit der Kritik an ihr entstanden ist und sich deutlich und explizit von ihr abgrenzt. Die Interkulturelle Sommeruniversität für Frauen und Lesben möchte durch den völligen Verzicht auf Zugangsbeschränkungen und Teilnahmegebühren nicht nur für alle Studentinnen, sondern auch für diejenigen, die nicht studieren und nie studiert haben, offen sein. Damit möchten die Organisatorinnen an die Tradition der Frauenunis anknüpfen, die ab 1976 bis in die erste Hälfte der achtziger Jahre hinein als ein eben nicht primär akademisches Forum von Frauen aus der Bewegung stattfanden.

Dass dies sehr schwierig ist, reflektieren die Organisatorinnen selbst im Editorial ihres 35-seitigen Programmhefts: »*Keine auszuschließen ist leider nicht realisierbar, aber wir haben das uns mögliche getan*«. Eine Selbstkritik klingt hier an, die sich vor allem darauf bezieht, dass es der Vorbereitungsgruppe nicht gelungen sei, den Anspruch auf Internationalität zu realisieren.

Dies trifft schon auf die Zusammensetzung der Vorbereitungsgruppe



zu, denn diese besteht nur aus weißen Frauen und Lesben mit deutschem Pass. Das Gleiche gilt vermutlich auch für das Gros der Referentinnen. Dass auch informelle Strukturen Ausschlüsse produzieren, hätte schon viel früher reflektiert werden müssen. Dies hätte sich damit auch stärker auf die Programmplanung auswirken können. Dennoch bietet das Programm – FrauenLesben und Alltag, FrauenLesben und Unrechtserfahrungen/-bewußtsein, Weltweite FrauenLesbenkämpfe und Utopia – die Möglichkeit sich mit diesen Ausschlüssen auseinanderzusetzen.

Da es an den Wochenenden, abgesehen von einigen Kulturveranstaltungen, kein Programm gibt, wird es nun durch eine abends stattfindende Veranstaltungsreihe auch denjenigen, die wegen mehr oder weniger entlohnter Arbeit von Montag bis Freitag tagsüber keine Zeit haben, möglich, sich an den Diskussionen dieser Sommeruni zu beteiligen.

Weitere Informationen über die *iksu* und das Programm ist im Internet unter *www.physik.org/iksu* zu finden. Die gedruckte Fassung des Programms ist erhältlich bei: AStA der Uni Hannover, Sommeruniversität, Welfengarten 2c, 30167 Hannover, Tel. 0511 / 762 50 61.

R. S.

Zum Weiterlesen:

- 100 Tage Feminismus. Vathsala Aithal, Parwaneh Bokah, Beate Gonitzki, Encarnación Gutiérrez Rodríguez und Katharina Pühl im Gespräch, in: *Texte zur Kunst*, Juni 2000
- gruppe mamba: EXPO 2000 – Technokratie mit Genderberatung. Feministische Verwirrungen im Vorfeld der EXPO 2000, in: *alaska*, Oktober 1999
- Schwerpunkt »EXPO« der *Blätter des iz3w*, Mai – Juni 2000
- *expo no!* Zeitung für den Norden, erhältlich beim Büro für mediale Randale, Wickingstr. 17, 45657 Recklinghausen

Ein Verlag will helfen

Unter dem verheißungsvollen Titel »Wissen hilft« (Untertitel: »Wissen für das neue Jahrtausend«) bringt der Hamburger Rotbuch Verlag im neuen Jahrtausend nun etwa hundert Seiten starke kleine Büchlein mit prägnanten Titeln wie »Migranten«, »Sozialismus« oder »Sexualität« heraus. Eine lexikonartige Reihe mit breiter Themenfächerung für die häusliche Handbibliothek soll hier wohl entstehen; weitere Erscheinungen, etwa zu »Gentechnologie«, »Börse«, »Polizei«, sind angekündigt. Alle Bände sind in ansprechendem Layout mit vielen kleinen Bildchen und Anmerkungen designed.

Wem, so könnte man fragen, soll hier also welches Wissen zu welchem Zweck vermittelt werden? Sowohl Wissen für »Einsteiger« als auch zur »Auffrischung« soll laut Verlag geboten werden. Und in dieser zwiespältigen Bandbreite, etwas für »jeden«, für »Newcomer« und »Eingeweihte«, zu bieten, bewegt sich dieses aufklärerische politische Bildungsprojekt dann auch.

Mark Terkessidis' in dieser Reihe erschienene Buch zum Thema »Migranten« versucht sich zunächst an einer ideologiekritischen Begriffsdefinition und destruiert dabei den Zusammenhang von Ausländer- und Fremdheitsdiskurs zugunsten der »neutraleren« Rede von »Migranten«. Es folgen breite, solide Informationen zur Geschichte der Einwanderung in die BRD, der wirtschaftlichen wie auch rechtlichen Situation von MigrantInnen aus einer kritisch-analytischen Perspektive. Die Debatte um »kulturelle Differenzen« und »Multikulturalismus« wird ebenso aufgegriffen wie eigene kulturelle Projekte (Literatur und Filme) von MigrantInnen vorgestellt. Ein gelungenes Beispiel rassismuskritischer, linker Wissenspolitik also?

Eine positive Antwort auf diese Frage wird jedoch davon getrübt, dass bspw. politische Projekte wie »kein mensch ist illegal« oder »kanak attak« lediglich als Bebilderung auftauchen, nicht aber im Fließtext erwähnt werden. Und auch die kurzen, fettgedruckten Zusammenfassungen am Ende jedes inhaltlichen Abschnittes verdeutlichen zwar eine politisch-analytische Positionierung des Autors, muten in ihrem Merksatz-Charakter aber auch merkwürdig pädagogisch an. Diese Kluft bzw. dieses merkwürdige Verhältnis zwischen dem Bemühen, allgemeinverständliche oder -zugängliche Informationspolitik für ein breites Publikum zu betreiben und der andererseits sicherlich minoritären politischen Position zum Thema Migration und Rassismus des Autors kommuniziert vermutlich auch mit der oben erwähnten Konzeption der ganzen Reihe.

So bleibt das Resümee des Buchs, politische Veränderungen müssten an den gesellschaftlichen, staatlichen Institutionen ansetzen, die rassistisch codierte Hierarchien und Ungleichheiten allererst erzeugen, auch relativ knapp und allgemein. Mark Terkessidis wendet sich damit zwar eindeutig gegen eine kulturalistische Differenzpolitik und lenkt das Augenmerk auf die realen gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Was es jedoch genau heißen soll, dass sich erst, wenn gesellschaftlich produzierte Ungleichheiten nicht mehr in »Fremdheit« übersetzt würden, Unterschiede aller Art entfalten könnten, bleibt leider unausgeführt.

Es bleibt die Frage, ob »Eingeweihte« hier etwas Neues finden und »Newcomer« politisch informiert aus der Lektüre hervorgehen.

Dennoch: Auch dieses Wissen hilft ... irgendwie.

Uli Spenkoch

¬ Das Retro-Bedürfnis / Golf-Gen

Vielleicht die letzte Chance Teil einer Jugendbewegung zu werden, dachte ich, als ich von Florian Illies Buch »Generation Golf« hörte, das den zwischen '65 und '75 Geborenen gewidmet ist. Oder falls es sich zur Identifikation nicht eignet, zumindest dem Vergnügen der Kritik zu frönen und der diskursiven Konstruktion eines neuen Kollektivsubjektes beizuwohnen. Allerdings war ich schon etwas spät dran, das Buch war Ende Februar erschienen, ist jetzt bereits in der sechsten Auflage und nach wie vor in den einschlägigen Charts vertreten, so dass ich ganz oft »Bitte, Bitte« sagen

café für Offene Grenzen

¬ Beratungscafé für Flüchtlinge und MigrantInnen im Dritte Welt Haus

She knew that she was still alive
More she could not say. (Brecht)

Seit dem 10.1.00 gibt es das Café für offene Grenzen im Dritte Welt Haus Frankfurt.

Das Café ist ein gemeinsames Projekt von Menschen, die in der Solidaritätsarbeit für Flüchtlinge und MigrantInnen aktiv sind. Wir arbeiten unentgeltlich und unabhängig von staatlichen Institutionen.

Entstanden ist das Projekt aus der politischen Überzeugung, dass es unter den bestehenden Bedingungen der fortschreitenden Entrechtung von Flüchtlingen und MigrantInnen, neben dem Versuch der politischen Aufklärungsarbeit, dem Thematisieren und dem Einschreiten gegen Abschiebung, sowie dem Kampf gegen die Kriminalisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen und gegen die Aufrüstung an den Grenzen, immer notwendiger wird, praktische Unterstützungsarbeit zu organisieren.

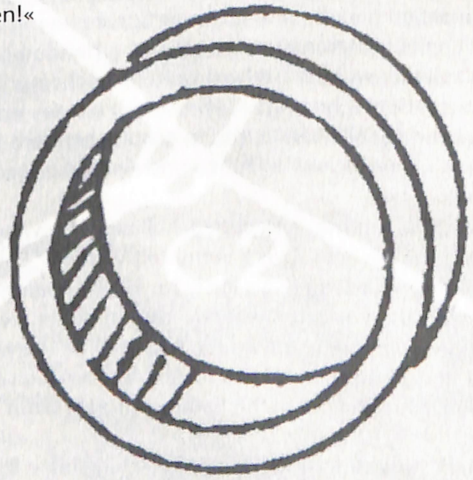
Praktische Unterstützung heißt für uns: Flüchtlinge, MigrantInnen und Illegalisierte bei ihrem Weg der Ein-, Durch- und Weiterreise zu unterstützen, ihnen die oftmals staatlich verweigerte medizinische Versorgung auf anderen Wegen zugänglich zu machen, anwaltliche Beratung zu organisieren, sie bei Ämtergängen zu begleiten, Schutzehen zu unterstützen, zu versuchen Unterbringungsmöglichkeiten zu organisieren und gemeinsam nach Wegen zu suchen, welche Möglichkeiten es gibt, den staatlichen Ausgrenzungs- und Repressionsapparat zu unterlaufen.

Politisch heißt dies für uns die Einforderung offener Grenzen, der Kampf gegen eine kapitalistische Verwertungsmaschinerie von menschlichen Ressourcen, die über Nachfrage und Angebot reguliert wird.

Menschen, die in die BRD kommen, haben unterschiedliche Motive für die Flucht oder die Migration aus ihrem Herkunftsland. Uns ist es egal, ob diese ökonomischer, politischer, religiöser oder sonstiger Art sind.

Fluchtgründe und Fluchtursachen werden – wenn überhaupt – in den Herkunftsländern der Flüchtlinge und MigrantInnen gesucht, jedoch nicht in den Verursacherländern, den Industrienationen. Wenn auch die Formel »unser Reichtum ist ihre Armut« zu kurz greift, so wird doch der Kern dieser Behauptung deutlich beispielsweise an der Beteiligung der Industrienationen an dem ökologischen und ökonomischen Raubbau in den sogenannten ›Dritte Welt‹-Ländern. Dieser bedeutet Reichtum hier und Entziehung der Lebensgrundlagen dort. Wenn Menschen aus dem Grund fliehen, weil sie dort, wo unsere Ausbeutungs- und Zerstörungsmaschinerie zugeschlagen hat, nicht mehr überleben können, sind sie nach der hiesigen Definitionsmacht sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge, die, wenn sie es geschafft haben die Festung Europa zu überwinden, was den wenigsten gelingt, möglichst schnell wieder abgeschoben werden sollen.

Dem täglichen Terror des gesellschaftlichen und staatlichen Rassismus gilt es etwas entgegenzusetzen, deshalb: »Schafft ein, zwei viele Beratungscafés für offene Grenzen!«



Öffnungszeiten des Cafés: **Immer montags von 19 – 21 Uhr**
Dritte Welt Haus · Falkstr. 74 · 60487 Frankfurt/Bockenheim
Tel: 069 / 920 17 72 (Das Telefon ist zu den Öffnungszeiten des Cafés sowie mittwochs von 18 – 19 Uhr besetzt) · Fax: 069 / 78 96 03 99
Kontoverbindung: Postbank Frankfurt/M., Kontonr. 19991 - 604, BLZ: 500 100 60, Verwendungszweck: Café FOG

musste, um überhaupt noch ein Rezensionsexemplar zu bekommen.

Nach den ersten vierzig bis fünfzig Seiten hielt ich die Sache schon für erledigt. In einer aufzählungsartigen, weitgehend chronologischen Struktur tauchen die meisten der zeittypischen Phänomene von Playmobil, Rubiks' Cube bis Scout-Ranzen auf. Das ganze plätschert scheinbar endlos vor sich hin und erinnert einzig daran, dass hier jemand zielgruppenorientiert geschrieben hat. Jeder/m wird ihr/sein Identifikations- und Erinnerungsobjekt angeboten.

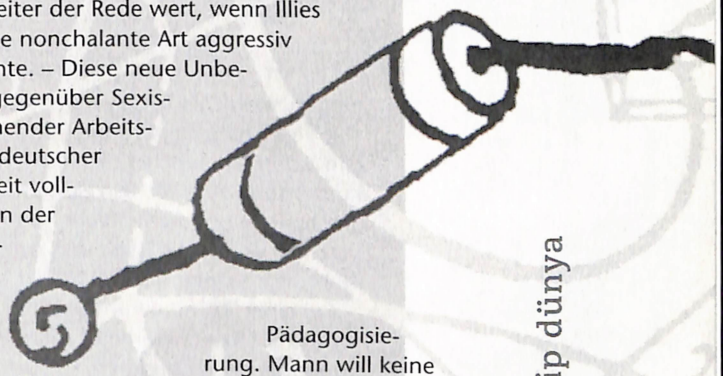
Interessanter als das Buch schien mir zu diesem Zeitpunkt das Bedürfnis, auf das es stößt (und bis zu einem gewissen Grad selber erzeugt), was sich an den entsprechenden Foren im Netz ablesen lässt, wo sich von Diskussionen, warum es keinen Eiermann mehr gibt, bis zu Detailfragen aus Bonanza so ziemlich alles findet. Ein wenig Surfen im *www* kann die Lektüre der ersten Kapitel des Buches leicht ersetzen.

Es ließe sich mutmaßen, das Retro-Bedürfnis als Ausdruck einer Verunsicherung durch neoliberale Umstrukturierungen zu sehen, die den gesellschaftlichen Anpassungsdruck erhöhen. Die Erinnerung an die Kindheits- und Jugenderlebnisse dienen weniger der Selbstvergewisserung als der Flucht aus der Gegenwart. Das »Weißt du noch ...« und die folgende endlose Aufzählung von Dingen, die man oder frau getragen, gesehen, getrunken oder was auch immer hat, ist zumeist ein Appell ans Sentiment und selber sentimental. Ein letztes Mal wird die Unmittelbarkeit des Selbst und der Dinge herbeigesehnt, die damals unreflektiert durchlebt wurden. Man oder frau kann es nachempfinden, wenn sie einen Ort ihrer Kindheit aufsuchen. Die Intensität der Erlebnisse ist in eine unerreichbare Ferne gerückt, sie lassen sich wahrnehmen, aber die Wahrnehmung durchdringt einen nicht mehr. Viele werden jetzt sagen: zum Glück – aber es geht nicht darum, ob jemand eine gute oder schlechte Kindheit hatte, sondern um die verlorengegangene Intensität der Erlebnisse. Diese wird versucht in den Erzählungen wiederzuerwecken, gelegentlich mit Erfolg, wenn der Irrsinn berücksichtigt wird, unter dem sie zustande kamen. Das Retro-Bedürfnis entsteht aus der falschen Alternative zwischen dem Zustand eines Erwachsenen, dessen gesellschaftlich präformierte Bedürfnisse immer mehr hinter den Alltagsanforderungen zurückstehen müssen und dem kindlichen Selbst, das nur seine Bedürfnisse artikulieren kann. Ignoriert wird, neben dem Siegeszug des Realitätsprinzips, dass die kindliche Unmittelbarkeit nie ein Paradies war und sich nicht so ohne weiteres wieder herstellen lässt, was dem Genre seinen sentimentalen Charakter verleiht.

Manchmal ist es aber ganz simpel auch – und Illies weiß das sehr genau – der Distinktionsgewinn, der noch im nachhinein von den Dabeigewesenen eingestrichen werden kann.

Illies pubertätsumnebelte Erinnerung lichtet sich erst mit der *fit for fun*-Bewegung, als Dauerlauf auf einmal Joggen hieß und die Männer entdeckten, dass es mehr als Jeans und Sweatshirts zum Anziehen gibt. Ganz hübsch und also ohne Selbstmitleid, werden die neuen Leiden der Männer mit den Waschbrettbäuchen beschrieben.

Schon früh ist allerdings klar, dass Illies sein zehn Jahre umfassendes ›Wir‹, das, wenn man vom Hass auf Sozialkundelehrer absieht, ohne sozialstrukturelle Begründungen auskommt und weder MigrantInnen, Ossis, noch Schwule oder Lesben berücksichtigt, nicht wird durchhalten können. Peinlich dabei die vermeintlich ingeniöse Zurücknahme des ›Wir‹ am Ende des Buches. Bereits vorher wird die Generation Golf als eine Erzählung gehobener Mittelschichtskinder mit wechselnden Wohnsitzen in Bonn, Düsseldorf, Berlin und am Starnberger See kenntlich. Das Ganze wäre nun nicht weiter der Rede wert, wenn Illies nicht auf eine nonchalante Art aggressiv werden könnte. – Diese neue Unbefangenheit gegenüber Sexismus, herrschender Arbeitsteilung und deutscher Vergangenheit vollzieht sich von der Ent-Tabuisierung zur Ent-

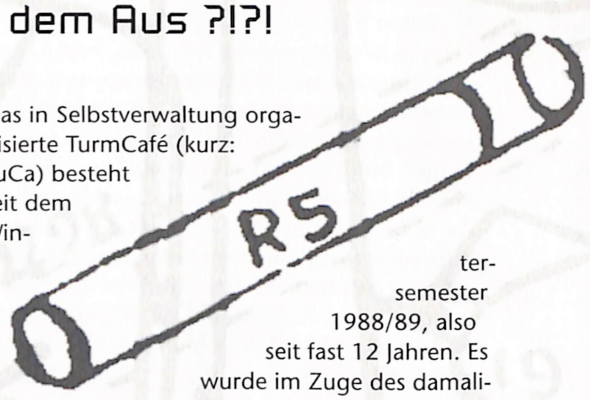


Pädagogisierung. Mann will keine erhobenen Zeigefinger mehr sehen, worin auch der in der Erzählung bruchlose und selber unverstandene Übergang von »Gottlob, wir haben den Feminismus überwunden« zur NS-Zeit besteht. Weil die Lehrer einen permanent vollgequatscht haben und das Ganze schon so lange her ist, will man damit nicht mehr behelligt werden. »Die Generation Golf verstand sehr gut, was Martin Walser meinte, als er von der ›Dauerrepräsentation unserer Schande‹ redete und von der Kultur des Wegschauens.« Und auch studentische WGs sollen sich endlich eine »Putzfrau« leisten, ohne deswegen in Rechtfertigungszwänge zu geraten.

In der *Woche* hat sich Illies von seinem Erzeugnis angeblich in der Form distanziert, dass er seiner Spaßgeneration zeigen wollte, wie langweilig und angepasst sie ist. Ein Unterfangen, das freilich nur Sinn macht, wenn man die Langeweile selber transzendiert und sei es, indem mann sie vorführt. Gerade das gelingt ihm aber nicht. Ansonsten gehört ein Schuss Selbstkritik in feuilletonistischen Kreisen zum guten Ton. Es stellt sich bei Illies keine Melancholie ein, angesichts einer Realität, in der ohnehin niemand danach fragt, ob er oder sie mitmachen will. Stattdessen zelebriert er das aufgeklärte Desinteresse nach dem Ende der Ideologien, »den selbstbewussten Egoismus als Gemeinschaftserlebnis« oder einen Neoliberalismus im feuilletonistischen Outfit. Genau genommen müsste Illies seine Generation Golf bis anno 1925 ausdehnen, um den in seinem Sinne redenden Martin Walser und dessen Flakhelferkameraden miteinzuschließen. Außerdem wären dann die gewendeten und von Illies verhassten '68er dabei, denen er sich wider Willen inhaltlich annähert. Am Ende lässt sich das Ganze als eine Willkommensadresse der Berliner Republik lesen, deren Youngster schon mal ihr Revier markieren.

Micha Elm

¬ TurmCafé vor dem Aus ?!?!



Das in Selbstverwaltung organisierte TurmCafé (kurz: TuCa) besteht seit dem Wintersemester 1988/89, also seit fast 12 Jahren. Es wurde im Zuge des damaligen Streiks von Studierenden im Foyer des AfE-Turms der Uni Frankfurt eingerichtet. Das TuCa versteht sich als hierarchiefreie politische Gruppe, die alle Entscheidungen auf einem wöchentlichen Plenum nach dem Konsensprinzip trifft. Seit Bestehen ist dieser so geschaffene politische Raum hart umkämpft. Doch noch nie wurde die Räumung so deutlich angedroht, wie es jetzt der Fall ist.

Bei einer Räumung würde es sich nicht einfach nur um die Ersetzung eines Cafés durch eines des Studentenwerkes handeln, sondern ein über die Jahre hinweg gewachsener politischer Raum würde zerstört. Es ist der letzte Raum an der Uni in dem Gegenöffentlichkeit betrieben wird, indem politische Projekte und Initiativen über den Cafébetrieb hinaus finanziell unterstützt werden – seien es die seit einiger Zeit laufenden Daueraufträge, wie z. B. an das ID-Archiv, Einzelspenden für Prozesskosten oder für Demos wie die Anti-EZ-Bank-Demo oder Nachttanzdemo, oder die Abonnements politischer Zeitungen die im TuCa – für alle zugänglich – ausliegen. Das TuCa veranstaltet jedes Semester eine Turmparty und bietet darüber hinaus Platz zum Diskutieren, Kommunizieren und Ausruhen.

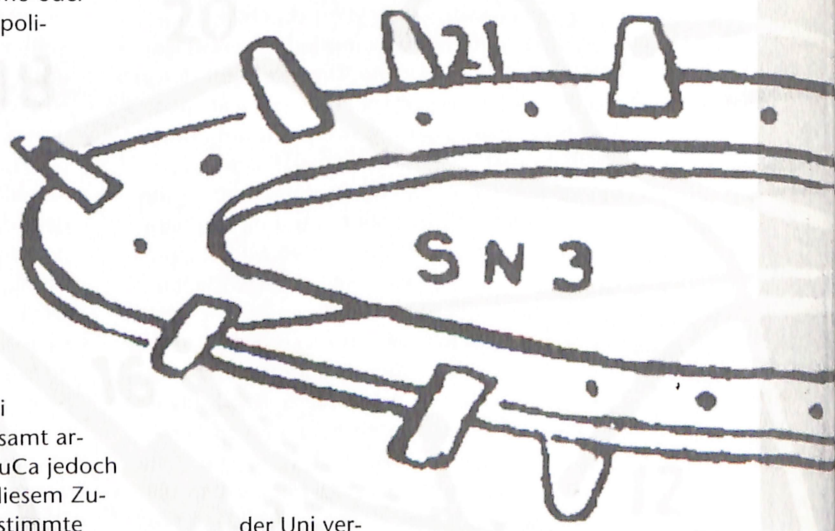
Unter dem Vorwand mangelnder Hygiene und optischer Verschandelung des Turms (!) wird das TuCa nun erneut seitens der Unileitung und der Turmdekane massiv mit Räumung und Schließung bedroht. Dabei wird mit einer Mängelliste vom Ordnungsamt argumentiert, die den BetreiberInnen des TuCa jedoch nie vorgelegt wurde. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang dann auch die relativ unbestimmte Aussage Kanzler Buschs, dass sich BesucherInnen beschwert hätten.

Offensichtlich legt die Unileitung auf die Außendarstellung der Universität größten Wert, in dieser Konsequenz wird alles was der herrschenden Sauberkeits- und Ordnungspolitik nicht entspricht, vertrieben. Die angedrohte Räumung steht also im gleichen Zusammenhang wie die einsetzende Videoüberwachung und die verstärkte Präsenz von Sicherheitsdiensten. Die Abläufe in der Universität sollen ökonomisch perfektioniert werden, den Umstrukturierungen der Gesellschaft angepasst werden und möglichst schnell gut funktionierende Arbeitskräfte ausspucken. Da passt es nicht ins Bild, dass ein Grüppchen Studierender vorlebt, dass mensch auch ohne Chef und Untergebene leben kann, dass ein Cafébetrieb existiert, der nicht als reiner Dienstleistungsbetrieb funktioniert.

Die Vordergründigkeit der Argumentation der Dekane und der Unileitung wird noch deutlicher, wenn diese zum Beispiel behaupten, jahrelang dem TuCa entgegengekommen zu sein, das TuCa aber diese Angebote abgelehnt hätte. Komischerweise bestanden diese Angebote lediglich aus »Wändestreichen« – und der Möglichkeit, Schränke aus dem Turmkeller zu bekommen. Außerdem wird das Legen eines Wasseranschlusses nach fast zehnjährigem Bestehen des TuCa, das in erster Linie eine Folge des '97er Streiks war, als Zeichen der Bemühungen der Turmdekane verkauft.

Das TuCa hat sich nie gegenüber Verbesserungsvorschlägen verschlossen. Doch wenn selbst einfachste Anfragen nach besagten Möbeln bei zuständigen Stellen ergebnislos bleiben und trotz Verabredung die zuständige Person mehrfach nicht erschien, dann hört mensch irgendwann auf nachzufragen.

All dies lässt uns zu dem Schluss kommen, dass politisch ungewollte Menschen aus dem Bild



der Uni verdrängt werden sollen und dass es im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften nicht mehr gefragt ist, mit dem kapitalistischen System kritisch umzugehen und funktionierende Alternativen plattgemacht werden sollen.

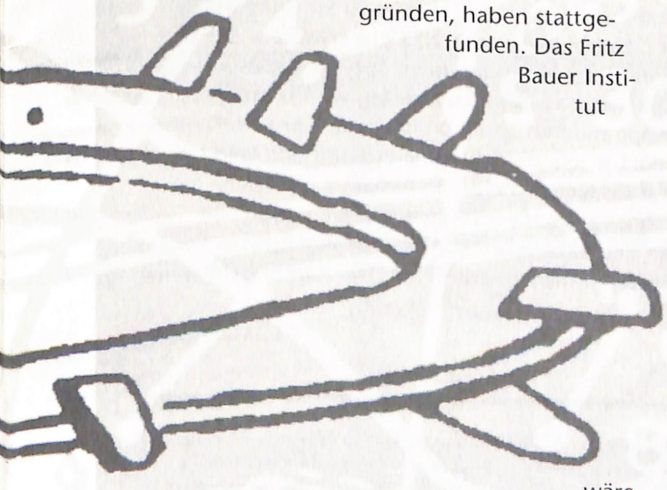
TuCa bleibt.

TuCa-Plenum 20. 6. 2000

¬ FBI wird Teil der Uni?

Das Fritz Bauer Institut wird ein universitäres werden. So möchte es zumindest die hessische Wissenschaftsministerin, aber auch Vertreter des zweiten Mitglieds des Stiftungsrates, der Stadt Frankfurt. Und dies, möglichst schnell durch eine neu einzurichtende Professur, die mit dem Direktorat des Instituts in Personalunion kombiniert wird. Einzig der Förderverein, dritter Stifter und maßgeblicher Mitinitiator des Instituts, verbindet mit der Annäherung an die Uni andere Kooperationsmodelle. Der Förderverein tritt mit seinen Vorstellungen für den Ausbau einer Kooperation mit der Uni auf Basis der bestehenden Strukturen des Fritz Bauer Instituts ein. Das Selbstverständnis des Instituts gründet auf der Vorstellung einer Vermittlung zwischen wissenschaftlicher Forschung und kulturpolitischer und pädagogischer Praxis. Eine Anbindung an die Universität – möglicherweise auch noch an einen Fachbereich – könnte sowohl die Interdisziplinarität als auch die Vermittlungsfunktion in Frage stellen. Die Bedenken einer Fokussierung auf wissenschaftliches Arbeiten bedeuten keineswegs, dass nicht schon seit der Grüngung in diesem Institut wissenschaftliche Beiträge zur Geschichte und Wirkung des Holocaust geleistet worden wären.

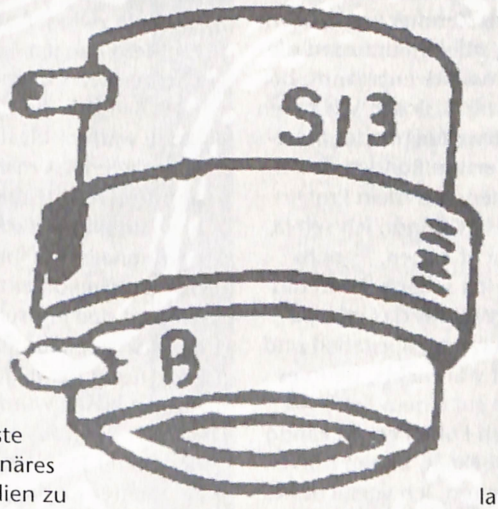
Zudem existiert bereits ohnehin eine rege Kooperation mit verschiedenen Fachbereichen – nicht jedoch mit dem Fachbereich Geschichtswissenschaft, der mit nicht zu verkennender Abscheu eine Zusammenarbeit hartnäckig verweigert – die sich auch verinstitutionalisieren ließe. Erste Gespräche mit dem Ziel, ein interdisziplinäres Zentrum für Holocauststudien zu gründen, haben stattgefunden. Das Fritz Bauer Institut wäre dafür ein geeigneter Kooperationspartner. Eine wechselnde Gastprofessur, die die Interdisziplinarität des Themas gewährleisten könnte, wäre für diese Variante ausgesprochen hilfreich, aber nicht sofort zwingend notwendig. Doch davon wollen die Hauptakteure und Erneuerer nichts hören.



Die Neuerung hat bereits begonnen. Erster Akt zur Räumung der alten Strukturen war die Ablehnung der erneuten Benennung des Gründungsdirektors Hanno Loewy. Zum 1. Oktober plant das Land Hessen jedoch bereits den großen Wurf in Form der Einrichtung einer Professur für Holocauststudien. Wer kann da schon was dagegen haben? Natürlich niemand. Lediglich das Einhergehen mit dem Anschluss des Instituts an die Universität leuchtet aus verschiedenen Perspektiven nicht ein.

Wer nach den Motiven sucht, sucht zum Teil vergebens. Das Institut passt, sicher auch durch die politische Verortung zwischen Stadt, Land und Bürgerverein, in ein liberaldemokratisches Allerlei, dass sich gut mit den verschiedenen Denkmustern zum Thema verträgt. Wenn auch bisweilen kritisch so doch viel zu selten und zu leise, opponiert das Institut öffentlich gegen allgemeine Entsorgungspraktiken der Geschichte. Oder ist es schon genug, wenn es überhaupt öffentliche Verlautbarungen bezüglich der Entschädigungsdebatte oder zur Mahnmaldiskussion gibt? Kaum vorstellbar.

Die finanziellen Erwägungen des Landes, durch den Umzug ins I.G. Farben Haus – ein weiterer Schritt zur Anbindung an die Uni – Mietausgaben zu reduzieren, könnte plausibel klingen. Andererseits Geld für eine Professur auftreiben zu wollen, erscheint dann jedoch als ein Widerspruch.



Im Fall der Stadt Frankfurt bleibt ein rationales Argument vollends aus, könnte sie sich doch mit einem inzwischen renommierten Institut sogar noch rühmen. Das Motiv jedenfalls, dem Institut Gutes tun zu wollen, ist bisher bei den unmittelbar Betroffenen nicht auf positive Resonanz gestoßen. Ob die langfristige Perspektive an einer effizient reformierten Universität ein möglicherweise lästiges Anhängsel zu werden, für die Entwicklung des Instituts unbedingt zuträglich sein wird, ist ebenfalls fraglich.

Die Entwicklungen, so vollmundig angekündigt, werden wohl noch reichlich Reibungsverlust produzieren, denn die verschiedenen Verhandlungspartner haben bislang noch nicht signalisiert, dass alles so gehen möchte, wie es die Frau Ministerin gern hätte. Der Versuch, die Professur für Allgemeine Pädagogik mit dem Direktorat des Instituts zu verbinden, ist am Widerstand des Fachbereichs gescheitert. Über die Raumfrage – von Seiten der Ministerin sind die veranschlagten knapp 700 qm Fläche im I.G. Farben Haus zugesagt worden – ist mit den dort einziehenden Fachbereichen offenbar noch gar nicht gesprochen worden. Es dürfte zu Konkurrenzen führen, die das neuerliche Anmieten von weiteren Räumen erfordert und somit die finanziellen Ersparnisse zu einem Nullsummenspiel des Landes werden lassen. Inwieweit der hessische Finanzminister eine ordentliche Professur finanzieren möchte oder kann, steht auch noch in den Sternen. Alles in allem ziemlich vage.

Dennoch macht es Sinn, sich rechtzeitig einzumischen und eine Kooperation zu erstreiten, für die es genug gute Gründe gibt, die aber der Unabhängigkeit und dem Charakter des Instituts nicht abträglich sein darf.

S. Schmitt

¬ Step in the Arena

2357

Bei einer Gemüserolle mit Püree in der Mensa zu sitzen, mit dem Abschluss in der Tasche, ist ein starker Moment. Es gibt da nur eine Sache, die mein kleines Paradies stört. Ich will davon erzählen, nicht nur weil es frisch wie eine Tüte Milch im Kühlschrank ist, sondern weil es auch jeder hören soll. Ich erzähle die Geschichte so, wie sie sich aus meiner Erinnerung und Perspektive heraus ereignet hat. Es war meine erste mündliche Abschlussprüfung und wie das so ist, man lernt, schläft schlecht und scheisst sich in die Hosen. Also, ich dachte mir wie alle, die da schon durch sind, erstmal frische Unterhosen anziehen und dann ›Step in the Arena‹. Das Thema meiner Prüfung war ›Zero Tolerance‹. Der Raum, in dem die Prüfung stattfand, war das Büro des Beisitzers. Das Zimmer war schlicht und wirkte nicht sehr hell, obwohl draussen die Sonne strahlte. Mein Prof. wirkte entspannt, bei dem Beisitzer war ich mir nicht sicher. Wir saßen in einer Dreieckskombination zueinander in bequemen Stoffsesseln. Die ersten Runden der Prüfung waren ausgeglichen und mein Prof. meinte: »Also wissen Sie Hr. Güngör, ich seh ja, dass sie hier einiges gemacht haben. Es sieht ganz gut aus. Wissen Sie, ich schenk Ihnen das mal.« Nun, ich wusste nicht, was das jetzt zu bedeuten hatte. Konnte ich jetzt aufstehen und den Tag genießen? Damit war nichts, denn es ging weiter. Aber diesmal auf einem Feld, wo die Rollerblades an meinen Füßen etwas kantig waren und ich Probleme bekam, in den Kurven mein Gleichgewicht zu halten. Ich versuchte es mit einem alten Trick, indem ich schnell wieder zu meinen Beispielen überging. Das war zum einen der Frankfurter Hauptbahnhof und sein Kontrollservice. Mit seiner Hilfe können sie Junkies, Bettlern, Obdachlosen und Dealern per Videokonferenz im Tower des Bahnhofes, den sichersten Weg nach draußen zeigen. Zum anderen der Club Zeil Aktiv für eine schönere Stadt. Ich fing zuerst mit dem Bahnhof an und merkte wie sich der Beisitzer bei meiner Ansprache über den Kontrollservice immer unwohler fühlte. Er hatte sich erst zu einem moderaten Kopfschütteln entschlossen, dann aber konsequent bei mir den Zero Tolerance Diskurs in voller Härte durchgeführt. Er begann damit, mit seiner Hand leicht auf seinen Schreibtisch zu schlagen: »Das ist doch richtig so, dass man ohne Angst zu haben in den Bahnhof gehen kann. Das ist richtig, dass man da kontrollieren muss.« Dieses ›Angstfrei‹ sein, das bezieht sich nicht auf all die Leute die dadurch raus sind. Das war ein Schlag mit der Rechten voll in den Magen. Ich dachte, ich muss da durch, da der Ringrichter nicht mit seinem Hammer auf den Gong geschlagen hatte. Also machte ich einen Schritt nach vorne: »Was wollen Sie denn von mir hören? Ich bin doch nicht der Staat.« Ich geb zu, das war kein durchschlagendes Argument, doch in der Situation viel mir einfach nichts besseres ein. Ich holte mein zweites Beispiel aus der Schublade und erzählte von Zeil Aktiv und deren Bedeutung für die Umgestaltung eines öffentlichen Ortes. Irgendwie war dieses Beispiel wie ein Streichholz in einen Benzinkanister zu werfen. Auf jeden Fall war nun der Beisitzer ganz ausser sich. Er stellte mir die Frage, die mich in die Knie zwingen sollte: »Was bitte schön wollen sie denn mit dem ganzen Gesindel und Pack auf der Konstablerwache machen? Meine Mutter ist 93 Jahre alt und der hätte man beinahe die Hand abgehackt. Soll man denn erst solange warten, bis man den Kopf eingeschlagen bekommt? Natürlich muss man eingreifen, da kann man ja nicht mehr angstfrei nachts durchlaufen.« Das ging eindeutig unter die Gürtelliene dachte ich, schaute zu meinem Ringrichter und signalisierte ihm, dass das, was hier passiert, nicht mit den Regeln von einem Fight vereinbar ist. Ich dachte, dass ich jetzt den erlösenden Klang des Gongs hören sollte, der den ganzen Raum einnehmen würde. Ein Sound, der die Bedeutung der allgemeinen Geschäftsbedingungen mit erklingen lassen würde. Bum tschak, bum bum tschak, das war der Ryhtmus meiner Augen. Das ganze war ein glatter vier viertel Takt, bei dem mein Blick zwischen Foreman und Ringrichter hin und her tänzelte. Mit seinen Lippen formte der Ringrichter den Satz: »Da müssen Sie durch Herr Güngör«. Natürlich konnte ich nicht erwarten, das alles nach dem Motto ›bleib fair beim Sport‹ abläuft. Aber mein Handicap war, dass ich nicht so reagieren konnte, wie ich das in einer anderen Situation hätte tun können. Motherfucker, dachte ich, das ist meine Prüfung und kein Gesinnungstest für Neueinsteiger in Almanya. Wahrscheinlich war für ihn wohl schwer zu vereinbaren, wie so eine Türkenfresse sich anschicken konnte, die allgemeinen Vorstellungen von Normen zu kritisieren. Der Kampf geht weiter.

Murat Güngör

Café Moriti · Speisen rund ums Mittelmeer

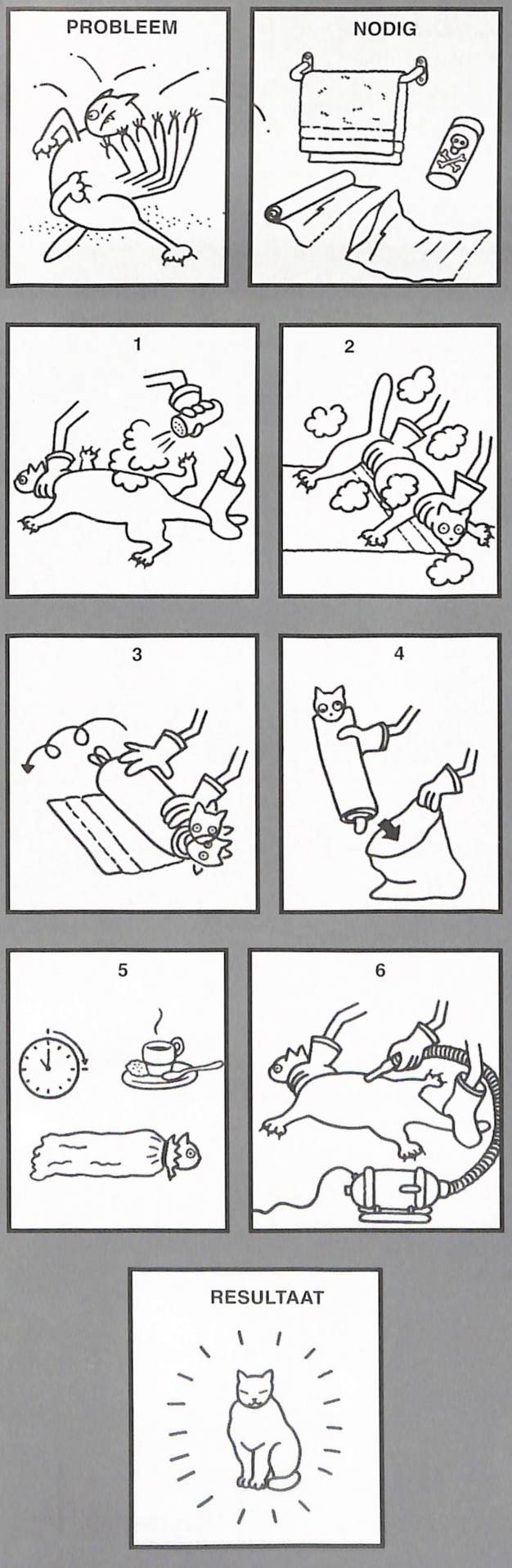
Am 29. Juli um 17.00 Uhr eröffnet das Café Moriti in der Frankensteinerstraße 11 in Sachsenhausen. Zur Feier des Tages ist das Ensemble Kochi & Friends (Musik rund ums Mittelmeer) in the house.

Moriti heißt ein Strand und beliebter Ausflugsort für Jugendliche bei Algier. Der Weg dahin für viele eine Weltreise, obwohl in nächster Nähe gelegen. Schließlich ist Entfernung relativ, zum Beispiel abhängig vom verfügbaren Budget.

Das wird im Café Moriti kaum beansprucht. Es bietet Gerichte und Getränke rund ums Mittelmeer zum Frühstück, Mittag- und Abendessen ab fünf Mark. Pasta kostet rund 10 Mark, und das teuerste Gericht (Cous-Cous mit Lammfleisch) 25 DM. Eine einfache aber einfallsreiche Küche zu vernünftigen Preisen bieten die Betreiber Wafia Mamen und Günay Bilgiç an. Im Französischen hieße das cuisine populaire oder auf Spanisch cocina casera und lässt sich schwer auf die hiesigen Verhältnisse übertragen. Dazu gibt's beispielsweise Mokka, Café frappé oder Tee bi nana. Zur Entspannung oder zum Zeitvertreib stehen verschiedene Brett- und Kartenspiele zur Auswahl. Wie der Strand, dem es seinen Namen verdankt, ist das Café Moriti einfach ein Ort, der gefällt.

Wafia Mamen und Günay Bilgiç laden unbekannte Künstler ein, in ihren Räumlichkeiten auszustellen und vermieten das Lokal auch für geschlossene Gesellschaften oder kleine Veranstaltungen.

Das Café Moriti ist Montag bis Samstag von 9.00 bis 24.00 Uhr, Sonn- und Feiertags von 9.00 bis 22.00 Uhr geöffnet. An Sonntagen bietet das Café Moriti auch ein leckeres Frühstücksbuffet.



impressum

diskus · Frankfurter StudentInnen Zeitschrift
Heft Nr. 2.00 · August 2000 · 49. Jahrgang

Anschrift: Mertonstr. 26 – 28, 60325 FfM

Tel: (069) 79 82 89 12 [Mittwochs 20 – 22 Uhr]

Fax: (069) 70 20 39

E-mail: diskus@copyriot.com

Webarchiv: www.copyriot.com/diskus

HerausgeberInnen:
Sonja Buckel, Wolfgang Hörbe, Tanja-Maria Müller, Alexandra Rau, Katja Wießner

Redaktion:
Stephan Adolphs (VisdP), Oliver Groß, Eva Hartmann, Wolfgang Hörbe, Serhat Karakayalı, Tanja-Maria Müller, Bodo Pallmer, Alexandra Rau, Christian Sälzer, Uta Schirmer, Uli Spenkoch , Esther Uhlig, Katja Wießner

Fotos:
Stephan Adolphs (S. 20 – 21), Andreas Pingel (alles andere), Inge Werth (S. 41 ff.)

Layout + Satz: doppelwee

Druck: Druckerei- und Verlagskollektiv Gutleut e. G.

Auflage: Achttausend

Erscheinungsweise: Vierteljährlich

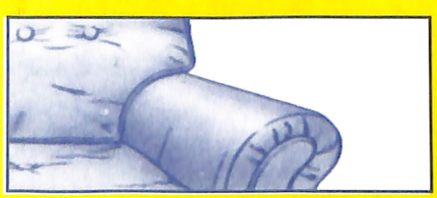
Preis: Bis Offenbach gratis, auswärts 5 Mark

Namentlich unterzeichnete Beiträge liegen in Verantwortung der AutorInnen.

Druckerei
und
Verlagskollektiv Gutleut e.G.

Schönstr. 8
60327 Frankfurt
www.druck-kollektiv.de

Fon: 069-24 27 19 24
Fax: 069-24 27 19 25
e-mail: post@druck-kollektiv.de



t*error.